

Dossier

Häusliche Gewalt

Film

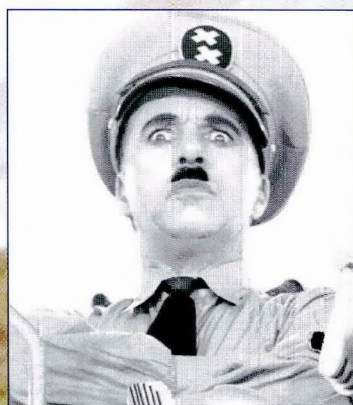
Charlie Chaplin: „Der große Diktator“

Interview

Pastor Ulrich Finckh

Reise

„Woofen“ in Irland



Die großen Themen des Lebens *sind unsere Themen.*

Psychologie Heute ist die einzige deutsche Zeitschrift, die regelmäßig und umfassend über Psychologie und die Humanwissenschaften berichtet. Die großen Themen des Lebens sind unsere Themen: Gesundheit, Liebe, Arbeit, Kommunikation, Erziehung. Wer *Psychologie Heute* regelmäßig liest, erfährt viel über sich selbst.

Psychologie Heute lesen.
Hinterher sind Sie klüger.



DIE AKTUELLE AUSGABE ERHALTEN SIE MONATLICH AM KIOSK

Schreiben Sie oder rufen Sie an: **Beltz Medien-Service**

Postfach 10 05 65, D-69445 Weinheim, Telefon: 0 62 01 / 703-200, Telefax: 0 62 01 / 703-201,

E-Mail: medienservice@beltz.de, Internet: www.beltz.de

BELTZ

Intern



Stuttgart, den 10. Dezember 2003

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Das Leiden anderer betrachten“ heißt das jüngste Buch von Susan Sontag, der Trägerin des diesjährigen Friedenspreises des deutschen Buchhandels. In weiten Teilen des Bandes thematisiert die amerikanische Erfolgsautorin die Geschichte der Kriegsfotografie.

Bilder vom Krieg können antimilitaristisch wirken. Sie können so etwas sein wie visuelle Wehrkraftersetzung, indem sie zum Beispiel jenen, die keine eigene Kriegserfahrung haben, ein Stück der Wirklichkeit vom Krieg vor Augen führen.

Allerdings: Bilder vom Krieg vollbringen auch das komplette Gegenteil. Sie können als fotografische Kriegspropaganda ausgeschlachtet werden, die Gewaltbereitschaft anheizen und als Rechtfertigung für brutalste „Gegengewalt“ dienen.

Bilder können nutzen und benutzt werden, mit dieser Ambivalenz, die der Kriegsfotografie seit jeher anhaftet, setzt sich Susan Sontag sehr ausführlich in ihrem Buch auseinander.

„Jedes Foto“, so die Autorin, „wartet auf eine Bildlegende, die es erklärt – oder fälscht.“ Bilder können etwas mit uns Betrachtern machen – und wir Betrachter können etwas mit den Bildern tun. Letztendlich ist der Effekt offen, es gibt keine garantierten Kausalitäten.

Susan Sontag immerhin revidiert ihre einst geäußerte Ansicht, dass man abstumpfe, wenn man wieder und wieder mit dem konfrontiert werde, was Menschen einander antun. Es gibt Bilder, sagt sie, die zum Appell werden, die von uns fordern: „Setz' dem ein Ende, interveniere, handle.“

Aber wann und wo entsteht diese moralische Autorität?

Was braucht es, damit wir handeln, damit wir dem Leiden anderer nicht länger tatenlos zusehen? Wann stellen wir uns aktiv der Gewalt entgegen? Wann spielen wir mit? Dieser Frage gehen seit Generationen auch die Aggressionsforscher nach. Jetzt hat der Finne Kaj Björkqvist, einer der bekanntesten Gewaltforscher, eine verblüffend einfach klingende Antwort veröffentlicht: Es kommt entscheidend darauf an, sagt er, ob wir fähig sind, mitzuempfinden. „Empathie“ heißt das Zauberwort. In der Fähigkeit, mit anderen mitzuempfinden, Schmerzen mitzuleiden, Freude mitzufühlen, so der Professor für Entwicklungspsychologie, stecke der Schlüssel, der Code zur Reaktion. „Empathie“, so Björkqvist, „ist das Gegenmittel zur Aggression.“

Und der Wissenschaftler hält Einfühlungsvermögen durchaus für erlernbar: „Ich bin sicher, dass sich Aggressionen durch regelmäßiges Empathietraining reduzieren lassen. Es wäre so einfach.“ In Rollenspielen oder mit Filmen, so erklärte er in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „GEO-Wissen“ könnten schon Kinder die Perspektive des Opfers kennen lernen.

„Das Leiden anderer betrachten“, als aktives Lernprogramm für weniger Gewalt und mehr soziale Intelligenz hätten das – wie unser Dossier ab Seite 15 eindrücklich zeigt – nicht nur Kinder bitter nötig.

Herzlich Ihr

Inhalt

Briefe	4
Impressum	5
News	6
zivil-Kunstwettbewerb	9
Film:	
Charlie Chaplin, „Der große Diktator“	10
Blickpunkt:	
Interview mit Pastor Ulrich Finckh	12
Dossier	
Häusliche Gewalt	15
„Blaue Flecken auf der Seele“:	
Seelische Verwundungen bei Kindern und Jugendlichen	16
Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	18
Prävention:	
„Starke Kinder sind seltener Opfer“	20
Astrid Lindgren: „Niemals Gewalt!“	22
„Weil jeder Mensch sich verändern kann“:	
Tätertherapie als Opferprophylaxe	22
„Auch Männer sind Opfer“:	
Interview mit Professor Michael Bock	24
„Beziehungs(alb)träume“:	
Eine Ausstellung	26
Graffiti	27
Europa:	
Militärpolitik der neuen EU-Verfassung	28
KDV international:	
Armenien	29
Reise:	
„Woofen auf der grünen Insel“	30
Sport:	
Makkabi Deutschland – eine Art jüdische Nationalmannschaft	32
Preisrätsel	34
Wer war's?	35
Gedanken – Advent	38
Galerie:	
Mosambik – Skulpturen aus Waffenschrott ...	39

Titelfoto: zivil/W.Schulz

Dieser Ausgabe liegt ein Flyer von „Zivi im Dienst“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

**Betr.: zivil 4/03, Blickpunkt,
„Der Holocaust auf deinem Teller“,
von Tobias Kaufmann**

Meiner Meinung nach kann es ja nie falsch sein, grausame Schlachtmethode anzuprangern, aber gut, das ist wohl eine individuelle Entscheidung, wie man das sieht. Des Weiteren finde ich, dass in jeglichen Konflikten jegliches Leben von Lebewesen (sei es Tier oder Mensch) in keinster Weise gefährdet werden sollten.

Die Kampagne „The holocaust on your plate“ soll wohl weniger den Holocaust verunglimpfen, sondern die unwürdigen Tierhaltungen, -transporte und Schlachtungen dramatisieren. Aber das kann man wahrscheinlich als Fleischesser nicht verkraften, mit so einem krassen Vergleich konfrontiert zu werden :-). Obwohl man natürlich schon sagen muss, dass der Vergleich mit dem Holocaust etwas hhm... äh... na ja, problematisch ist, weil es doch ein sehr düsteres Kapitel ist... aber dennoch ist die Kampagne deswegen nicht gegen Juden, geschweige denn von Rechts(radikalen) ausgeführt worden. Gerade das Gegenteil ist der Fall, sind doch die meisten Mitglieder der PeTA in eher linksgerichteten anderen Organisationen, Parteien etc. zusätzlich organisiert.

Mit dem Spot, der des Weiteren in diesem Text kritisiert wurde, hatte ich schon vor der Lektüre des Artikels zu tun, und mein Eindruck war nicht: oh, wir machen Juden schlecht, sondern von Anfang an: Verdammt, stimmt, Tiertransporte sind immer noch zu meist grausam. (...)

Des Weiteren waren die Nazis nicht solche Tierfreunde. Ich denke, dass es wohl lächerlich ist, den Nazis Tierliebe zuzusprechen, weil sie das „Schächten“ verboten und Kampagnen gegen die „Tierversuche der jüdischen Schulmedizin“ gestartet haben. Dies geschah nämlich nicht aus Gründen der „Tierliebe“, sondern zwecks der Rassenideologie der Nazis, die ich hier wahrscheinlich nicht näher erklären muss.

Ich hoffe, dass Herr Kaufmann in Zukunft vielleicht nicht so einseitige Artikel schreibt, sondern vielleicht auch einmal Vorzüge zeigen kann, die Organisationen haben können, die er kritisiert...

mfG Katharina Spiel
(Per E-Mail)

Hallo Redaktion „zivil“,
ich möchte ein kurzes Statement zu eurem Artikel „Der Holocaust auf eurem Teller“ von Tobias Kaufmann abgeben. Ich hätte nicht gedacht einen Artikel bei euch zu finden, der mit solch primitiven stilistischen Mitteln versucht, seinen Standpunkt zu suggerieren. Die textlichen Mittel, die der Autor einsetzt, hätte meine Deutschlehrerin eindeutig als demagogisch bezeichnet.

Zunächst vorweg, es geht mir nicht so sehr um eine positive oder negative Beurteilung der Kampagne, sondern um die Art und Weise wie hier argumentiert wird. Man soll sie sachlich diskutieren, aber ohne journalistische Taschenspielertricks, wie in dem Artikel geschehen.

Der Gedanke, die Kampagne sei antisemitisch oder benutze auch nur antisemitische Strategien ist doch vollkommen deplaziert. Nur mal logisch nachdenken: Eine Organisation, die das Leben des Tieres für schützenswert hält und Tierquälerei als Verbrechen deklariert, vergleicht die massenhafte Tötung von Tieren mit der massenhaften Tötung von Juden. Der Umkehrschluss kann doch nur sein, menschliches Leben ist schützenswert und nicht „Juden sind nur so viel wert wie Hühner“, was euer Artikel latent bis offensichtlich suggeriert.

Logisch entwickelt ist der Holocaustvergleich gar nicht so abwegig. Weswegen der Holocaust schockiert und als größtes Menschheitsverbrechen bezeichnet wird, ist ja nicht allein die Tatsache, dass 6 Mio. Menschen getötet wurden, dafür gäbe es Hunderte Beispiele in der Geschichte, sondern „wie“ das passiert ist. Die rationalistische Kaltblütigkeit, über Menschen wie über seelenlose Objekte zu entscheiden und sie in der ökonomisch kostenreduzierten Weise zu vernichten, diese maschinell ausgeführte Menschenverachtung schockiert am Holocaust. Und genau hierin besteht auch die Parallele zur tierquälereischen Massenhaltung und -schlachtung: eine Methode, die fühlende Lebewesen wie Dinge behandelt. Ihr hingegen verkürzt den Holocaust-Begriff auf die knappe Formel der 6 Mio. toten Juden und blendet damit den entscheidenden Bedeutungsanteil aus. (...)

Mit keineswegs mehr freundlichen Grüßen
Björn Harder
(Per E-Mail)

**Betr.: zivil 4/03, Kommentar,
„Wer einmal lügt“,
von Werner Schulz**

Der Clou am demokratisch gewählten Präsidenten der USA ist, dass Mr. Bush gar nicht demokratisch gewählt worden ist!

Und der Meinung zu sein, dass nur diktatorische Machthaber Lügen verbreiten, grenzt doch im heutigen Informationsüberschuss an überaus deplazierte Naivität. Beispiele muss ich ja wohl keine nennen (Man denke nur an Kohls Spendenaffäre etc., etc.).

Wo ist es denn am nötigsten, Un-, Halbwahrheiten und Ablenkungen zu veröffentlichen? Ein Diktator sitzt doch fest im Amt. Nein, dort wo man viele Wähler nötig hat, um regieren und weiter seinem Missbrauch freien (aber meist verdeckten) Lauf lassen zu können!

Gruß Matthias! AWO Troisdorf
(Per E-Mail)

**Betr.: zivil 4/03, Blickpunkt
„Die Verschwörungstheorie“
von Tobias Kaufmann**

Sehr geehrter Herr Kaufmann,
Ich habe heute, als Zivildienstleistender, ihren Artikel „Die Verschwörungstheorie“ gelesen und war schon sehr erstaunt mit welcher Oberflächlichkeit Sie an dieses Thema herangegangen sind. (...)

Sie fangen mit den beiden eher unseriösen Autoren zum Thema 11. 9. an. Nämlich mit de Ruiter und Meyssan. Diese beiden Autoren arbeiten aus meiner Sicht nicht seriös. Trotzdem werden in Ihrem Artikel alle Leute, die ein skeptisches Buch zum 11. 9. veröffentlicht haben, undifferenziert in einem Topf geworfen.

Der Autor und Journalist Wisnewski hat zusammen mit W. Brunner die Dokumentation „AktENZEICHEN 11.9. ungelöst“ erarbeitet. Darüber hinaus hat Wisnewski ein über 300 Seiten langes Buch verfasst, das sich ausschließlich mit den offenen Fragen des Tathergangs des 11. 9. beschäftigt. Diese Information bleiben Sie dem Leser allerdings schuldig und anstatt nur auf den Dokumentarfilm einzugehen, hätten Sie nun an dieser Stelle das Buch analysieren müssen. Sie geben an, die FAZ, die Berliner Zeitung und die Jungle World hätten die Beweisführung des Dokumentarfilms zerrissen. Welche Beweise dort zerrissen wurden, bleiben Sie dem Leser schuldig. In Wahrheit ist der Dokumentarfilm ein sauber recherchiertes Film, ohne bewusste Lügen und Manipulationen. In Ihrem Text zeigen Sie jedoch, wie man es als Journalist nicht machen sollte. Sie behaupten, Wisnewski komme in seinem Film „ohne neutrale Experten aus, ganz zu schweigen von Sprechern der US-Regierung“. Eine glatte Fehlbeobachtung.

Taschenkalender

Er hat alles, was ein Taschenkalender haben muss: Jahres- und Monatsübersicht, eine Doppelseite pro Woche, Adressverzeichnis, Ferientermine, Platz für Notizen... Außerdem enthält er zahlreiche Informationen und Hintergründe rund um die Themen Frieden und Abrüstung: Der „Friedenskalender 2004“ des Harms Verlages. Inhaltlich geht es in der neuen Ausgabe um „aktuelle Konflikte“, Irak, Afghanistan, Palästina und um das Konfliktpotential, das in Afrikas Erdöl steckt oder im Wasser des Nils.



Friedenskalender 2004, Harms Verlag,
In't Holt 37, 24124 Lindhöft,
www.harms-verlag.de, 6,80 Euro



Der Bürgermeister von Shanksville kam zu Wort. Der Bürgermeister war als einer der ersten am Unglücksort und sagte aus: „There was no plane!“ (...)

Auch ist die Frage nach der Flugabwehr ein sehr wichtiger Punkt, den Sie hier leider völlig außen vor lassen. Am 11. 9. war die gesamte Luftabwehr völlig lahm gelegt. Das ist eine Tatsache. Einer von vielen Punkten, die Sie uns verschweigen. (...) Stattdessen hacken Sie akribisch auf den Autoren Bröckers und Wisnewski herum, obwohl Sie die Bücher wahrscheinlich nicht gelesen haben. (...)

Ich persönlich wäre bereit, ihnen ausführliche Informationen zu den Lücken und Falschbehauptungen in der offiziellen Version zu geben, ohne eine Verschwörungstheorie aufzustellen oder das Klischee des bösen Amerikas zu bedienen. Ich würde mich über eine Stellungnahme ihrerseits freuen.

Mit freundlichen Grüßen: Hannes Draeger
(Per E-Mail)

Betr.: zivil 4/03, Galerie, „Die Jungfrau züchtigt das Jesuskind“, von Max Ernst

Liebe Redaktion,
es lässt mir keine Ruhe, kurz meine Meinung zu dem Artikel auf der letzten Seite von Harald Wagner über das Bild von Max Ernst zu schreiben. Es geht hier nicht nur um die Verletzung von religiösen Gefühlen, sondern es ist wahrhaft eine Gotteslästerung. Diese Bild stellt eine Lüge dar. Wenn die Mutter Maria jemals einen Grund gehabt hätte, Jesus zu schlagen, so würde das bedeuten, dass Jesus gesündigt hätte. Die Bibel und Jesus selbst sagt aus, dass Er ohne Sünde war. Er hat niemals in seinem Leben gesündigt, sonst hätte Jesus nicht der Erlöser sein können und unser christlicher Glaube wäre eine Einbildung bzw. Lüge. Kurz vor seiner Kreuzigung sagt Jesus: „Ich werde nicht mehr vieles mit euch reden, denn der Fürst der Welt kommt; und in mir hat er gar nichts“ (Johannes 14:30)

oder auch Hebräer 4:15. Als Jesus in das Totenreich hinabgestiegen war, erkannte der Teufel, dass sein vermeintlicher Sieg (Tod Jesu) seine größte Niederlage gewesen ist. Da Jesus selbst nie gesündigt hat, konnte der Teufel ihn nicht festhalten und Gott ließ Jesus wieder auferstehen. Jesus lebt und das ist die absolute Wahrheit!

Mit freundlichen Grüßen
Ulrike Weigel
(Per E-Mail)

Betr.: zivil 4/03, Dossier, „Teufelskreise“

Liebe Redaktion,
durch Zufall bin ich auf Ihre Zeitschrift „zivil“ (Ausg. 4, 2003) gestoßen. Ich war sofort nach der ersten Lektüre sehr davon angetan und nahm sie in meinen Literaturkreis im „Knast“ mit. Wir lasen zusammen den Artikel: „Weil der Tod eines Kindes den Tod der ganzen Welt bedeutet“, und es entwickelte sich daraus ein intensives Gespräch. Die Gefangenen rieten mir sehr zu, Ihre Zeitschrift zu abonnieren. Und ich will diesem Wunsch entsprechen.

Pfarrer Ulrich Huppenbauer
Gefängnisseelsorger, Naumburg

Betr.: zivil: Anregungen, Kritik, Lob... Sagen Sie uns die Meinung! (Eine kleine Auswahl)

Gut war das „geballte“ Dossier Teufelskreise. Gut – wenn auch „schmal“ – waren „Kunst“ und „Rätsel“. Macht doch noch etwas Auflockern des, Satire, Humor...

Hanmartin Ehrler, Lengefeld

Manchmal sind die Artikel etwas zu lang, kurz und knapp wäre ansprechender. Mir fehlen auch Witze und humorvolle Artikel.

Kirstin Grau, Dietzhölztal

Ich habe durch einen Freund die Zeitschrift kennen gelernt. Als ich Zivi war (vor 18 Jahren), hätte ich diese gerne mit dem Interesse gelesen, mit dem ich sie heute wahrnehme. Macht weiter so!

Frank Sinemus, Goslar

Ihr bringt interessante Themen, aber zu wenig über Jugendkultur. Euer Rätsel ist gut!

A. Köpf, München

Eure Themenauswahl finde ich gut. zivil bringt Themen, die sonst nicht beschrieben werden (z.B. RAF...) Macht weiter so!

Michael Föbel, Königsberg

Ich halte zivil für politisch zu sehr links gerichtet und damit für unausgewogen.

Fabian Walla, Flensburg

Impressum

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabonnement.

Herausgeber:

Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), Wachmannstraße 65, 28209 Bremen
www.eak-online.de

Redaktion:

Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer
(leitender Redakteur);
Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat:

Günter Knebel, Bremen; Hans Seydel, Frankfurt; Dr. Volker Teichert, Heidelberg; Harald Wagner, Göppingen

Redaktionsanschrift:

Redaktion zivil, Werner Schulz,
Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart,
Telefon 0711/636 82 14, Fax 0711/636 90 09,
E-Mail: redaktion.zivil@t-online.de
www.zivil.de

Vertrieb:

Vertrieb zivil,
Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart

Verlag und Anzeigen:

Kreuz Verlag, Irmgard Feuss,
Breitwiesenstraße 30, 70565 Stuttgart,
Telefon 0711/788 03-29, Fax -10,
E-Mail: feuss@kreuzverlag.de

Anzeigen Berufsperspektiven:

Rodmann & Partner
Kommunikation und Media-Service,
Woldsenweg 14, 20249 Hamburg,
Telefon 040/48 75 76, Fax 040/480 44 12,
Mobil 0171/5212328,
E-Mail: rodmann-partner.rococo@t-online.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5 vom 1. 4. 2003
Das Jahresabonnement (5 Hefte) kostet 10 € einschließlich Versand. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestell-Abschnitt im Heft. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.

Die Mitarbeit interessierter Leserinnen und Leser durch Artikel, Leserbriefe, Fotos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt eingesandter Bücher und CDs kann nicht garantiert werden.

Gestaltung: Thomas Donner, Stuttgart,

E-Mail: mail@thomasdonner.com

Druck und Verarbeitung: Schnitzer Druck,
Fritz-Klett-Straße 61-63, 71404 Korb

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten davon dürfen Kopien für den persönlichen Gebrauch hergestellt werden.

ISSN 1430-5968

zivil ist Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e. V.

Deutschland

Friedensforschung auf Sparflamme

Die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) sieht den Bestand und die wissenschaftliche Qualität der deutschen Friedensforschung bedroht. Durch die „Sparaxt“ einiger Bundesländer sei die Zukunft einer ganzen Reihe von Einrichtungen der Friedensforschung gefährdet, heißt es in einem „Notruf“ der Wissenschaftler von der AFK. So plane etwa der Senat der Hansestadt Hamburg, für das Haushaltsjahr 2005 die Zuwendungen an das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) von bisher 1,3 Mio. Euro um zwei Drittel zu kürzen. Bereits im kommenden Jahr sei in Hessen eine Kürzung der Zuschüsse für die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) angekündigt: Statt der geplanten 2,2 Mio. sollen nur noch 1,7 Mio. Euro in die Friedensforschung fließen, eine Kürzung um 20 %. Die Einschnitte bei den betroffenen Instituten fielen in eine Zeit, so die AFK, in der wissenschaftlicher Bedarf und öffentliche Nachfrage an Erkenntnissen der Friedensforschung gewachsen sind.

Weltfriedensgebet

Religionsführer aus 50 Nationen haben während des ersten Weltfriedensgebetes in Deutschland Krieg als politisches Mittel verurteilt und die Menschen zum Dialog aufgerufen. Vom 7. bis 9. September versammelten sich in Aachen rund 500 Religionsführer und 3500 Gäste aus aller Welt unter dem Motto „Zwischen Krieg und Frieden – Religionen und Kulturen begegnen sich“. In einem Friedensappell, der zum Abschluss unterzeichnet wurde, erklärten die Teilnehmer: „Niemals können die Religionen Hass und Gewalt rechtfertigen.“ Wer im Namen Gottes hasse und andere töte, müsse wissen: „Der Name Gottes ist Frieden.“ Foto: epd-bild



Waffenexport

Unter den weltweit aktivsten Waffenexport-Staaten nimmt Deutschland einen der führenden Plätze ein. Insgesamt hat der globale Waffenhandel ein Volumen von 26 bis 40 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Mit 12,1 Mrd. Einnahmen aus den Waffengeschäften liegen die USA auf Platz eins, gefolgt von Großbritannien (6,1 Mrd. US-Dollar), Russland (3,7 Mrd. US-Dollar), Deutschland (3,2 Mrd. US-Dollar) und Frankreich (2,9 Mrd. US-Dollar).

Gewalt im Radio

In vielen Radioprogrammen wird verbale Gewalt in Unterhaltung verpackt: Jokes, Blödelmoderationen und Schimpfattacken – und das alles auf Kosten anderer. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Universität Leipzig. Zusammen mit dem Sprachgebrauch der Moderatoren und der dort feststellbaren „Neigung zum Vulgären“ sind die in diesen Programmen vorgeführten Formen des menschlichen Umgangs nach Ansicht der Medienforscher Professor Bernd Schorb und Anja Hartung geeignet, auf Heranwachsende zwischen neun und 16 Jahren „desorientierend“ zu wirken. Um die Hörerinnen und Hörer zum Lachen zu bringen, sei in den untersuchten Sendungen den Moderatoren jedes Mittel recht, also auch verbale Gewalt: herabwürdigen, lächerlich machen, in die Ecke stellen. Die Moderatorinnen und Moderatoren hätten einen schlechten Einfluss auf die jungen Hörer, weil sie vormachten, wie man Schwächere unterdrückt und sich auf ihre Kosten belustigt, heißt es in der Studie. Die Medienwissenschaftler verwiesen auf die Verantwortung der Radiomacher gegenüber den jungen Hörern und forderten die Kontrollorgane des Hörfunks auf, mit den Sendern diesbezüglich in eine Diskussion einzutreten.

www.uni-leipzig.de/~mepaed

Friedenspreise

Erster Stuttgarter Friedenspreis

Den erstmals vergebenen Stuttgarter Friedenspreis des Bürgerprojekts „Anstifter“ erhielt das Komitee für Grundrechte und Demokratie. Das Bürgerrechtskomitee zeichne sich durch „Einsatz, Beharrlichkeit und Nichtresignation“ aus, hieß es in der Begründung.

Friedensnobelpreis

Den Friedensnobelpreis des Jahres 2003 erhielt die Iranerin Shirin Ebadi für ihren Kampf um Menschenrechte in ihrem Heimatland. Der Nobelpreis für die iranische „Stimme des Gewissens“ könnte der Reformbewegung im Iran neues Leben einhauchen, so die Hoffnung des Nobelkomitees. „Es gibt absolut nichts im Islam, was nicht vereinbar wäre mit Demokratie und politischer Freiheit“, erklärte die Preisträgerin, die sich seit vielen Jahren vor allem für die Menschenrechte der Frauen und Kinder im Iran einsetzt. Die 56-jährige Shirin Ebadi ist die erste Iranerin und die erste muslimische Frau, die den Friedensnobelpreis erhält. In ihrer Heimat war sie eine der ersten Frauen, die die Zulassung zum Richteramt erhielten.

International

Israel

Nach der vollen Verbüßung der gegen ihn verhängten 18-jährigen Gefängnisstrafe soll der israelische Atomwaffengegner Mordechai Vanunu am 22. April nächsten Jahres entlassen werden. Dies teilte eine Solidaritätskampagne in London mit. Vanunu hatte während einer Reise nach London 1986 Einzelheiten über das israelische Atomwaffenprogramm veröffentlicht. Er wurde dort vom Geheimdienst entführt, anschließend in Israel wegen Spionage vor Gericht gestellt und zu 18 Jahren Haft verurteilt. Appelle zu seiner vorzeitigen Entlassung, die unter anderem von U2-Sänger Bono unterstützt wurden, sind immer wieder abgelehnt worden.

www.vanunu.freeseerve.co.uk

USA/Irak

Den US-Friedensaktivisten, die als „menschliche Schutzschilder“ in den Irak gereist waren, um die Menschen vor Militärangriffen unter der Führung der US-Armee zu schützen (siehe zivil 1/03), droht das US-Finanzamt jetzt mit Geld- und Gefängnisstrafen wegen Missachtung von amerikanischen Sanktionen. Die Mitglieder des Friedenteams müssen mit Strafen von bis zu 10.000 US-Dollar rechnen, nachdem sie die Sanktionen der Regierung missachteten, die jegliche Reisen in den Irak und dortige Geschäftsverbindungen verboten. Falls die Geldstrafen nicht gezahlt werden, drohen Gefängnisstrafen. Noch wurden keine Strafen verhängt. Die Kriegsgegner wurden aber „zum Sachverhalt“ befragt. Dies wiederum nutzten die Aktivisten für medienwirksame Auftritte. Viele betonten bereits, dass sie keine Strafe bezahlen würden – und sie erklärten der Öffentlichkeit auch warum: Auf keinen Fall würden sie mit ihrem Geld den Ausbau des US-Waffenarsenals unterstützen. Gleichzeitig klagten zahlreiche US-amerikanische Friedens- und Bürgerrechtsgruppen über zunehmende Einschüchterungen und Überwachungsaktionen durch die Bundespolizei. Erstmals seit dem Ende des Vietnamkrieges würden Friedensaktivisten unter der Vorgabe des „Kampfs gegen den Terror“ polizeilich überwacht.

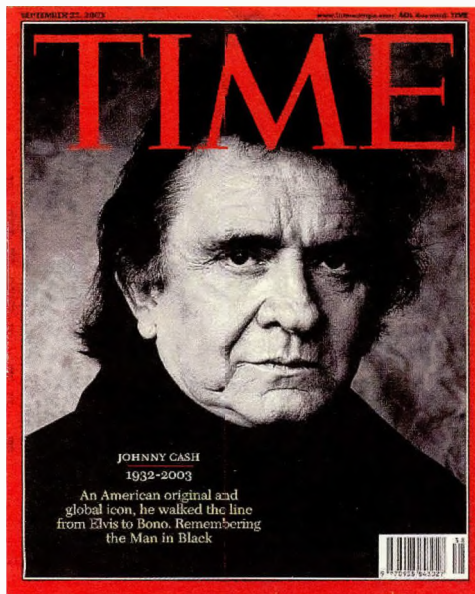
USA

Nach Ansicht von US-Richtern tragen die Hersteller von Schusswaffen eine Mitverantwortung für Straftaten, die mit ihren Produkten begangen werden. In San Francisco wurde eine entsprechende Klage von Angehörigen der Opfer eines Amokläufers vor einem Berufungsgericht zugelassen. Die Kläger werfen den Waffenherstellern vor, den illegalen Waffenhandel zu befördern.

Rekordsumme für das Militär

Der US-Verteidigungshaushalt hat eine neue Rekordmarke erreicht: Für das Jahr 2004 unterzeichnete US-Präsident George W. Bush ein Haushaltsgesetz, in dem der Verteidigungsetat die Summe von 401,3 Milliarden Dollar umfasst.

Music



Zum Tod von Johnny Cash

Am 12. September verstarb der US-Country-Sänger Johnny Cash 71-jährig in einem Krankenhaus in Nashville. Vom Beginn seiner Karriere bis zu seinen letzten öffentlichen Auftritten als bereits schwerkranker Mann trug Johnny Cash stets schwarze Kleidung. In seinem berühmten Song „Man in black“ erzählt er den Hintergrund:

MANN IN SCHWARZ

Nun, du fragst, warum ich immer Schwarz trage,
warum man niemals helle Farben auf meinen
[Schultern sieht.
Und warum mein Aussehen einen so düsteren
[Touch zu haben scheint.
Nun, es gibt einen Grund für die Dinge,
[die ich trage.

Ich trage Schwarz für die Armen
[und die Unterdrückten,
die auf der hoffnungslosen, hungrigen Seite
[der Stadt wohnen.
Ich trage es für den Gefangenen,
[der längst gezahlt hat für sein Verbrechen,
aber dort ist, weil er ein Opfer der Zeiten ist.

Ich trage Schwarz für die, die niemals lesen,
oder nicht hörten auf die Worte, die Jesus gesagt:
über den Weg zum Glück durch Liebe
[und Barmherzigkeit.
Warum, könnte man denken,
[spricht er geradewegs zu dir und mir?

Uns geht es wirklich gut, wie es scheint,
mit unsern superschnellen Schlitten
[und flotten Klamotten.
Aber dennoch werden wir stets an die erinnert,
[die ganz unten sind.
Ganz vorne dabei sollte es
[jeinen Mann in Schwarz geben.

Ich trage es für die Kranken und einsamen Alten,
für die Leichtsinnigen,
[deren schlechter Trip sie umgebracht hat.
Ich trage Schwarz in Trauer um die,
[die noch leben könnten.
Jede Woche verlieren wir hundert
[feine junge Männer.

Und ich trage es für die Tausende,
[die gestorben sind
im Glauben, dass Gott auf ihrer Seite sei.
Ich trage es für weitere Hunderttausende,
[die gestorben sind
im Glauben, dass wir alle auf ihrer Seite wären.

Nun, es gibt Dinge, die niemals
[recht sein werden, wie ich weiß,
und die Verhältnisse brauchen Veränderung,
[wo immer man hinsieht.
Aber bis wir uns in Bewegung setzen,
[ein paar Dinge gerecht zu machen,
wird man mich niemals weiße Sachen
[tragen sehn.

Oh, ich würde liebend gern jeden Tag
[einen Regenbogen tragen
und der Welt vermitteln, dass alles OK ist.
Aber so werde ich versuchen, ein wenig
[Dunkelheit mit meinem Rücken aufzutragen.
Bis die Dinge leuchtender sind,
[bin ich der Mann in Schwarz.
Übersetzung: Angelika Knebel

Fundsachen

Ich weiß, dass ich nichts weiß

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (71) hat eine britische Auszeichnung für die unsinnigste Äußerung des Jahres gewonnen. Die prämierte Bemerkung fiel auf einer Pressekonferenz und lautete: „Berichte, die sagen, dass etwas nicht passiert ist, finde ich immer interessant, denn wie wir wissen, gibt es Bekanntes, das bekannt ist. Es gibt Dinge, von denen wir wissen, dass wir sie wissen. Wir wissen auch, dass es bekanntermaßen Unbekanntes gibt. Das heißt, wir wissen, dass es Dinge gibt, die wir nicht wissen. Aber es gibt auch Unbekanntes, das unbekannt ist – das, wovon wir nicht wissen, dass wir es nicht wissen.“

Die Preise werden von der „Plain English Campaign“ (Auf gut Englisch gesagt) vergeben, zur Verleihung wurde nicht mit Rumsfelds Erscheinung gerechnet.

Gefunden in der Frankfurter Rundschau

Waffenverbot

Das Tragen von Waffen in Gotteshäusern und anderen kirchlichen Gebäuden will die Erzdiözese Saint Louis im US-Bundesstaat Missouri verbieten. Daher sollten an deutlich sichtbaren Stellen entsprechende Hinweisschilder angebracht werden, betonte Weihbischof Joseph F.

Naumann in einem Schreiben an alle kirchlichen Einrichtungen. Ein in Kürze in Kraft tretendes Gesetz des Bundesstaates erlaubt es allen privaten Einrichtungen, derartige Verbote auszusprechen.



Robuste Friedenserziehung im PAX-Kino?
Aufgenommen im französischen Küstenort
Quend-Plage.

Foto: F.S.

Waffenzwang

Die 210 Einwohner der Ortschaft Geuda Springs im US-Bundesstaat Kansas müssen künftig eine Schusswaffe samt Munition im Haus haben. Wie US-Medien berichteten, verabschiedete der Gemeinderat eine entsprechende Verordnung, weil Geuda Springs keine Polizeistation hat. Wer keine Waffe im Haus hat, muss künftig mit einer Geldstrafe von zehn Dollar rechnen. Die neue Verordnung gilt nach den Berichten allerdings nicht für geistig und körperlich Behinderte und für Bürger, die Schusswaffen grundsätzlich ablehnen.

Tierschutz

„Es ist einfacher, an Studenten zu kommen als an Affen... Tierschutz hat ein Ausmaß angenommen, das an Menschenverachtung grenzt.“ Konrad Beyreuther, Direktor des Zentrums für Molekulare Biologie an der Universität Heidelberg, auf einer Anhörung der CDU-Landtagsfraktion zum Thema Demenz.



Wanderausstellung

„Schwarzer Tod und Amikäfer“ – eine Ausstellung zur Geschichte der Biowaffen

War der „Schwarze Tod“, die verheerende Pestseuche, der im 14. Jahrhundert rund ein Drittel der europäischen Bevölkerung zum Opfer fiel, die Folge des Einsatzes biologischer Kampfmittel? Eine zeitgenössische Darstellung jedenfalls legt genau diesen Schluss nahe: Demnach sollen Tataren im Jahr 1346 mit mächtigen Steinschleudern die Leichen von Pestopfern über eine Befestigungsanlage der Genueser auf der Krim katapultiert haben. Die Folgen waren furchtbar, die Belagerten sollen ihre Festung aufgegeben haben und in die italienischen Hafenstädte geflohen sein – von wo aus die Seuche des „Schwarzen Todes“ tatsächlich ihren Ausgang nahm.

Dem geschichtlichen Ursprung der Biowaffen und ihrem heutigen Gefahrenpotential für die Menschheit widmet sich eine Wanderausstellung, die Prof. Dr. Erhard Geißler vom Max-Delbrück-Centrum für molekulare Medizin in Berlin zusammengestellt hat. In sechs Abteilungen werden Bio- und Toxinwaffen als Krankheitserreger, Schädlinge und von Lebewesen gebildete Giftstoffe vorgestellt, die von Militärs, Terroristen und Saboteuren verwendet wurden. Die Haltung der deutschen Wissenschaftler, Militärs und Politiker wird dabei besonders beleuchtet. Gegenwärtig sind Biowaffen vor allem in den USA ein Schreckgespenst, gegen das sich die Anti-Terror-Politik Präsident Bushs mit aufwendigen Programmen zu schützen sucht. Der notwendigen weltweiten Kontrolle der Bio- und Toxinwaffen widmet die Ausstellung ein eigenes Kapitel.

Die nächsten Ausstellungstermine:
12.1.2004-5-2-2004: Zivildienstschule Buchholz
10.2.-27.2.: Zivildienstschule Seelbach
2.3.-31.3.: Zivildienstschule Bodelshausen
5.4.-14.5.: Zivildienstschule Karlsruhe
Außerdem ist die gleichnamige ständige Ausstellung (mit zusätzlichen Exponaten) von Mai bis Oktober 2004 in Schloss Sachsenburg bei Frankenberg zu sehen. Ein Katalog mit Begleitheft kann gegen Voreinsendung von 3 Euro in Briefmarken bezogen werden bei: Kuratorium Schloss Sachsenburg, Günter Hoffmann, Dittersbacher Weg 26, 09669 Frankenberg/Sa.

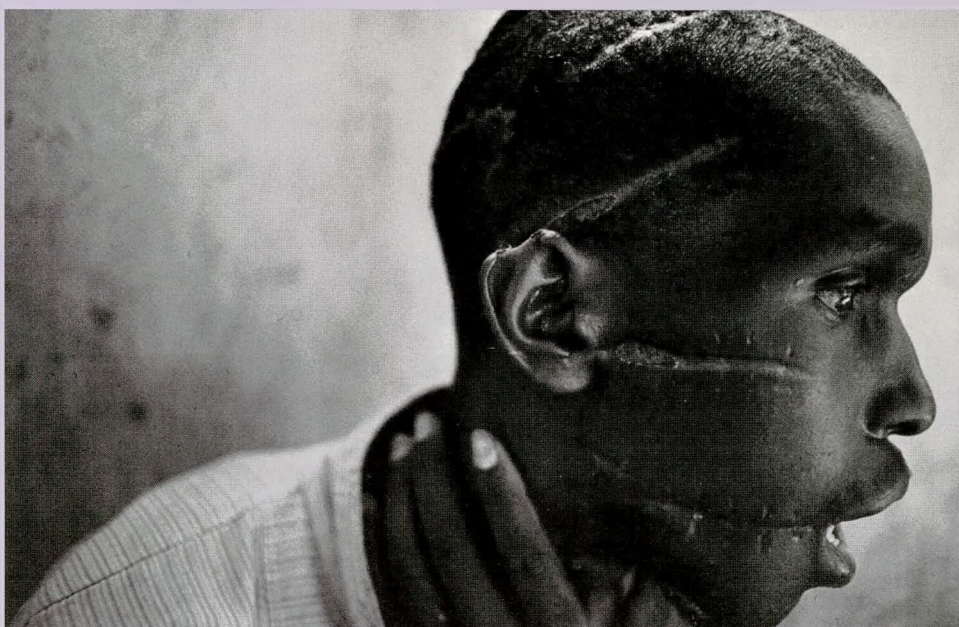
James Nachtwey – Kriegsphotograf

Ruanda, Afghanistan, Bosnien, Nordirland, Rumänien, Somalia, Tschetschenien – seit über 20 Jahren fotografiert James Nachtwey in den Krisengebieten der Welt und zählt zur Zeit zu den einflussreichsten und meistpublizierten Fotografen, die Kriege, Notstände und ihre Folgen dokumentieren. Seine Bilder visualisieren die Hinterhöfe der Macht. Sie berichten von Leid, Terror, Angst und Tod und zeigen Menschen – zumeist die Zivilbevölkerung – als Opfer inmitten der diffusen Konflikte, die heute an die Stelle nationaler Kriege

getreten sind und oft über die Bevölkerung hereinbrechen wie Naturkatastrophen.

Eine Ausstellung von Fotos des 1948 im Staat New York geborenen Nachtwey ist derzeit im „C/O Berlin“, dem kulturellen Forum für Fotografie in Berlin zu sehen. Die Ausstellung wird durch ein umfassendes thematisches Programm ergänzt.

C/O Berlin, Linienstraße 144, 10115 Berlin, www.co-berlin.com. Die Ausstellung ist bis 29. Februar täglich von 11-19 Uhr geöffnet.



zivil-Kunstpreis 2004

Zum sechsten Mal veranstaltet zivil einen Kunstwettbewerb, diesmal in Zusammenarbeit mit der Zivildienstschule Bodelshausen. **Die Teilnahme ist offen für alle!**

WAS kann man gewinnen?

1. Preis: 250.- Euro
2. Preis: 100.- Euro
3. Preis: 75.- Euro
- 4.-10. Preis: je 25.- Euro

WIE lautet das Thema?

Die Themen des Wettbewerbs entsprechen den Themen der Zeitschrift zivil: „Vorrang für eine Kultur der Gewaltfreiheit“, „Soziales Lernen und Hilfe für den Nächsten“, „Miteinander in der Einen Welt“, „Engagement für die bedrohte Schöpfung“.

WAS kann eingereicht werden?

Eigene Arbeiten aus den künstlerischen Bereichen Malerei, Zeichnen (Karikaturen), Grafik, Schnitttechnik, Plastik... (keine Fotografien, keine Videos).
Formate bis 50x70 cm ohne Rahmung, größere bitte mit Rahmen einreichen.
Pro Teilnehmerin und Teilnehmer nicht mehr als drei Werke!
Es steht den Einsenderinnen und Einsendern frei, den Kunstwerken eigene Kommentare, Gedanken, Aphorismen... beizufügen.

WER kann mitmachen?

Alle zivil-Leser und -Leserinnen, die uns ihre Kunstwerke rechtzeitig zuschicken.

WER vergibt die Preise?

Entschieden wird der Wettbewerb durch eine unabhängige Jury, bestehend aus zwei professionellen Künstlern, einem Kunstlehrer/Dozenten und je zwei Vertretern der Zivildienstschule Bodelshausen und der zivil-Redaktion.

WAS passiert mit den Werken?

Die Veranstalter stellen eine Auswahl der Arbeiten zu einer Ausstellung zusammen, die in verschiedenen Zivildienstschulen und sozialen Einrichtungen zu sehen sein wird (Interessenten für diese Ausstellung wenden sich bitte bis 15.3.2004 an die Veranstalter).
zivil erhält für alle eingesandten Arbeiten die Abdruckrechte und die Rechte für eine nicht-kommerzielle Dia-Serie.
zivil veröffentlicht in Ausgabe 2/04 ein Dossier mit den besten Arbeiten.
Alle Werke werden nach dem Wettbewerb bzw. nach den Ausstellungen, spätestens am 1.12.2004 den Einsenderinnen und Einsendern zurückgeschickt.

WOHIN einsenden?

Ausreichend frankiert an:
Zivildienstschule Bodelshausen, Herrn Dr. Wild,
Offerdinger Str. 10, 72411 Bodelshausen.
Dort gibt's auch Auskunft bei Fragen: Telefon 07471/958522

WANN ist Einsendeschluss?

Am 15. März 2004, definitiv!

WAS ist ausgeschlossen?

Der Rechtsweg.

Bekämpft und bejubelt, verfolgt und verboten

„Der große Diktator“ – ein Filmklassiker gegen Hass und Unmenschlichkeit

Von Friedhelm Schneider

Ende 1938 lässt Charlie Chaplin verlauten, er arbeite an einer satirischen Abrechnung mit Hitler: „Ich werde ihn spielen, und man wird ihn nicht fürchten, sondern über ihn lachen. Und Lachen tötet.“ Das Anti-Hitler-Projekt des Regisseurs mit dem charakteristischen Oberlippenbärtchen findet schnell öffentliche Aufmerksamkeit. Nur wenige Tage nach Kriegsbeginn in Europa werden im September 1939 die Dreharbeiten aufgenommen. Der „New York Daily Mirror“ urteilt: „Wenn „Der große Diktator“ in Deutschland... gezeigt werden könnte, müsste Hitler abdanken – oder seinen Schnurrbart abrasieren.“ Über die zu erwartende Wirkung des Films ist einige Monate später zu lesen: „Hunderttausende werden vor Lachen brüllen, und das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches ist sich dessen sehr wohl bewusst, dass es gefährlich ist, ausgelacht zu werden.“ (Ladies Home Journal, 18.07.1940).

Zensur- und Verbotsdrohungen

Schon lange vor seiner Fertigstellung ist „Der große Diktator“ mit Zensur- und Verbotsdrohungen konfrontiert. Zunächst sind es die Selbstzensur-Behörden des amerikanischen und britischen Films, die ihre Bedenken anmelden. Kontroverse politische Tagesfragen sollen nicht auf der Filmleinwand erscheinen. Insbesondere befürchtet man, das Filmprojekt werde die bisherige Neutralitäts- und „Appeasement“-Politik stören, die Konfrontationen mit Nazi-Deutschland zu vermeiden versucht. Am 15.10.1940 kommt es in New York zur Premiere des „großen Diktators“. Trotz angedrohter Störmanöver verläuft alles „in bester Stimmung und voller Begeisterung“, wie Chaplin sich später erinnert. Allerdings ist der Film nicht in allen Großstädten der USA zu sehen. Überall, wo deutschstämmige Amerikaner die Bevölkerungsmehrheit stellen, verzichten die Kinos auf die Aufführung der Hitler-Parodie. Dass „Der große Diktator“ in Deutschland und Italien nicht gezeigt werden darf, liegt auf der Hand. Die Nationalsozialisten machen ihren

ganzen Einfluss geltend, um Aufführungen des Films auch im Ausland zu verhindern. Wo sie selbst nicht eingreifen können, mobilisieren sie die Botschafter ihrer Bündnispartner. So wird „Der große Diktator“ in Argentinien auf Betreiben des italienischen Botschafters verboten. In weiteren südamerikanischen Staaten wird die Vorführung des Films gleichfalls untersagt.


Symbolträchtige Doppelrolle

Im Mittelpunkt des Films stehen Charlie Chaplin und die Doppelrolle, die er verkörpert. Zum einen spielt er den von Weltmacht-Fantasien umgetriebenen Diktator von Tomania, Adenoid Hynkel (= Adolf Hitler). Zum anderen tritt Chaplin als jüdischer Frisör in Erscheinung, der, ohne es zu ahnen, wie ein Doppelgänger des antisemitischen Diktators aussieht und mit diesem verwechselt wird. Einerseits parodiert der Film die faschistische Führungselite. Hynkel und sein Amtskollege Napaloni (= Mussolini) werden als großenwahnsinnige Psychopathen entlarvt und der Lächerlichkeit preisgegeben. Andererseits verwendet die Filmregie viel Mühe darauf, Mitgefühl für die Opfer des Diktators zu wecken. Chaplins „Diktator“ passt nicht in das Schwarz-Weiß-Schema späterer Propagandafilme, die alles darauf anlegen, den Hass auf die Feinde zu schüren. Indem Chaplin selbst sowohl den verfolgten Frisör als auch seinen diktatorischen Unterdrücker spielt, macht er deutlich: Die Liebe zum Leben und die Lust an der Zerstörung sind als Möglichkeit in jedem Menschen angelegt. Es kommt darauf an, zu einer humanen Orientierung zu finden. Dieser Entfaltung der Menschlichkeit stehen diktatorische Regime ebenso entgegen wie eine sich verselbständigende Kriegsmaschinerie.

Appell gegen Gewalt

In der Schluss-Szene des Films werden diese Gedanken mit Nachdruck verdeutlicht: Nach der Invasion der Hynkel-Truppen in Austerlich (= Österreich) kommt es zur Verwechslung zwischen dem Diktator und dem Frisör. Als vermeintlicher Hynkel soll der jüdische Barbier

auf einer Großkundgebung eine Rede halten, die landesweit im Radio übertragen wird. Erstmals im ganzen Film ergreift Chaplin das Wort. Er wächst über seine Rolle als kleiner Frisör hinaus und richtet einen eindringlichen Appell für Frieden, Toleranz und Menschlichkeit an sein Publikum (siehe Kasten).

Schon die Premiere des „Großen Diktators“ führte zu Diskussionen über die Frage, ob Slapstick-Elemente und Situationskomik angemessene Mittel seien, um den Nationalsozialismus und seine Verbrechen in Szene zu setzen. Chaplin selbst hat dazu später angemerkt: „Hätte ich etwas von den Schrecken der deutschen Konzentrationslager gewusst, ich hätte „The Great Dictator“ nicht zustande bringen, mich über den mörderischen Wahnsinn der Nazis nicht lustig machen können.“ Dennoch bleibt „Der große Diktator“ einer der großen Filmklassiker gegen Unmenschlichkeit und Unterdrückung. 

Der Film ist im DVD-Format im Handel. Der Kulturkanal „arte“ sendet den Film am 22. Dezember um 20:40 Uhr.

Charlie Chaplin: Appell für Frieden, Toleranz und Menschlichkeit („Der große Diktator“, 1940)

„...Ich möchte weder herrschen noch irgendwen erobern, sondern jedem Menschen helfen, wo immer ich kann, den Juden, den Heiden, den Farbigen, den Weißen. Jeder Mensch sollte dem andern helfen, nur so verbessern wir die Welt. Wir sollten am Glück des andern teilhaben und nicht einander verabscheuen. Hass und Verachtung bringen uns niemals näher. Auf dieser Welt ist Platz genug für jeden, und Mutter Erde ist reich genug, um jeden von uns satt zu machen.“

Das Leben kann ja so erfreulich und wunderbar sein. Wir müssen es nur wieder zu leben lernen. Die Habgier hat das Gute im Menschen verschüttet, und Missgunst hat die Seelen vergiftet und uns im Paradeschritt zu Verderben und Blutschuld geführt. Wir haben die Geschwindigkeit entwickelt, aber



innerlich sind wir stehen geblieben. Wir lassen Maschinen für uns arbeiten, und sie denken auch für uns. Die Klugheit hat uns hochmütig werden lassen und unser Wissen kalt und hart. Wir sprechen zuviel und fühlen zuwenig. Aber zuerst kommt die Menschlichkeit und dann erst die Maschinen. Vor Klugheit und Wissen kommen Toleranz und Güte. Ohne Menschlichkeit und Nächstenliebe ist unser Dasein nicht lebenswert. Aeroplane (Flugzeuge) und Radio haben uns einander näher gebracht. Diese Erfindungen haben eine Brücke geschlagen von Mensch zu Mensch. Sie erfordern eine allumfassende Brüderlichkeit, damit wir alle eins werden...

Soldaten! Vertraut Euch nicht Barbaren an, Unmenschen, die Euch verachten und denen Euer Leben nichts wert ist. Ihr seid für sie nur Sklaven... Ihr werdet gedrillt, gefüttert, wie Vieh behandelt und seid nichts weiter als Kanonenfutter. Ihr seid viel zu schade

für diese verrirrten Subjekte, diese Maschinenmenschen mit Maschinenköpfen und Maschinenherzen. Ihr seid keine Roboter, Ihr seid keine Tiere, Ihr seid Menschen.

Bewahrt Euch die Menschlichkeit in Euren Herzen, und hasst nicht. Nur wer nicht geliebt wird, hasst, nur wer nicht geliebt wird. Soldaten, kämpft nicht für die Sklaverei, kämpft für die Freiheit. Im 17. Kapitel des Evangelisten Lukas* steht, Gott wohnt in jedem Menschen, also nicht nur in einem oder in einer Gruppe von Menschen. Vergesst nie: Gott lebt in Euch allen! Und Ihr als Volk habt allein die Macht – die Macht, Kanonen zu fabrizieren, aber auch die Macht, Glück zu spenden. Ihr als Volk habt es in der Hand, dieses Leben einmalig kostbar zu machen, es mit wunderbarem Freiheitsgeist zu durchdringen. Daher im Namen der Demokratie: Lasst uns diese Macht nutzen, lasst uns zusammenstehen, lasst uns kämpfen für eine

neue Welt, für eine anständige Welt, die jedermann gleiche Chancen gibt, die der Jugend eine Zukunft und den Alten Sicherheit gewährt. Versprochen haben die Unterdrücker das auch, Deshalb konnten sie die Macht ergreifen. Das war Lüge wie überhaupt alles, was sie Euch versprochen, diese Verbrecher. Diktatoren wollen die Freiheit nur für sich, das Volk soll verklavt bleiben.

Lasst uns diese Ketten sprengen! Lasst uns kämpfen für eine bessere Welt! Lasst uns kämpfen für die Freiheit in der Welt! Das ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt. Nieder mit der Unterdrückung, dem Hass und der Intoleranz! ...“

*Gemeint ist die Apostelgeschichte des Lukas, Kap.17, 27-28

„Das war schon ganz spannend!“

Pastor Ulrich Finckh: Seit Jahrzehnten ist sein Name mit dem leidenschaftlichen Engagement für Kriegsdienstverweigerer verbunden. Mit 76 Jahren gibt die Instanz in Sachen KDV-Recht den Vorsitz der „Zentralstelle KDV“ ab.

Ein zivil-Interview von Werner Schulz

zivil: Herr Finckh, wen wird denn Frau Maischberger künftig in ihre Sendung als Spezialisten zum Thema Wehrpflicht einladen, wenn Sie jetzt in den Ruhestand gehen?

Finckh: Also, ich vermute mal, dass sowohl unsere Präsidentin, Landesbischöfin Margot Käßmann, als auch die neue Vorsitzende Barbara Kramer genauso zur Sache reden werden.

zivil: Sie waren 32 Jahre Vorsitzender der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“ und ganz sicher der bekannteste und einflussreichste Lobbyist für KDVer und Zivis in Deutschland – was war für Sie der größte Erfolg Ihrer langjährigen Arbeit?

Finckh: Der größte Erfolg war sicher, dass wir 1989 die Verlängerung der Dienstzeit verhindert haben.

zivil: Da ging es um die Planung von sage und schreibe 24 Monaten Zivildienst.

Finckh: 1989 war es so, dass schon ein Gesetz im Bundestag beschlossen war, nach dem die Dienstzeiten verlängert werden sollten auf 18 Monate bei der Bundeswehr und 24 Monate im Zivildienst, für Zivis also ein Drittel länger. Das ganze allerdings mit der ausdrücklichen Verpflichtung der Regierung, nur davon Gebrauch zu machen, wenn keine Wehrpflichtigen mehr zur Verfügung stehen.

Natürlich haben uns die 24 Monate geärgert. Ich habe dann nachgerechnet und es kam heraus, dass da noch 800 000 übrig waren, die gar nicht einberufen wurden und zur Verfügung standen. Das hat die Frankfurter Rundschau dann groß auf die erste Seite gebracht: „Finckh: 800 000 nicht einberufen.“ Und dann haben andere Journalisten nachgefragt, was denn nun los sei, und die kriegten raus, dass das Verteidigungsministerium gar nicht genau sagen konnte, wie viele Leute sie noch nicht einberufen hatten. Erst gaben sie 200 000 zu, dann 400 000. Dann fragte „Die Welt“, ob die Verantwortlichen selber nicht wüssten, wie viele zur Verfügung stünden. Und am Ende musste

der Verteidigungsminister schließlich das Ganze zurückziehen.

zivil: Da hatten Sie mit spitzer Feder richtiggehend Politik gemacht.

Finckh: Das war schon ganz spannend, dass man als Einzelner, wenn man offensichtliche Fehler nachweist, selbst die Rücknahme eines Gesetzes erreichen kann.

Bei anderen Sachen – etwa beim Betrug des Bundesverfassungsgerichtes in den Verfahren 1978 und 1984/85 – da haben wir leider erst hinterher festgestellt, dass sie auch statisch gemogelt haben. Das ist zwar dann öffentlich geworden, aber hat bis heute nicht dazu geführt, dass das Verfassungsgericht seine Rechtsprechung zur verlängerten Dienstzeit im Zivildienst korrigiert hat.

Taxifahrer als KDVer „nicht glaubhaft“

zivil: Sicher gab es nicht nur Erfolge. Was war aus Ihrer Sicht die schlimmste Schlappe, die Sie einzustecken hatten?

Finckh: Die schlimmste Schlappe war, dass es uns immer wieder passiert ist, dass Leute letztlich nicht anerkannt wurden. Da gibt es viele Beispiele. Ich erinnere mich etwa an einen Studenten, einen ganz vorzüglichen Mann, der sich sein Studium als Taxifahrer hier in Bremen verdient hatte, und der nicht anerkannt wurde, weil das Verwaltungsgericht meinte: Solange er bereit sei, Taxi zu fahren, wäre es angesichts der Unfallgefahr nicht glaubhaft, dass er niemanden töten könnte.

zivil: Derart abstruse Konstruktionen waren bei den Prüfungsverfahren gar nicht so selten.

Finckh: Ja, ja! Der Betroffene ist dann damals nach Berlin gezogen und hat dort studiert, weil es für Berlin die Wehrpflicht nicht gab, aber das ist im Grunde natürlich ungeheuerlich gewesen.

zivil: Allerdings – gleichzeitig waren ja immer Zivis im Fahrdienst eingesetzt.

Finckh: Absolut abstrus – aber solche Sachen gab es. Zum Teil war das ganz katastrophal. Schlimm für uns waren natürlich auch immer

jene Fälle, wo sich die Antragsteller das Leben genommen haben oder psychisch ganz schwer krank wurden, weil man sie letztlich nicht anerkannt hat. Das war jedes Mal eine schlimme Schlappe, für die jungen Männer und für uns.

zivil: Sie selbst sind Jahrgang 1927 und haben den Krieg auch noch als Soldat miterlebt.

Finckh: Ab Februar 1942 war ich Luftwaffenhelfer, ab Juli '44 im Arbeitsdienst, davon einen Monat in Frankreich, im Partisanengebiet an der Schweizer Grenze. Wir mussten dort Stellungen graben. Und dann ab Oktober '44 erst bei der Marine und ab Ende Januar '45 bei der Infanterie. Ich habe also alle Waffengattungen mitgemacht.

zivil: Wie sind Sie dann zur Kriegsdienstverweigerung gekommen?

Finckh: Ich war nach dem Krieg ganz klar gegen die Wiederaufrüstung. Wir wollten nach 1945 mit Krieg einfach nichts mehr zu tun haben. Dass ich mich dann später so für die Kriegsdienstverweigerer eingesetzt habe, hing damit zusammen, dass ich in Hamburg als Studentenpfarrer gefragt wurde, ob ich die Betreuung der Kriegsdienstverweigerer nebenher übernehmen könnte. Das war 1967, als plötzlich die Verweigerer-Zahlen anstiegen und die Sache spannend wurde.

Und sehr früh musste ich erfahren, dass beispielsweise in Hamburg Soldaten, die verweigerten, von der Bundeswehr und den Behörden ganz miserabel behandelt wurden. Da hatten etwa in einem Bataillon 13 Abiturienten angefangen zu diskutieren über ihren Militärdienst. Am Ende kam heraus, dass zwei sich freiwillig länger verpflichtet hatten – und elf haben verweigert. Und diese elf haben ihre Verweigerung bekannt gegeben, als das Bataillon nach Kreta zum Scharfschießen-Üben verlegt werden sollte. Da haben die jungen Männer beschlossen: Jetzt müssen wir sagen, dass wir das nicht mitmachen können. Und weil das elf auf einmal waren, und das noch 1968, wo etwa schon Vietnamkriegsproteste losgingen, hieß es dann auf einmal: Das ist Sabotage! Diese Leute hatten sehr, sehr schwie-



Ulrich Finckh

Foto: S.Philipp



1988: Zivi-Streikaktion in Reutlingen gegen die geplante Verlängerung des Dienstes auf 24 Monate



„Die Dauer des Zivildienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht überschreiten“, so Artikel 12a des Grundgesetzes – Stuttgarter Zivis protestieren 1988 gegen Pläne, den Zivildienst um ein Drittel gegenüber dem 18-monatigen Wehrdienst zu verlängern

rige Verfahren durchzustehen. Bei zwei Leuten wurde ein ganzer Tag lang verhandelt, einmal zehn Stunden, einmal elf Stunden. Das war so empörend, dass ich damals gesagt habe: Für diese Leute muss man etwas tun. Und so habe ich mich dann mehr und mehr engagiert für die Kriegsdienstverweigerer.

„Zu feige, dem Vaterland zu dienen“

zivil: Und dann kamen natürlich die Probleme der „Ersatzdienstleistenden“, wie das damals hieß, hinzu.

Finckh: Ich erinnere mich an eine unserer ersten „Rüstzeiten“ – das sind Wochenseminare für Zivis, wie es sie auch heute noch gibt – da kamen Dinge aus den Dienststellen auf den Tisch, die waren haarsträubend. Einer etwa erzählte, dass er an seinem zweiten Dienstag in einem Altersheim eine gerade verstorbene Frau in den Keller hinunterfahren sollte und er dann plötzlich mit der Toten im Fahrstuhl stecken blieb. Vier Stunden brauchte das, bis er da raus geholt wurde! Der Mann war fix und fertig – und bekam natürlich noch nicht einmal einen Tag Sonderurlaub!

Ein anderer berichtete über seine allererste Bekanntschaft mit der Dienststelle und der sozialen Arbeit: Er meldete sich am ersten Tag – auch ein Altersheim – bei der Oberschwester zum Dienst. Die guckte ihn von Kopf bis Fuß an und sagte dann: „So ein schöner Mann – und zu feige, dem Vaterland zu dienen.“ Der hatte sich dann beschwert und am Ende auch erreicht, dass er versetzt wurde. Er kam später freudestrahlend an und berichtete, jetzt sei er Hausmeister an einer Schwesternschule – und das sei überhaupt der ideale Job! Mit solchen Sachen hatte man damals zu tun.

zivil: Herr Finckh, Sie haben es gut geschafft, das konnte man immer wieder feststellen, mit den Medien in Kontakt zu treten – und das

ganz ohne PR-Berater, wie man vermuten darf. Hat es Ihnen dabei auch geholfen, dass Sie als Kirchenmann aufgetreten sind?

Finckh: Als Pastor hat man zwei Vorteile: Wenn man sich im Ministerium anmeldet und sich als Pastor vorstellt, dann kommt man relativ weit hoch in die Spitzen. Ich habe oft einen Ministerialdirektor z.B. direkt am Telefon gehabt. Das ist die eine Seite.

Das andere ist: Ich habe meine Ohren weit aufgemacht und wenn ich gar zu schlimme Dinge gehört habe, dann habe ich das auch Presseleuten gesteckt. Und das haben die goutiert. Die wussten, dass sie bei mir eine zuverlässige Quelle hatten – ein Pastor lügt ja nicht –, aber auch jemanden, der auf sie zugeht und ihnen wichtige Neuigkeiten gesagt hat. Und wenn man das eine zeitlang gemacht hat, dann weiß die Presse: Wenn der was sagt, dann lohnt es sich, darüber zu berichten.

zivil: Welche Position hatten Sie denn als KDV-Pastor innerhalb Ihrer Kirche?

Finckh: Das war unterschiedlich. Es gibt in der evangelischen Kirche natürlich diejenigen, die Kriegsdienstverweigerer energisch unterstützt haben. Und es gibt diejenigen, die auf Seiten der Militärseelsorge in falscher Weise mit dem Militär gearbeitet haben. Im Grunde kann man sagen, die reformierten und unierten Kirchen waren relativ kritisch gegenüber Bundeswehr und Militär und die lutherischen Kirchen waren sehr staatstragend. Und das hat man gemerkt. Ein Beispiel: In Hamburg hat das ein Jahr gedauert, bis ich landeskirchlicher Beauftragter für Kriegsdienstverweigerer wurde. Ein Jahr lang habe ich das nur vertretungsweise gemacht, weil die Kirchenleitung Angst hatte: Wenn ein Studentenpfarrer nebenher sich um die Kriegsdienstverweigerer kümmert, dann legt die Kirche sich einseitig auf Seiten der Kriegsdienstverweigerer fest. Und das wurde

behauptet zu einer Zeit, in der allein in Hamburg sechs hauptamtliche Militärpfarrer tätig waren. Man muss sich vorstellen, wie verrückt das damals war.

zivil: Ein eklatantes Ungleichgewicht zugunsten der Militärseelsorge gibt es ja bis heute.

Finckh: Ja. Ich habe das damals vor allem im Blick auf die Studierenden empfunden, für die die Kirche viel weniger tat. Der Vergleich zu Kriegsdienstverweigerern ist schwierig, weil viele Pfarrer nebenher helfen. Aber für die Ersatzdienste ist deutlich, dass da viel weniger getan wird als fürs Militär.

„Es gibt keine Wehrgerechtigkeit mehr“

zivil: Augenblicklich wird über die Wehrpflicht heftig diskutiert. Ich könnte mir vorstellen, dass es für Sie besonders schön gewesen wäre, noch in Ihrer Amtszeit als Vorsitzender der Zentralstelle das Ende der Wehrpflicht zu erleben.

Finckh: Bei der letzten Wahl zum Vorstand habe ich schon gesagt: Ich bin jetzt alt genug um aufzuhören. Da haben alle gesagt: Mach' noch so lange weiter, bis die Wehrpflicht fällt.

zivil: Totgesagte leben länger – das gilt offenbar auch für die Wehrpflicht.

Finckh: Ja, aber dass die Wehrpflicht so in die Diskussion gekommen ist, hängt entscheidend auch an uns: Wir haben vorgerechnet, dass da keine Wehrgerechtigkeit mehr ist, wir haben vorgerechnet, was das für viele junge Leute bedeutet, wir haben vorgerechnet, wie vor und nach der Dienstzeit die Jugendarbeitslosigkeit immer mehr zunimmt... Also dass die Wehrpflicht so ins Gerede gekommen ist, das schreibe ich auch unserer Zentralstelle gut.

zivil: Ihre Prognose: Wie lange besteht die Wehrpflicht noch?



Zivi-Demo in Stuttgart gegen die Ungleichbehandlung von Wehr- und Zivildienstdauer

Finckh: Der letzte Erlass von Verteidigungsminister Struck beinhaltete ja, dass nur noch 55.000 Wehrpflichtige in der Bundeswehr sein sollen, einschließlich der Freiwilliglängerdienenden. Das bedeutet, wir haben das nachgerechnet, dass etwa 18.000 Freiwilliglängerdienende einberufen werden und die anderen 27.000 sind dann die Grundwehrdienstleistenden, die geholt werden. Wenn von 430 000 Wehrpflichtigen eines Jahrgangs nur noch 55.000 einberufen werden und genauso viele zum Zivildienst, zusammen also 110 000, dann ist so eklatant keine Wehrgerechtigkeit mehr da, das kann nicht lange Bestand haben. Der Völkerrechts- und Staatsrechts-Professor Ipsen, der damals auch noch Präsident des Roten Kreuzes war, der hat das ja auch in der Weizsäcker-Kommission gesagt: so was geht höchstens als Übergangslösung.

zivil: Also – wie lange noch?

Finckh: Das weiß ich nicht – längstens bis der Erste sich durchgeklagt hat bis zum Verfassungsgericht.

zivil: Was den Zivildienst anbelangt, so ist derzeit eifrig die Rede davon, man müsse ihn, solange man ihn noch hat, umgestalten zu einem „Lerndienst“. Kann das funktionieren?

Finckh: Jeder Zivi lernt natürlich bei seinem Dienst einiges und wenn man Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr und Zivildienst mit entsprechenden Begleitprogrammen gestaltet, dann ist das in jedem Fall sinnvoll.

Immer wieder wird aber seitens verschiedener Politiker nach einem allgemeinen Pflichtdienst geschickt. Das hat nun zum Glück die Kommission, die zurzeit zur Zukunft des Zivildienstes arbeitet, schon abgeblockt. Die haben ein Gutachten vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages angefordert, wo im



Zu Besuch beim Präsidenten: 1999 hatte Bundespräsident Johannes Rau die Zentralstelle KDV ins Schloss Bellevue eingeladen. Rechts in der Mitte: Ulrich Finckh

Ergebnis darauf hingewiesen wird, dass die Idee vom Pflichtjahr mit Rücksicht auf internationale Menschenrechtskonventionen nicht zulässig ist.

zivil: Herr Finckh, wenn Sie als einer der profiliertesten Insider die Situation der deutschen Kriegsdienstverweigerer im internationalen Vergleich sehen, wie positionieren Sie uns da?
Finckh: Im Augenblick gut. Aber gleichzeitig sehe ich Probleme im Zusammenhang mit der EU, denn: Der Verfassungsentwurf der EU sieht Kriegsdienstverweigerung nicht als Teil der Menschenrechte oder der Gewissensfreiheit an, sondern als Regelung im Rahmen der jeweiligen Gesetze der Mitgliedsstaaten. Das ist eine üble Sache. Und der Verfassungsentwurf hat ja gleichzeitig eine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur ständigen Aufrüstung in Artikel 40. Von daher ist das augenblicklich eine ganz heikle Situation.

Was mir außerdem Sorge macht: Wenn es auf eine Berufsarmee zugeht, dann wird in aller Regel die Situation derer, die nachträglich den Dienst doch verweigern wollen, deutlich schlechter. Wir kennen das Problem, dass junge Leute oft nicht zu Ende denken, was sie tun, wenn sie sich als Soldat oder Soldatin verpflichten. Solange kein Kriegseinsatz ansteht, ist der Job für sie erträglich. Aber wenn sie dann doch in den Krieg ziehen sollen, dann merken sie oft: Das können wir nicht verantworten. Wenn es in Deutschland zu einer Freiwilligenarmee kommt, dann wird genau das-selbe passieren. Wir hatten das ja schon bei acht Luftwaffenpiloten, die im ehemaligen Jugoslawien verweigert haben – die hatten total anstrengende, langwierige und nervenaufreibende Verfahren.


zivil: Niemand, der Sie kennt, wird glauben, dass Pastor Finckh es schafft, sich von heute



Dr. Helmut Simon (links), der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes und einstige Präsident der Zentralstelle, zusammen mit Ulrich Finckh im Schloss Bellevue

Fotos: zivil/W.Schulz

auf morgen aus allem rauszuhalten. Verraten Sie uns die Pläne, die in Ihnen schlummern?
Finckh: Ich bin immer noch im Vorstand des Sozialen Friedensdienstes Bremen, in der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, im Beirat der Gustav-Heinemann-Initiative, in der Redaktion der Zeitschrift „Vorgänge“ und im Herausgeberkreis des Grundrechte-Reports. Und außerdem haben wir neun Enkel.

zivil: Das klingt nach Fulltime-Job. Unsere allerbesten Wünsche dazu. 

Zentralstelle KDV

Vertreter von elf kirchlichen Gruppen und pazifistischen Organisationen gründeten 1957 einen Verein: „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V.“. Die Gründung des Interessenverbandes geschah in Reaktion auf die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht im Sommer 1956. Seit 1971 hatte Pastor Ulrich Finckh den Vorsitz der Lobby-Organisation inne, im November 2003 gab er das Ehrenamt ab. Neue Vorsitzende ist die Rechtsanwältin Barbara Kramer. Heute gehören der Zentralstelle KDV 27 Mitgliedsorganisationen an, neben kirchlichen Vereinen – darunter die Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, EAK – zählen dazu etwa Verbände der Friedensbewegung, die DGB-Jugend, die Jungsozialisten oder auch die Grüne Jugend.

Geschäftsführer der Zentralstelle KDV ist zivil-Autor Peter Tobiassen („for zivis only“ – „Recht“). Präsidentin ist seit März 2003 Landesbischofin Margot Käßmann (Hannover). www.zentralstelle-kdv.de

Häusliche Gewalt

Ausgerechnet zu Hause.

Ausgerechnet in der Familie.

Ausgerechnet dort, wo der Mensch Geborgenheit sucht, Sicherheit, Schutz, wo er unbekümmert sein will und sorglos, ausgerechnet dort wird ihm statistisch gesehen am häufigsten Gewalt angetan.

Häusliche Gewalt ist die in Deutschland am meisten verbreitete Form der Gewalt. Die Opfer sind Kinder, (Ehe-)Partner, pflegebedürftige Angehörige, Senioren und Seniorinnen.

Am schlimmsten trifft es die Kinder. Die Anzahl der Kindesmisshandlungen in Deutschland ist schockierend: Im Jahr 2000 ging das Bundesfamilienministerium von 1,4 Millionen Fällen von Kindesmisshandlung pro Jahr aus. Und ganz überwiegend finden die Übergriffe zu Hause statt. Nach einer Statistik der Vereinten Nationen sind in 80 % aller Fälle die leiblichen Eltern die Gewalttäter. Auch die subtileren Formen der Gewalt, wie Überforderung, Verwahrlosung, oder Missachtung, auch die seelischen Verwundungen der Kinder gehen häufig von den eigenen Eltern aus (mehr dazu auf den Seiten 16/17).

Nach deutschem Recht hat jedes Kind einen Anspruch auf eine gewaltfreie Erziehung. Weltweit sind es nur elf Staaten, die auch den Eltern körperliche Züchtigung verbieten (Dänemark, Deutschland, Finnland, Island, Israel, Kroatien, Lettland, Norwegen, Österreich, Schweden, Zypern). Wie wichtig aber gerade

der rechtlich verbriefte Gewaltschutz für die Kinder sein kann, macht ein Blick auf die Entwicklung im Bereich der Gewalt gegen Frauen deutlich, dem zweiten großen Problemfeld der häuslichen Gewalt. Jede dritte Frau, die älter als 16 Jahre ist, wurde laut Angaben des Familienministeriums mindestens einmal im eigenen Haus Opfer von Gewalt. Rund 40.000 Frauen fliehen jährlich – oft mit ihren Kindern – in Frauenhäuser. Das Problem ist also alles andere als gebannt. Aber es ist raus aus der Tabuzone. Es ist in der Öffentlichkeit, es ist in der Diskussion und durch Maßnahmen wie die der Verabschiedung der Gewaltschutzgesetze von 2002 auch in der politischen Debatte. Noch bis 1926 hatten Ehemänner in Deutschland das verbriefte Recht, ihre Frauen zu schlagen. Erst 1994 wurde Gewalt gegen Frauen als Verletzung der Menschenrechte anerkannt. Und erst vor wenigen Jahren wurde Vergewaltigung in der Ehe der Vergewaltigung durch andere gleichgestellt.

Die breite Thematisierung der häuslichen Gewalt als ein gesellschaftliches Problem ist also relativ jung. Fast gänzlich tabuisiert ist nach wie vor das Problem der Gewalt gegenüber Pflegebedürftigen (zivil berichtete ausführlich in Ausgabe 3/2002). Und erst allmählich an die Öffentlichkeit trauen sich Männer, die Opfer häuslicher Gewalt wurden.

Mehr dazu auf den folgenden Seiten.

W.Sch.

Portraits of Violence

Der amerikanische Multimediakünstler James Higginson (geb. 1957) bearbeitet das Thema „häusliche Gewalt“ mit dem Mittel der Fotografie. In seinem Zyklus „Portraits of Violence“ erzählt er in inszenierten Fotoserien Geschichten von Familien und Beziehungen, die von Gewalt beherrscht werden.

Higginson zeigt die explosive und manifeste Gewalt, bis hin zu Mord und Suizid, aber er setzt auch ihre latente, kaum spürbare Form ins Bild. Häusliche Gewalt, so der Künstler, werde aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend verdrängt und die Gewalttaten hinter den Türen der Privatwohnungen blieben größtenteils bestraft. Dies werde sich fortsetzen, „solange der Staat glaubt, dass Frauen und Kinder Besitz des Mannes“ seien. Die im Kindesalter innerhalb der Familie erlebte Gewalt prägt nach Ansicht des Fotokünstlers nicht nur den Lebensweg des Einzelnen, sondern formt auch die gesamtgesellschaftliche Einstellung zur Gewalt entscheidend mit. „Vielleicht ist es ein Anfang, den Teufelskreis der Gewalt aufzubrechen, wenn wir verstehen, was wir als Kinder gesehen und erlebt haben und unseren Beitrag als Erwachsene in erwachsenen Beziehungen leisten.“

Higginson wendet sich entschieden gegen die Flut der medialen Gewaltdarstellungen und den dort verbreiteten „Irrglauben“, es gebe immer ein Happyend. Wo Gewalt im Spiel sei, werde eben nicht notwendigerweise das Gute gewinnen.

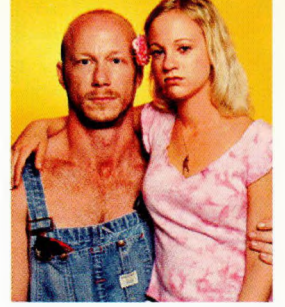
Der Künstler ist sich bewusst, dass auch er mit seiner Arbeit Gewaltdarstellung betreibt, und er fragt sich selbstkritisch: „Habe ich Bilder der Gewalt dargestellt, welche die Tat selbst verherrlichen?“ Er versucht in seinen Arbeiten dieser Gefahr zu entgehen, indem er die Bilder bewusst mit der Technik der theatralischen Darstellung inszeniert.

Das Fotografie- und Kulturforum „C/O-Berlin“ zeigte die Arbeiten von James Higginson im September und Oktober zum ersten Mal in Deutschland, zusammen mit einem umfangreichen Begleitprogramm zum Thema „Gewalt in der Gesellschaft“. (www.co-berlin.com)

zivil erhielt die Erlaubnis, Fotoarbeiten von James Higginson im Rahmen des Dossiers „Häusliche Gewalt“ zu veröffentlichen. (Seiten 15, 16, 17, 23) Dafür danken wir dem C/O-Berlin und dem Künstler.

W.Sch.





Blaue Flecken auf der Seele

Über seelische Verwundungen und stille Gewalt

Jugendliche schreiben auf, was sie unter Gewalt verstehen: „Mit Gewalt verbindet man Kriege, Morde, Vergewaltigungen und Ähnliches.“ „Gewalt äußert sich dadurch, dass jemand handgreiflich wird und hofft, dass er dadurch seine Probleme lösen kann.“ „Gewalt ist, anderen (oder sich selbst) brutal physisch und psychisch ein Leid zufügen.“ „Gewalt ist, wenn man jemandem wehtut, egal ob seelisch (beschimpfen, anschreien...) oder körperlich (schlagen, treten...)“ „Worte sind auch Gewalt...“ „Gewalt ist nicht das, was der Täter als Gewalt empfindet, sondern was das Opfer für Gewalt hält.“

Die in einer 8. Klasse gesammelten Schüleraussagen machen anschaulich, dass Gewalt viele Gesichter hat. Ihr Spektrum reicht von brutal-handgreiflichen, offenkundigen bis zu nicht minder wirksamen verdeckten Erscheinungsformen. In den Schülermeinungen spiegeln sich die geläufigsten Definitionen des Begriffs „Gewalt“ wider. Da wird Gewalt zunächst von ihren Auswirkungen her in den Blick genommen: Sie ist erkennbar an der Herbeiführung von physischen und psychischen Verletzungen, an der Verletzung der physischen und psychischen Integrität.

Die klassische Unterscheidung zwischen personaler, struktureller und kultureller Gewalt folgt einem eher ursachenorientierten Ansatz. Demnach kann verletzende Gewalt (englisch: „violence“) direkt von Personen ausgehen oder überpersönlich Bestandteil gesellschaftlicher Strukturen und Systeme sein. Ausdruck kultureller Gewalt sind religiöse oder weltanschauliche Denkmuster, die die Zerstörung oder Beeinträchtigung der persönlichen Integrität rechtfertigen. Grundsätzlich gilt für nahezu alle Gewaltprobleme, dass hier eine Vielzahl der genannten Faktoren zusammenwirken, die sich zwar unterscheiden, aber nicht trennen lassen.

Häusliche Gewalt wird in unserer Gesellschaft oft erst dann als solche registriert, wenn die Spuren körperlicher Misshandlung nicht mehr zu übersehen sind oder das Opfer unter der Last seines Leidensdrucks das Schweigen bricht. Nur wenig Aufmerksamkeit findet familiäre Gewalt, die seelische Verwundungen bei Kindern und Jugendlichen hinterlässt, ohne die Schwelle zur körperlichen Gewaltanwendung zu überschreiten. Blaue Flecken auf der Seele bleiben unbeachtet. Von dieser stillen Gewalt handeln die hier vorgestellten Fallbeispiele.

In den beschriebenen Fällen werden die Kinder und Jugendlichen, um die es geht, in ihrer Integrität verletzt. Sie erfahren sich als Objekt der elterlichen Bedürfnisse, statt als Subjekt in ihrem Eigenwert ernst genommen und in ihren altersgemäßen Fähigkeiten und Entwicklungschancen respektiert zu werden. Der Zwang, den Anforderungen der Eltern gemäß funktionieren zu müssen, kann Kinder in einen Teufelskreis von Überforderung und Ohnmacht führen. So müssen Jugendliche manchmal über einen langen Zeitraum hinweg die alleinige Verantwortung für ihre jüngeren Geschwister übernehmen, obwohl es ihrer seelischen Entwicklung und ihren eigenen Bedürfnissen zuwiderläuft. Sie unterziehen sich dieser für sie belastenden Aufgabe, um die Bindung zu ihren Eltern nicht aufs Spiel zu setzen. Kennzeichnend für diese traumatischen Kindheitserfahrungen ist zweierlei: einerseits das tiefe Gefühl hilflosen Ausgeliefertseins an eine aufgezwungene Überforderungssituation – andererseits die Unmöglichkeit, ihre Aggressionen auf die wichtigsten Bezugspersonen zu richten, deren Zuwendung ja gerade mit dem Aushalten der Situation gesichert werden soll. Zu den Spätfolgen eines solchen Traumas können Auto-Aggressionen, Suchtprobleme und schwere Essstörungen zählen (vorwiegend bei Mädchen) oder gewalttätige, auf extremes Risiko angelegte Verhaltensweisen (vor allem bei Jungen und jungen Männern). [Zum Gesamtzusammenhang vgl. Joachim Bauer: Das Gedächtnis des Körpers, Frankfurt/M. 2002]

Mit häuslichen Gewaltstrukturen können Jugendliche auch dann konfrontiert werden, wenn in ihrer Familie andere Wertvorstellungen gelten als in der Gesamtgesellschaft. Oft empfinden sie sich in einem familiären Netz von Fremdbestimmung und kultureller Gewalt gefangen. Um der gewaltsamen Unterdrückung ihres Lebensentwurfes entgegenwirken zu können, brauchen sie Rückhalt in ihrem Streben nach Autonomie – notfalls auch außerhalb ihres familiären Umfeldes.

Nach wie vor zählen in der Beurteilung von Gewaltfolgen vor allem körperliche Schäden. Wer keine Zeichen nachweisbarer Gewaltanwendung vorzeigen kann, darf häufig nicht auf das Eingreifen einer Jugendenschutzbehörde zählen. Wenn sich hier etwas ändern soll, muss der Blick für die „stille Gewalt“ geschärft werden, damit die „blauen Flecken auf der Seele“ heilen können.

ES/FS

Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Fallbeispiele aus der Schule

Aufgeschrieben von Elisabeth Schneider im November 2003

Rudolf F., 10

Rudolf F. ist zehn Jahre alt. Seit Wochen kommt er verwahrlost in die Schule: fleckiges T-Shirt, zerrissene Jeans, unvollständiges Unterrichtsmaterial, fehlende Hausaufgaben, kein Pausenbrot, kein Taschengeld. Die Mitschüler hänseln ihn, in der Pause steht er allein im Hof. Für ein Gespräch mit der Klassenlehrerin haben die Eltern keine Zeit. Rudolf ist blass, wirkt ständig müde. Im Musikunterricht legt er den Kopf auf die Arme und schläft ein.

Der zornige Musiklehrer weckt ihn mit den Worten: „He, du Penner! Schlafen kannst du unter den Neckarbrücken!“ Der so unsanft Geweckte springt auf, rennt ohne Ranzen und Jacke aus dem Musiksaal, läuft aus der Schule, versteckt sich in einem Kaufhaus. Zwei Mitschüler werden vom Musiklehrer – unter Berufung auf seine Aufsichtspflicht – daran gehindert ihm nachzulaufen. Erst abends geht Rudolf F. nach Hause. Inzwischen hatten ihn seine Eltern vermisst und besorgt bei der Klassen-

lehrerin angerufen. Diese informiert sie über den Vorgang und spricht Rudolfs Verhalten, seine ständige Übermüdung, seine nachlassenden Leistungen an. Er sei in der Pubertät und alles sei ganz normal, beschwichtigt die Mutter und wirkt verärgert.

Kurz darauf muss Rudolf F. wegen eines chirurgischen Eingriffs ins Krankenhaus. Kaum entlassen, wird er, noch sichtlich geschwächt, schon wieder in die Schule geschickt und soll zwei Tage später mit auf die einwöchige Klassenfahrt. Er gibt eine schriftliche Erklärung seiner Eltern ab, dass er an der Fahrt teilnehmen dürfe, mit detaillierten Anweisungen, wie sein Verband mehrmals täglich zu wechseln sei und welche Ruhezeiten er einhalten müsse. Sofort informiert die Klassenlehrerin den Schuldirektor, denn die Verantwortung für ein krankes Kind kann sie nicht übernehmen.

Gemeinsam überlegen beide, wie Rudolf F. zu helfen sei. Ihr Versuch, das Jugendamt einzuschalten, schlägt fehl. Als der Direktor dort anruft, erhält er die Auskunft, man könne nur dann „etwas machen“, wenn nachweislich körperliche Gewalt vorliege. „Nachweislich“ heißt, es müssten Zeugen gefunden werden. Wie kann Rudolf F. geholfen werden? Die Eltern sind nicht erreichbar, rufen trotz Nachricht auf dem Antwortbeantworter nicht zurück. Das Jugendamt rät, eine(n) Verwandten zu finden, der/die sich um Rudolf kümmern könnte. Gefragt, bei wem er gerne sein würde, nennt Rudolf seine Oma, bei der er sich öfter aufhält. Am Telefon sagt diese, sie habe schon mit einem Anruf der Schule gerechnet, mit Sorge beobachte sie die Entwicklung ihres Enkels. Ihre Tochter lasse nicht mit sich reden, was könne sie schon tun. Erst als das Wort „Jugendamt“ fällt, ist sie bereit, sich um Rudolf zu kümmern, zumindest bis zum Ende der Klassenfahrt.

Auch danach wohnt Rudolf für einige Wochen bei seiner Oma; er blüht sichtlich auf, ist ausgeschlafen, nimmt zu, bringt alle Hausaufgaben mit, hat ein Pausenbrot dabei, trägt saubere Kleidung. Nach etwa vier Wochen sind die Eltern zum Gespräch bereit. Sie bedanken sich für den „Einsatz“ der Klassenlehrerin und berichten: Das eigens für ihre drei Kinder eingestellte Kinderermädchen, das sich von 13-18 Uhr um die Kinder hätte kümmern sollen, habe Rudolf unter Androhung körperlicher Gewalt gezwungen, ab 14 Uhr selbst auf seine zwei und vier Jahre alten Geschwister aufzupassen und sei weggegangen. Wenn sie, die Eltern abends um 21 Uhr nach Hause gekommen seien, wären die Kinder schon im Bett gewesen und hätten geschlafen. Wie hätten sie ahnen sollen, dass etwas „nicht in Ordnung“ sei? Sie hätten nun eine neue Betreuungsperson für ihre Kinder gefunden.

Nachtrag: Die Mutter von Rudolf F. führt eine angesehene Arztpraxis. Rudolfs Vater ist Universitätsprofessor und war zum Zeitpunkt des Vorfalls familienpolitischer Sprecher einer großen politischen Partei.

Laura E., 17

Als Laura E. zum ersten Mal bei der Schulpsychologin Rat sucht, wirkt sie wie ein „normales“ 17-jähriges Mädchen: hübsch, gepflegt, modisch gekleidet, normalgewichtig, vielleicht ein wenig blass. Sie sucht Hilfe, weil sie an Bulimie leidet. Phasenweise stopft sie Essen in sich hinein, das sie sofort wieder erbricht. Um ihre Ess-Sucht zu finanzieren, jobbt sie am Wochenende. An manchen Tagen kann sie morgens nicht in die Schule kommen, so sehr schmerzt ihr Magen. Sie hat schon mehrere Klassenarbeiten versäumt, einige Lehrer werden ungeduldig, fordern Leistungen nach, obwohl sie immer Entschuldigungen der Eltern für ihr Fehlen bringt. Ein Lehrer hält sie für eine „Simulantin“,

eine Schulschwänzerin, denn sie sieht nicht krank aus, wenn sie wieder in die Schule kommt.

Laura E. braucht lange, bis sie begreift, dass ihre Krankheit etwas mit ihrer familiären Situation zu tun hat. Auf Nachfrage erzählt sie, dass sie jeden Nachmittag auf ihre 13-jährige schwer geistig und körperlich behinderte Schwester aufpasse. Ihre Eltern, beide beruflich sehr engagiert, könnten sich nur abends um das behinderte Kind kümmern. Sie liebe ihre Schwester über alles und nehme freiwillig die Verantwortung für sie auf sich. Jetzt gerade seien ihre Eltern in Urlaub gefahren, denn die schwierige häusliche Situation belaste sie sehr und sie hätten Erholung nötig.

Die Schulpsychologin versucht Laura E. klarzumachen, dass ihre Ess-Störung im Zusammenhang mit ihrer familiären Situation stehe, vielleicht die einzige Möglichkeit sei, sich und ihren Körper wahrzunehmen. Laura lässt sich Adressen von Kliniken geben, in denen sie eine stationäre Therapie machen kann, allerdings ohne die Unterstützung ihrer Eltern. Diese finden eine Behandlung nicht nötig, schließlich sei Laura F. verglichen mit ihrer kleinen behinderten Schwester doch kerngesund. Am Ende des Schuljahres verlässt Laura E. die Schule, sie ist wegen mangelhafter Leistungen nicht versetzt worden. Das Abitur wird sie nicht machen.

Nachtrag: Eine stationäre Therapie hat Laura nie begonnen; den weiteren Kontakt mit der Schulpsychologin haben ihr ihre Eltern verboten.

Fulya B., 15

Fulya B. weint. Sie hat das Geld für die Klassenfahrt nicht dabei. Ihr Vater hat ihn verboten mitzufahren. Die Klassenlehrerin bittet um ein Gespräch mit den Eltern. Der Vater, türkischer Kurde, kommt allein, seine Frau kann kein Deutsch. Er begründet sein Verbot damit, dass nach seiner Tradition Mädchen ihre Freizeit nicht ohne Begleitung männlicher Familienmitglieder verbringen dürften. Auch der Hinweis darauf, dass es sich um eine Schulveranstaltung handle, hilft nicht. Fulya muss zu Hause bleiben und eine Woche lang in die Parallelklasse gehen.

Sie weint, beklagt sich, weil sie doch in Deutschland geboren sei und so leben wolle wie ihre deutschen Klassenkameradinnen. Sie fühle sich innerlich zerrissen, lange halte sie das nicht mehr aus, in Deutschland werde sie wie eine Ausländerin behandelt, manchmal auch beschimpft, in der Heimat ihrer Eltern sei sie eine Fremde. Fulya spricht kein Türkisch, mit ihren Eltern redet sie kurdisch, mit ihrem jüngeren Bruder Deutsch. Ihr Vater habe für sie schon einen kurdischen Ehemann ausgewählt, in den nächsten Sommerferien solle sie in die Türkei gebracht werden, um ihn zu heiraten. Sie wolle aber weder heiraten noch in der Türkei leben. Deutschland sei ihre Heimat, hier wolle sie wie ein deutsches Mädchen ihr Abitur machen und danach studieren.

Kurz vor Ende des Schuljahres verschwindet Fulya aus ihrer Klasse. Erkundigungen der Schule, von der sie nicht abgemeldet wurde, ergeben, dass sie „untergetaucht“ ist. Eine deutsche Familie aus dem Umfeld ihrer Klasse hat sie aufgenommen. Niemand will etwas Genaueres erzählen. Fest steht nur, dass Fulya sich bis zu ihrem 18. Geburtstag versteckt halten will.

Nachtrag: Unbekannt ist, ob Fulya vorher von ihrer Familie gefunden und doch in die Türkei gebracht worden ist. Niemand hat mehr etwas von ihr gehört.

Alle Namen wurden geändert.



Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Von Christa Paul

Neue Gesetze und neue Kooperationen zeigen Wirkung

Am 24. November 2003, einem Tag vor dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, protestierten in Berlin Vertreterinnen autonomer Frauenhäuser gegen geplante Streichungen von Geldern für die Frauenhausarbeit. Zum gleichen Zeitpunkt zog die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt (SPD), eine positive Bilanz der bisherigen Umsetzung des Aktionsplans der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Die parlamentarische Staatssekretärin Christel Riemann-Hanewinkel (SPD) brachte diese beiden Aspekte zusammen: Von Gewalt betroffene Frauen nehmen zunehmend die neuen Rechte aus dem Gewaltschutzgesetz wahr, gleichzeitig kürzen Kommunen und Länder die Mittel für Frauenhäuser.

Die Verabschiedung des Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im Jahr 1999 ist ein Meilenstein in der öffentlichen Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Seit fast 30 Jahren wird diese Auseinandersetzung teilweise sehr kontrovers geführt. Anfangs bestritten politische MandatsträgerInnen das Ausmaß dieser Gewalt, auf das die Vertreterinnen von Frauenhausinitiativen in den 1970er Jahren hinwiesen. Mit dem Argument, dieser Bedarf wäre nicht vorhanden, wurde die finanzielle Unterstützung von Frauenhäusern durch öffentliche Mittel zunächst abgelehnt. Die trotzdem entstehenden Frauenhäuser – ermöglicht durch geringfügige öffentliche Zuwendungen, Spenden und unbezahlte Arbeit – füllten sich innerhalb kurzer Zeit mit Frauen und Kindern. Seitdem sind die Häuser oft bis an den Rand ihrer Kapazitäten belegt. Nach vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichten Zahlen suchen jährlich 45.000 Frauen und ebenso viele Kinder Zuflucht in den derzeit über 400 Frauenhäusern.

Gewaltschutzgesetz

Schon zu Beginn ihrer Arbeit forderten die Frauenhausaktivistinnen: Nicht die von Gewalt betroffenen Frauen sollten mit ihren Kindern obdachlos werden, wenn sie den schwierigen und mutigen Schritt wagen, sich aus einer Gewaltbeziehung zu lösen, sondern die schlagenden (Ehe-)Männer sollten die Wohnung räumen. Eine Forderung, die im Januar 2002 durch das Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes erfüllt wurde. Dieses Gesetz, das die Möglichkeit des „Wegweises“ oder des „Platzverweises“ für schlagende Ehepartner enthält, ist die zentrale Maßnahme des Aktionsplans der Bundesregierung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. Neben dieser juristischen Neuerung zielt der Aktionsplan auf Vernetzung zwischen Polizei, Justiz und sozialen Hilfseinrichtungen, auf Fortbildungen von denjenigen, die in ihrem Berufsfeld mit der Intervention bei Fällen von Gewalt gegen Frauen durch (Ehe-)Männer betraut sind, auf Öffentlichkeitsarbeit und auf die Einrichtung von Interventionsstellen.

Das Gewaltschutzgesetz ist geschlechtsneutral formuliert. In dem Gesetz ist die Rede von „häuslicher Gewalt“. Männer, die in ihrer häuslichen Umgebung von Gewalt betroffen sind, können die Rechte, die aus dem Gesetz erwachsen, ebenso in Anspruch nehmen. Gewalt gegen Männer ist in der jüngeren Ver-

gangenheit ebenfalls zu einem kontrovers diskutierten Thema geworden. Männergruppen, die sich in ihren Rechten als Männer benachteiligt sehen, verweisen mit Bezug auf entsprechende Statistiken darauf, dass Männer genauso häufig von Gewalt betroffen sind wie Frauen. Auch auf wissenschaftlicher Ebene ist dieses Thema mittlerweile aufgegriffen worden. (Mehr dazu auf den Seiten 24/25 in diesem Heft.) So ist zu hoffen, zukünftig differenzierte Einsichten hierzu zu gewinnen. Ein Aspekt dieses Themas ist die Täterseite. Denn auch wenn Männer genauso häufig von Gewalt betroffen sind wie Frauen, sind es doch auch gleichzeitig zu einem sehr hohen Anteil Männer, die die Gewalt gegen beide Geschlechter ausüben. Darauf macht auch eine der Begleitstudien zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes aufmerksam. Diese Studie beleuchtet die Arbeit der Interventionsstellen in Mecklenburg-Vorpommern. In dieser Studie wurden 291 (96 %) Frauen und 13 (4 %) Männer erfasst, die von den Interventionsstellen beraten wurden. Die TäterInnen waren zu 97 % Männer und zu 3 % Frauen.

Neue Aufgaben für die Polizei

Bei der Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes fällt der Polizei eine entscheidende Rolle zu. Durch ihre Einsätze erfahren PolizistInnen von der häuslichen Gewalt. Die PolizistInnen können sofort eine auf wenige Tage befristete Wegweisung der gewalttätigen Person aus der gemeinsam bewohnten Wohnung verfügen und sie sind verpflichtet, die Daten über Fälle häuslicher Gewalt unverzüglich an die zuständige Interventionsstelle weiterzugeben. Im Falle der Wegweisung darf die gewalttätige Person die gemeinsame Wohnung nicht mehr betreten. Die Übertretung dieses Verbots steht dann unter Strafe. Aufgabe der Interventionsstellen ist es, Kontakt zu den von Gewalt Betroffenen aufzunehmen und sie über weitergehende Rechte aufzuklären. Wenn die Betroffenen es wünschen, unterstützen die MitarbeiterInnen der Interventionsstellen sie dabei, eine auf sechs Monate befristete Wegweisung zu erlangen. Darüber hinaus informieren die Interventionsstellen die von Gewalt Betroffenen über weitere Unterstützungs- und Hilfsangebote. Nach Datenerhebungen aus Nordrhein-Westfalen führte die Polizei dort im ersten Halbjahr 2002 wegen häuslicher Gewalt 6.939 Einsätze durch, die zu einer Strafanzeige führten. In 2.197 dieser Fälle hat die Polizei Wohnungsverweise und Rückkehrverbote verfügt. Im Gesetz ist fest geschrieben, dass diese von der Polizei angeordnete Maßnahme in jedem Einzelfall von Gerichten überprüft wird. Dieser gerichtlichen Überprüfung hielten alle polizeilich ausgesprochenen Wegweisungen stand. Weitere Zahlen gibt es aus Mecklenburg-Vorpommern: An die fünf Interventionsstellen, die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Aktionsplans in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet wurden, hat die Polizei von Januar bis August 2003 in 728 Fällen Angaben über Fälle häuslicher Gewalt weitergeleitet. 159 Frauen wandten sich im gleichen Zeitraum von sich aus an die Interventionsstellen. Etwa ein Viertel der Frauen, zu denen die Interventionsstellen in Mecklenburg-Vorpommern Kontakt hatte, stellte einen Antrag auf Wohnungsüberlassung.

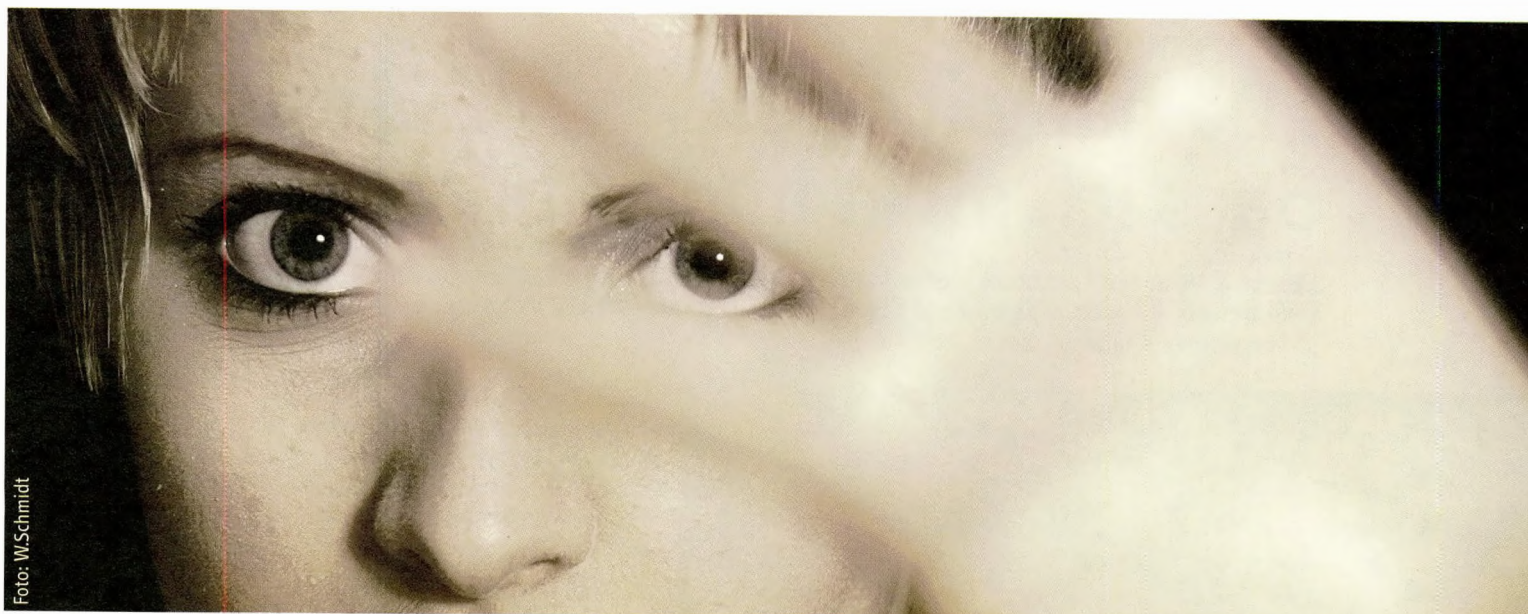


Foto: W. Schmidt

Die Wohnungsüberlassung ist die hervorragende Maßnahme des Gewaltschutzgesetzes. Zwar gab es schon vor der Verabschiedung dieses Gesetzes zivilrechtliche Möglichkeiten der Wegweisung, faktisch kamen diese aber nicht zur Anwendung. Es herrschte zu große Rechtsunsicherheit. Diese Rechtsunsicherheit wurde durch das neue Gesetz beseitigt, und flankiert durch das Aktionsprogramm wurde die Bereitschaft von Polizei und Gerichten, das Gesetz anzuwenden, herbeigeführt. Gänzlich neu ist die Möglichkeit, eine Wegweisung zu veranlassen, wenn eine Frau mit dem schlagenden Mann nicht verheiratet ist. Auch die Möglichkeit einer Wegweisung in Fällen, in denen der Weggewiesene alleiniger Mieter der Wohnung ist, ist neu. Doch der Schutz der Wegweisung ist auf sechs Monate befristet. Nur in begründeten Ausnahmen kann die Wegweisung für weitere sechs Monate veranlasst werden. Ist der (Ehe-)Mann alleiniger Mieter oder besteht ein gemeinsamer Mietvertrag und weigert sich der (Ehe-)Mann, die Wohnung aufzugeben, kann zwar eine endgültige Regelung zur Wohnungsüberlassung für die von Gewalt betroffene Person auf zivilrechtlichem Wege erreicht werden, dies ist jedoch wegen weiterhin bestehender Rechtsunsicherheiten nur schwer oder gar nicht zu erreichen. An diesem Punkt sind die Grenzen des Gewaltschutzgesetzes erreicht. Eine Frau, die nicht Mieterin der Wohnung ist, in der sie lebte und in der sie von ihrem Lebenspartner misshandelt wurde, muss also spätestens nach sechs Monaten eine andere Wohnung gefunden haben.

Wachsende Nachfrage nach Hilfsangeboten

Die Zwischenbilanz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Aktionsplan verzeichnet eine gestiegene Nachfrage nach Beratung, den konstanten Bedarf nach Plätzen in Frauenhäusern und steigende Einsatz- und Ermittlungszahlen der Polizei für den Bereich der häuslichen Gewalt. Die Umsetzung des Aktionsplans hat also dazu geführt, dass mehr von Gewalt betroffene Frauen ihre Rechte wahrnehmen und Frauen suchen zunehmend nach weiteren Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung. Stark getrübt wird diese positive Entwicklung durch die bundesweite Tendenz von Kommunen und Ländern, Frauenhäusern die Mittel zu kürzen. Zwei Argumente werden dabei durch Länder und Kommunen genannt. Zum einen argumentieren sie, durch die Möglichkeit der Wegweisung wür-

den weniger Frauenhausplätze gebraucht. Zum anderen verweisen Kommunen und Länder darauf, dass ihnen durch die Errichtung der Interventionsstellen zusätzliche Kosten entstehen.

In Österreich ist ein dem deutschen ähnliches Gewaltschutzgesetz vor 4 1/2 Jahren in Kraft getreten. Auf einer Fachtagung in Frankfurt im Dezember 2002 berichtete eine Mitarbeiterin des Wiener Frauenhauses über die zahlenmäßige Entwicklung der Inanspruchnahme des Frauenhauses seit Inkrafttreten des Gesetzes. In den ersten drei Jahren nach dessen Inkrafttreten stieg die Inanspruchnahme des Wiener Frauenhauses um 35 % an. Als eine Folge dieser Entwicklung wurde die Eröffnung eines weiteren Frauenhauses in Wien notwendig. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Anzahl der Wegweisungen von jährlich 188 auf 916. Einen Grund für diese Entwicklung sieht die Wiener Frauenhausmitarbeiterin darin, dass die neuen Möglichkeiten, die das Gewaltschutzgesetz eröffnet hat, zur Ausdifferenzierung der Wege beiträgt, die Frauen offen stehen, um sich aus einer Gewaltbeziehung zu lösen. In der Wegweisung sieht sie eine adäquate Möglichkeit für Frauen, die über genügend Ressourcen verfügen. Gleichzeitig ist durch das österreichische Aktionsprogramm die Gewalt gegen Frauen verstärkt in die Öffentlichkeit getragen worden und hat auch Frauen erreicht, die nicht über diese Ressourcen verfügen. Diese Frauen kämen aus prekären Wohnverhältnissen, verfügten über kein oder nur ein geringes Einkommen und sind wenig bis gar nicht in soziale Netze eingebunden. Insbesondere MigrantInnen würden die Möglichkeiten des Gewaltschutzgesetzes nicht nutzen, weil deren soziale Situation nochmals schwieriger sei als die von Frauen mit österreichischer Staatsangehörigkeit. Nach der Analyse des Wiener Frauenhauses scheint die Absicht, Frauenhausplätze abzubauen, ein weiteres Beispiel dafür zu sein, wie gravierend der derzeitige Umbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme die Lebensbedingungen sozial schwacher Bevölkerungsgruppen verschlechtert.

Die Umsetzung des Aktionsplans zeigt, wie der Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Familie durch bessere Gesetze, durch die Zusammenarbeit von Institutionen und durch Öffentlichkeitsarbeit entgegen gewirkt werden kann. Die gleichzeitig geplanten Kürzungen von Mitteln für Frauenhäuser drohen aber diese Erfolge wieder zunichte machen.

Prävention:

„Da habe ich gelernt, dass ich nicht immer Ja sagen muss“

Starke Kinder sind seltener Opfer von Gewalt. Die Trainingsprogramme und Kurse zur Selbstbehauptung sind beliebt bei den Kids und bei den Eltern. Ein Überblick über den neuen „Markt der Gewaltprävention“

Von Werner Schulz

Fotos: Sicher-Stark-Team



„Mir hatt der Sicher-Stark-Kurs suppii dupii gefallen. Und ich habe gelernt das ich nich immer Ja sagen muss.“

Ein handgeschriebenes Feedback von Fatma, 10 Jahre alt. Fatma hat an einem Mädchenkurs zur Gewaltprävention teilgenommen, den das Euskirchener „Sicher-Stark-Team“ an ihrer Schule durchführte. Kinder müssen nicht wehrlos sein, so die Grundidee, die hinter derartigen Programmen steht. „Vision“ heißt das in der Selbstdarstellung des Teams „Sicher-Stark“: „Es ist unsere Vision, Kinder und Jugendliche sicher und stark zu machen, damit sie Gewaltverbrechen und sexuellem Missbrauch nicht mehr hilflos ausgeliefert sind, sondern sicher aufwachsen.“

Die Diplompädagogin und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin Gudrun Rinker ist eine der Trainerinnen. „Mutige, starke und selbstbewusste Kinder“, sagt sie, „sind am wirksamsten vor Gewalttaten geschützt. Täter machen sich am liebsten an ängstliche oder unsicher wirkende Kinder ran.“ Genau hier setzt die Strategie der Verhaltenstrainings an: Die Kinder sollen davor bewahrt werden, zum Gewalt-Opfer zu werden. Die Kids sollen lernen, selbstbewusst zu sein und entschieden aufzutreten. Sie sollen sich erlauben, Nein zu sagen, wo man ihnen zu nahe tritt, auch und gerade innerhalb der Familie und des Bekanntenkreises. Sie sollen üben, rechtzeitig wegzurennen oder Hilfe zu holen. Das „gesunde Misstrauen“ der Kinder soll geweckt werden, und in Situationen, in denen schützende Erwachsene nicht in der Nähe sind, sollen Kinder auf ihre eigenen Stärken vertrauen.

Üben im „Gefahrenparcours“

In der Regel dauert ein Kurs bei „Sicher-Stark“ 21 Stunden, aufgeteilt in fünf mehrstündige Blöcke. Jede der Kursstunden ist einem bestimmtem Thema gewidmet und beinhaltet ganz praktische Übungen. Angefangen vom einfachen „Blickkontakt halten“, über Körpersprache-Analysen bis hin zu Selbstverteidigungstechniken reichen die Inhalte.

Für Fatma war, wie sie schreibt, der „Gefahrenparcours“ der Hit. Dort werden Kinder mit gestellten aber realitätsnahen Gefahrensituationen konfrontiert. Und das Besondere dabei sind die eigens für solche Rollenspiele geschulten „Dummies“, Mitarbeiter in Schutzanzügen, die die Bösewichte spielen und dafür – mal mehr, mal weniger gespielt – den Ärger der Kinder abkriegen. Kein Job für Wehleidige: in der Stellenausschreibung auf der Homepage des Teams werden für diesen Part nur Leute gesucht, die „Schläge und Tritte gewöhnt“ sind (wobei an Kampfsportler u. ä. gedacht ist). An ihnen können sich die Kinder ausprobieren. Und von ihnen werden sie auf die Probe gestellt, werden angesprochen, angefasst, zu überreden versucht. Die Kinder dürfen sich mit allen erlernten Techniken und Methoden wehren – und die sind keineswegs nur gewaltfrei. Dass die Kinder in Notsituationen das Recht zur Gewaltanwendung haben, das steht für Trainerin Gudrun Rinker außer Frage.

„Wenn ein Erwachsener als Bedrohung kommt, dann muss ein Kind die Möglichkeit haben, sich zu wehren, sich zu befreien. Wir lehren die Kinder nicht zu kämpfen, wir lehren sie, sich zu befreien. Wir lehren keine Kampftechniken, sondern Befreiungstechniken.“ Dass ein herzhafter Biss zuweilen Wunder bewirkt, das weiß zwar jedes Kind. Aber es kommt sehr darauf an, dass es sich im rechten Moment und auch gegenüber Erwachsenen daran erinnert. Hier können die Trainings sehr viel bewirken, denn: Was man schon einmal erfolgreich ausprobiert hat, und sei es nur im Rollenspiel, das vergisst man längst nicht mehr so leicht.

Über Erfolg oder Misserfolg der gespielten Situation mit dem Dummy beraten Kinder und Trainer bei „Sicher-Stark“-Kursen gemeinsam anhand von Videoaufzeichnungen. Und dort, so Gudrun Rinker, zeigt sich dann nicht selten, dass die größten Machos aus der Klasse in Wahrheit „die größten Schisser sind“.





Geld-zurück-Garantie

Die Trainings bei „Sicher-Stark“ sind beliebt. Es werden Kurse innerhalb oder außerhalb des Schulunterrichts angeboten, und man kann das Team auch im Rahmen von Ferienlagern im In- und Ausland buchen. Die Auftragsbücher sind voll, alle Kurse mindestens sechs Monate im Voraus ausgebucht. Schulpädagogen und Eltern, so ist in den Rückmeldungen aus den Kursen zu lesen, schätzen die Professionalität des Teams, zu dem insgesamt zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören, darunter Pädagogen, Therapeuten, Sozialarbeiter und ein ehemaliger Polizist. Und der Name des bekannten Medienpädagogen und Autors zahlreicher Elternratgeber, Jan-Uwe Rogge, ganz oben auf der Teamerliste, tut in Sachen Werbung ein Übriges. Hinzu kommt: Das „Sicher-Stark-Team“ vermarktet sich gut. Zum Beispiel mit der „Geld-zurück-Garantie“. Wo gibt es das sonst noch im Bereich der sozialen Dienstleister, dass man bei Nichtgefallen, wie beim Versandhaus, sein Geld zurückerhält: Wenn Kinder sagen, „das hat mir nicht gefallen, da will ich nicht mehr hin“ oder wenn Eltern meinen, der Kurs hätte nichts gebracht, dann müssen sie nichts bezahlen. Ab 5 Euro pro Kind und Stunde kosten die Kurse, 30 Kinder nehmen meistens teil.

In vielen Fällen bleibt der Kurs für die Eltern sogar kostenlos, weil die Schule oder das Team Sponsoren aus der Wirtschaft für das Projekt gefunden haben. Mit Kinderschutz lässt sich prächtig werben, der positive Imagegewinn ist dem lokalen Bau- und dem Autohaus schon mal ein paar Tausender wert. Den Kindern kann's doppelt recht sein, denn ihnen machen die Kurse einfach auch Spaß.

Irritierend am Auftritt des „Sicher-Stark-Teams“ allerdings bleibt, dass es sich nach außen nicht als Firma, Agentur, Service-Betrieb oder ähnliches darstellt, sondern sich als „Initiative“ verkauft. Man denkt sofort an Bürger-Inis, Selbsthilfegruppen und ehrenamtliches Engagement. Sollte das gewollt sein? Sollte der Aspekt, dass man auch mit dem Sicherheitsbedürfnis der Eltern heute Geld verdient, durch die Bezeichnung „Initiative“ vornehm versteckt sein?

Gewaltprävention und Kinderschutz gegen Rechnung

Es gibt in Deutschland schon seit Jahren zahlreiche Anbieter, die Gewaltprävention und Kinderschutz gegen Rechnung verkaufen. Das Geschäft mit der Angst um die Kinder brummt, und dafür gibt es mehrere Gründe:

- Zum einen ist der Bedarf an Verhaltensschulungen für Kinder und Jugendliche in den vergangenen Jahren vor allem im Zusammenhang mit vermehrten Medienberichten über Gewaltakte an Kindern enorm gewachsen. Mit jedem neuen Fall steigt die Angst der Eltern vor der Entführung und Misshandlung ihrer Kinder wieder an. Und fast alle Anbieter von Selbstschutzmaßnahmen, auch „Sicher-Stark“, greifen die aktuellen Gewaltfälle auf, um eben damit die Notwendigkeit ihrer Trainings zu unterstreichen.
- Die „Pioniere“ der präventiven Anti-Gewalt-Arbeit, also etwa die gemeinnützigen und öffentlichen Träger des Kinderschutzes, Präventionskommissariate der Polizei oder auch friedenspädagogische Initiativen, sind längst schon mit derartigen personal- und zeitintensiven Angeboten überfordert.
- Und die Schulen schließlich sind zur flächendeckenden Übernahme solcher Kurse weder personell noch organisatorisch und finanziell in der Lage, auch wenn zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer an entsprechenden Fortbildungen für Multiplikatoren – z.B. bei der Polizei – teilnehmen. Eltern, die ihre Kinder besser vor Gewalt schützen möchten, wollen schnell aktiv werden und nicht auf Beschlüsse des Elternbeirates oder gar der Kultusbürokratie warten.



Da kommen die Angebote der Sicherheitsspezialisten auf dem freien Markt gerade recht. Sie heißen „Safety-First“ (Köln), „Safe City“ (München), „ParaVida“ (Köln), „experts“, „Visionen und Wege“... selbstständige, kleine Firmen und Institute, die in den großen Metropolen heute überall Sicherheitsschulungen oder Selbstbehauptungstrainings für Kinder anbieten. Kaum eine Sportschule, kaum ein Trainingscenter, das nicht mindestens auch ein Selbstschutztraining für Kinder im Programm hat. Vermischt mit den Kursen, die Taekwondo-Studios, VietVoDao-Schulen und andere Kampfsportler zur „Selbstverteidigung für Kinder“ veranstalten, wird das Angebot gänzlich unüberschaubar. Vor etwa zwei Jahren, so Polizeihauptmeisterin Glöckner vom Münchener Präventionskommissariat, seien solche Anbieter „explosionsartig“ aufgetaucht. Einige „Schnellschüsse“ seien auch gleich darauf wieder verschwunden, aber noch immer sei es für viele Eltern und Pädagogen, die sich ratsuchend an die Spezialisten bei der Polizei wenden, nicht einfach, die Spreu vom Weizen zu trennen. Objektive Kriterien und Qualitätsstandards gibt es nicht. „Wir haben auch Firmen, die reine Geldmacherei betreiben“, so die Beamtin. Nur: Namen nennen darf sie nicht.

2

Niemals Gewalt!

Jenen aber, die jetzt so vernehmlich nach härterer Zucht und straffen Zügeln rufen, möchte ich das erzählen, was mir einmal eine alte Dame berichtet hat. Sie war eine junge Mutter zu der Zeit, als man noch an diesen Bibelspruch glaubte, dieses „Wer die Rute schont, verdirbt den Knaben“. Im Grunde ihres Herzens glaubte sie wohl gar nicht daran, aber eines Tages hatte ihr kleiner Sohn etwas getan, wofür er ihrer Meinung nach eine Tracht Prügel verdient hatte, die erste in seinem Leben. Sie trug ihm auf, in den Garten zu gehen und selber nach einem Stock zu suchen, den er ihr dann bringen sollte. Der kleine Junge ging und blieb lange fort. Schließlich kam er weinend zurück und sagte: „Ich habe keinen Stock finden können, aber hier hast du einen Stein, den kannst du ja nach mir werfen.“ Da aber fing auch die Mutter an zu weinen, denn plötzlich sah sie alles mit den Augen des Kindes. Das Kind musste gedacht haben: „Meine Mutter will mir wirklich weh tun, und das kann sie ja auch mit einem Stein.“

Sie nahm ihren kleinen Sohn in die Arme, und beide weinten eine Weile gemeinsam. Dann legte sie den Stein auf ein Bord in der Küche, und dort blieb er liegen als ständige Mahnung an das Versprechen, das sie sich in dieser Stunde selber gegeben hatte: „Niemals Gewalt!“



Astrid Lindgren
in ihrer Rede anlässlich der Entgegennahme des
Friedenspreises des deutschen Buchhandels, 1978

Täter:

„Weil jeder Mensch sich verändern kann“

Tätertherapie als Opferprophylaxe – Besuch in einer Praxis zur Therapie von Straftätern

Von Werner Schulz

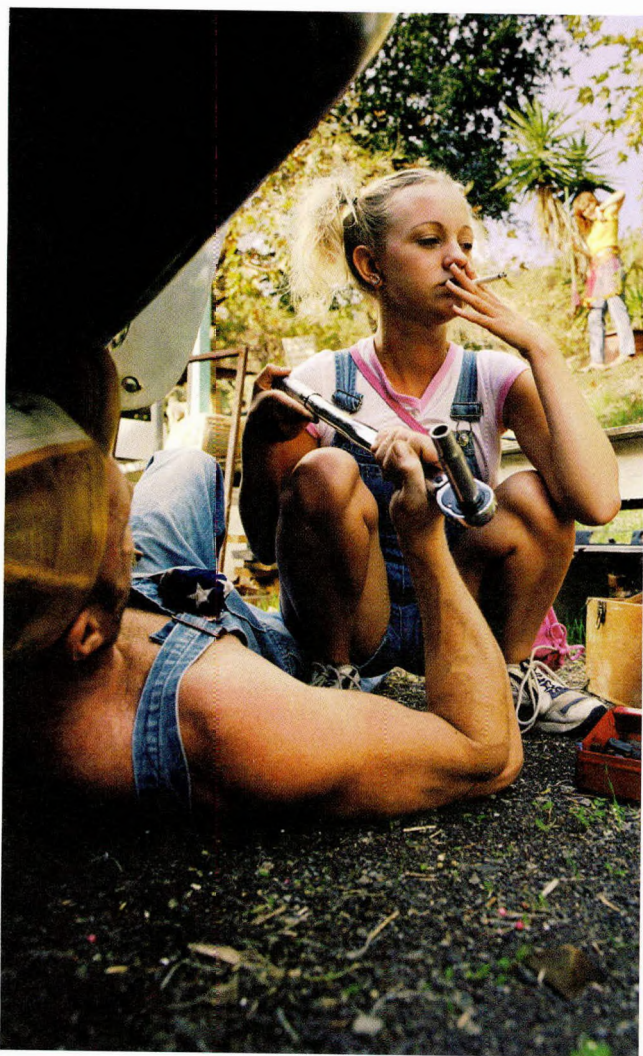
Anne Lipps therapiert Sexualstraftäter. Sie arbeitet mit Menschen, die wegen Delikten mit sexuellem Hintergrund von Gerichten verurteilt wurden. Sexualverbrecher – auch wenn man selbst keinen persönlich kennt, man hat sofort ein Bild von diesen Typen: verklemmt, latent aggressiv, irgendwie zu kurz gekommen (auch geistig vielleicht), kontaktscheu, Sonderlinge...

Was sind das für Menschen, die in die Praxis kommen, fragen wir. Und die Therapeutin listet auf: Automechaniker, Bankdirektor, Lehrer, Maler, Anwalt, Pfarrer..., das waren die Berufe einiger ihrer Klienten vor deren Haftzeit. Die soziale Herkunft der Täter, so die Diplom-Pädagogin und Psychotherapeutin, verlaufe kreuz und quer durch die Gesellschaft. Vorstellungen wie „je gebildeter, je weniger (sexualisierte) Gewalt“ seien zwar weit verbreitet, aber auch weit von der Realität entfernt. Ob es uns gefalle oder nicht, Täter lebten überall, sie seien nicht nach Wohnbezirken eingrenzbar, der türkisch-stämmige Familienvater zähle dazu und der Bewohner eines Heims für geistig Behinderte auch. Frauen und Mädchen nicht.

„Männer, die schwach sind“

Die Sexualstraftäter, die zu Anne Lipps in die Praxis kommen, sind männlich, und zwar von ganz jung bis ganz alt. Erst 12 war der jüngste von ihnen, als er anfang seinen viel jüngeren Cousin anal zu vergewaltigen. Und 80 ist der Senior, im hohen Alter noch verurteilt, weil er wieder und wieder in Bussen und S-Bahnen kleine Jungs in sexualisierte Gespräche verstrickte („Na, wie lang ist denn deiner schon?“). Der „notgeile“ Alleinstehende, den der „Hormonstau“ zum „Triebtäter“ macht – ein Klischee, aus Filmen vielleicht, das nicht auf die Wirklichkeit passt. „In der Mehrzahl sind das ganz normale Männer, die schwach sind“, stellt die Therapeutin fest. Ganz normale Männer?

„Sehr oft haben diese Männer eine dominante Partnerin“, sagt sie und erzählt die Geschichte eines Dreißigjährigen: Automechaniker, geschickt im Beruf, macht sich mit finanzieller Hilfe der Ehefrau selbstständig – nimmt Schulden bei der Bank für die Firma auf – Frau drängt Mann zu mehr Arbeit – Firma läuft trotzdem nicht gut – muss schließlich dicht machen – Frau macht Vorwürfe – Mann fühlt sich als Versager... Und dann: Der Mann hört, wie die Frau herumerzählt, er sei eine komplette Nullnummer und sowieso sei alles ihr Geld – da rastet er aus. Er schlägt die Frau nieder. Weil er außerdem gedroht haben soll, die Frau zu vergewaltigen, kommt er am Ende vor Gericht wegen des Delikts einer Sexualstraftat. Aus dem unbescholtene Automechaniker wird ein Täter „häuslicher Gewalt“. „So läuft das oft“, weiß die Therapeutin, „eine ganz normale Beziehung gerät in eine Krise – und dann passiert's. In der Regel ist das dann aber eine einmalige Geschichte.“



Sexueller Missbrauch

Ganz anders der sexuelle Missbrauch von Kindern. Diese Verbrechen ziehen sich oft über Jahre hin. Auch sonst, so erklärt die Therapeutin, gehe es hier um etwas völlig anderes. „Väter, die ihre Töchter missbrauchen, schlagen sie in der Regel nicht. Meistens sind diese Väter ja regelrecht verliebt in ihre Töchter. Sie heben sie auf eine Partnerebene und sehen das Kind gar nicht mehr als Kind. Sie machen sie zu ihrer Prinzessin, und dabei kriegen die Kinder auch sehr viel Positives.“ Positives? Vom Kinderschänder? Die Kinder, so Anne Lipps, seien in einem schlimmen Dilemma: „Sie wollen, dass der Missbrauch aufhört. Sie leiden. Aber sie wollen ihren Vater, sie wollen nicht, dass der Vater bestraft wird und ins Gefängnis kommt.“

In Inzest-Fällen, so die Therapeutin, sind die Positionen innerhalb einer Familie durcheinander geraten, auch die Hierarchien. Der mächtige Vater etwa zeigt sich abhängig von der Liebe der Tochter, und die missbrauchte Tochter wiederum erhält enorme Macht über den verwundbaren Täter. „Die Aufgabe von uns Therapeuten ist es, die Rollen im Familiensystem wieder in ihre ‚richtige‘ Position zu bringen.“ Kann man das schaffen? „Natürlich“, lautet die Antwort der Therapeutin, „die Täter leiden ja auch darunter, die finden nur keinen Ausweg. Den bieten wir mit unserer Arbeit.“

Therapie als Chance

Diese Chance eines Auswegs erkennen zu Beginn der Behandlung allerdings nur sehr wenige der Klienten. Kaum einer kommt freiwillig zu Anne Lipps in die Praxis. Die meisten erfüllen mit den Therapiesitzungen Auflagen, die das Gericht oder das Jugendamt verhängte. Bezahlen müssen die Klienten die Sitzungen in aller Regel selbst, für Härtefälle gibt es einen Hilfsfonds, Sozialhilfeempfängern und Jugendlichen bezahlt die Stadt bzw. das Jugendamt die Therapie.

Die Sitzungen beim Therapeuten zielen grundsätzlich auf zweierlei, auf Einsicht und auf Emotionen. Der Klient muss zum einen lernen, sich als Mensch zu begreifen, der etwas getan hat – und der deshalb in der Konsequenz auch hier und heute und morgen etwas tun muss. „Es geht uns beispielsweise um die Übernahme der Verantwortung für die Tat. Es geht auch um das Akzeptieren und Anerkennen von Werten“, erklärt Anne Lipps. Der Klient muss außerdem lernen, seine Emotionen und Impulse zu kontrollieren und Empathie für das Opfer zu entwickeln. Die Hilfe, die er dabei bekommt, beginnt oft genug damit, „so etwas wie ein Chaos im Kopf und im Gefühl“ zu entwirren. Einzeltherapien dauern bei wöchentlichen Sitzungen je nach Straftat zwischen drei Monaten und zwei Jahren.

Seit seiner Haftentlassung vor mehr als drei Jahren kommt ein 55-jähriger Mann freiwillig zu Therapiesitzungen in die Praxis. Wegen 14 Vergewaltigungen hatte er eine mehr als zehnjährige Haftstrafe hinter sich. Er ist verheiratet, lebt mit seiner Frau, hat erwachsene Kinder und sogar eine Anstellung im öffentlichen Dienst. Seine Beziehung zu Frauen, so Anne Lipps, hatte sich schon nach der Therapie im Knast normalisiert. „Heute hat er keinerlei Vergewaltigungsphantasien mehr.“ Zur Therapie geht er weiterhin, weil er heute andere gefährliche Vorstellungen entwickelt: „Er hat seit einiger Zeit exhibitionistische Phantasien. Und daran arbeitet er“, sagt Anne Lipps. „Er möchte verhindern, irgendwann als Exhibitionist aufzufallen und angeklagt zu werden. Nach allem, was war, finde ich es toll, wie der Mann sich entwickelt.“

Weitere Opfer vermeiden

Im Gespräch mit der Therapeutin wird deutlich, wie wenig die gängigen Schlagzeilen vom „Sittenstrolch“, vom „Sex-Monster“ oder von der „triebhaften Bestie“ mit dem Kern der Probleme zu tun haben. Es wird sichtbar, wie oberflächlich und einfach sich die sensationsgeile Berichterstattung über spektakuläre Sexualverbrechen die Welt erklärt – und wie vielschichtig solche Delikte oft in Wahrheit sind. Und dennoch, bei aller Differenzierung: es bleiben die Taten. Sie sind nicht wegzuthrapieren. Sie bleiben grausam, sie schockieren. Und auch die Täter bleiben verantwortlich für die Tat. Es gibt keine therapeutische Löschtaste. Eine Therapie gestaltet keine neuen Menschen, sondern im besten Falle neue Perspektiven. Eine Therapie entschuldigt nichts, aber sie lässt auch nicht einfach alles beim Alten.

Wie schafft es die Therapeutin, ihre Energie ausgerechnet in Täter zu stecken? Warum macht sie das? Ihre Antwort ist klar und einfach: „Weil ich fest daran glaube, dass jeder Mensch sich verändern kann.“ Und dann erzählt sie Beispiele, Erfolge ihrer Arbeit, die ihr Mut machen, die sie freudig werden lassen. „Es geht mir ja letztendlich um unsere Gesellschaft. Wir haben als Therapeuten hier einen Auftrag: Es geht uns in erster Linie darum, weitere Opfer zu vermeiden. Das ist unser oberstes Ziel.“

„Auch Männer sind Opfer“

„Häusliche Gewalt ist männliche Gewalt. Frauen sind fast immer die Opfer.“ Diese gängige Vorstellung ist falsch, sagt der Mainzer Kriminologe Professor Michael Bock und löst damit heftige Kontroversen aus

zivil: Herr Professor Bock, ich zitiere Sie: „Frauen und Männer sind tatsächlich in gleichem Umfang Opfer und Täter von Gewalt“. Wie oft sind Sie wegen dieses Satzes schon Opfer von Gewalt geworden?

Bock: Das kann ich nicht mehr zählen. Das fing an mit Verunglimpfungen bei der Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, als ich ein Gutachten erstattet habe zum Gewaltschutzgesetz. Dann kamen so herablassende Äußerungen von Kollegen und Bekannten: „Wer sich mit diesen Thesen befasst, mit dem muss etwas nicht in Ordnung sein.“ Es kam ganz offene Feindseligkeit von Feministinnen. Dann gibt es natürlich direkt anonyme Anrufe bei mir, in denen ich beschimpft werde. Es gibt also eine ganze Menge von Drangsalierungen – und deshalb habe ich auch beschlossen, jetzt meine Aktivitäten in diesem Bereich zu beenden. Ich habe in gewisser Weise meine Schuldigkeit getan, jetzt sollen mal andere ran und weitermachen.

zivil: Nun kann man wohl nachvollziehen, dass die eingangs zitierte Aussage schockiert – weil sie schlicht alles über den Haufen wirft, was man bisher zum Täter-Opfer-Geschlechterverhältnis gehört und gelesen hat. Man kann andererseits aber auch davon ausgehen, dass Sie als Wissenschaftler sich mit Wissen auch gut abgesichert haben. Seit wann arbeiten Sie an dieser Thematik?

Bock: Ich arbeite jetzt an diesem Thema seit ungefähr zehn Jahren. Das war am Anfang nicht öffentlich. 1998 oder '99, da fing ich an mit einzelnen, kleinen Publikationen in der Presse.

Inzwischen gibt es ausführliche Veröffentlichungen von mir, es gibt auch Dokumentationen von Tagungen, an denen ich beteiligt war. Das wird es aber nicht mehr geben künftig, denn ich möchte mich nicht ständig beschimpfen lassen und mich diesem Druck nicht mehr aussetzen.

zivil: Der Kern der Kontroverse lautet: Sie sagen, die bekannten gängigen Aussagen über die Geschlechterverhältnisse bei häuslicher Gewalt beziehen sich auf die veröffentlichten, also aktenkundigen Fälle. Wenn man aber das Problem insgesamt erfassen will, dann geht das nicht, ohne die so genannten „Dunkelfelder“ zu betrachten.

Bock: Richtig – und diese Dunkelfeld-Untersuchungen, die haben in der Tat kontinuierlich und international das Ergebnis, dass aggressive Verhaltensweisen zwischen Männern und Frauen bei häuslicher Gewalt gleich verteilt sind, und zwar bis in die schweren Formen der physischen Gewalt hinein.

zivil: Wie untersucht man „Dunkelfelder“?

Bock: Die untersucht man in diesem Bereich genau wie in der Wahlforschung oder in der Marktforschung: indem man repräsentative Stichproben zieht.

zivil: Wir reden also von der berühmten Dunkelziffer?

Bock: Das ist die Dunkelziffer, die in der Kriminologie sehr häufig ermittelt werden muss. Das ist eine völlig normale Forschungstätigkeit: Man befragt Leute und in diesen Befragungen wird häufig ein bestimmtes Messinstrument eingesetzt, eine so genannte „Conflict Tactics Scale“. Die dort gewonnenen Aussagen sind sogar viel realistischer, weil sie einfach verhaltensbeschreibend sind, ohne dass von den Befragten oder ihren Partnern

eine Bewertung stattfinden kann, die da etwa lautete: Das ist Gewalt, oder das ist kriminell. Hier finden wir viel ungefilterter den reinen Sachverhalt.

Wenn wir dagegen nach Gewalt oder nach Kriminalität fragen, dann fangen die geschlechtsspezifischen Wahrnehmungsbarrieren an zu wirken, und dann fangen z.B. Männer schon an, Dinge, die sie einstecken mussten, nicht als Gewalt einzustufen, weil sie diese Bewertung selber nicht realisieren wollen.

Die Gewaltschutzpolitik ist einseitig ausgerichtet

zivil: Sie haben mehrere Dunkelfeld-Befragungen, die von internationalen Wissenschaftlern durchgeführt worden waren, auf ihre Ergebnisse hin analysiert. Mit welchem Resultat?

Bock: Ich habe z.B. eine so genannte Meta-Analyse eines britischen Kriminologen namens John Archer zitiert, der 82 verschiedene derartige Studien einer Nach-Analyse unterzogen hat. Und dabei kam eben heraus: Von denen, die Opfer dieser aggressiven Verhaltensweisen wurden, sind 50 % Männer.

In manchen Studien wurden außerdem die Verletzungsfolgen gemessen und da haben wir ein Ungleichgewicht: Wir haben da 62 % Frauen und 38 % Männer, die verletzt wurden. Wobei auch da wieder die Befunde durch einen Filter gegangen sind, denn: Die Frage, ob ich mich verletzt fühle, oder ob ich einen Arzt brauche, wird von vornherein geschlechtsspezifisch unterschiedlich beantwortet werden.

zivil: Das heißt, bei ein und derselben Aggression werden Männer hinterher sagen: „War eigentlich nichts“?

Bock: Und je mehr man solche geschlechtsspezifischen Interpretationen hat – „War eigentlich nichts“ – und das hinterher abfragt, desto stärker geschlechtsspezifisch unterschiedlich werden die Befunde.

Im Hellfeld, das heißt bei den bekannt gewordenen Taten, haben wir ein Verhältnis von eins zu sechs, eins zu sieben oder eins zu acht zulasten der Männer als Täter. Im Dunkelfeld, wie gesagt, 50 : 50. Bemerkenswert finde ich allerdings, dass die Polizeidirektion 7 aus Berlin in ihrem Modellversuch bei den längerfristigen Platzverweisen (das sind Aussperrungen des gewalttätigen Familienmitglieds) – zu ihrem eigenen Erstaunen und Entsetzen – 27 % männliche Opfer gefunden hat.

Das heißt: Auch unabhängig davon, ob das Verhältnis nun wirklich gleich verteilt ist, unabhängig davon, ob wir uns auf Dunkelfelduntersuchungen stützen wollen, ist die Gewaltschutzpolitik grob falsch und einseitig ausgerichtet, denn es gibt für die Gewaltopfer unter den Männern null Hilfsangebote. Und ob sie nun zu 20, 30 oder 50 % Opfer sind, das kann einmal dahingestellt bleiben, solange eben gar nichts für männliche Opfer getan wird.

Es gibt keine Hilfsangebote für Männer

zivil: In ihren Veröffentlichungen fällt auf, dass Sie den Begriff „häusliche Gewalt“ sehr weit fassen. Während die meisten, die heute von häuslicher Gewalt reden, die Gewalt der Männer gegen die Frauen meinen und kaum noch die Gewalt gegen Kinder mit einbeziehen, sind bei Ihnen ausdrücklich auch Angehörige, die zuhause gepflegt werden, in die Beobachtung eingeschlossen.

Bock: Natürlich geht es auch da um häusliche Gewalt. Es gibt eine riesige Kampagne gegen „häusliche Gewalt“ – gemeint sind

aber nur Frauen als Opfer. Schon die Kinder werden sozusagen nur als Annex der Gewalt gegen Frauen mit genannt.

Wenn ich aber häusliche Gewalt von vorneherein als männliche Gewalt definiere, bleiben die Kinder, die Opfer ihrer Mütter werden, von Anfang an ausgeblendet. Und das weiß man, darüber gibt es auch keinen Streit: Gewaltopfer unter den Kindern werden zu 50 % Opfer der Mütter.

Es wird also so getan, als sei man gegen häusliche Gewalt, in Wirklichkeit ist man rein auf Frauen fixiert.

zivil: Die Kritik, die Sie erfahren, richtet sich auch gegen die Methode der „Conflict Tactics Scale“, bei der die Verhaltensweisen im Falle von Konflikten abgefragt werden.

Bock: Es gibt eine strittige Diskussion über die Befunde der Conflict Tactics Scale. Es gibt den Einwand: Da sind die Tötungsdelikte nicht dabei. Aus naheliegenden Gründen, man kann Tote nicht befragen.

Aber das – so heißt es – führe zu einem Ungleichgewicht. Dann wird gesagt: Es fehlt die sexuelle Gewalt, die wird nicht abgefragt. Und dann werde auch nicht unterschieden zwischen sich wiederholender Gewalt und dem, was „in den besten Familien“ vorkommt, dass man nämlich einmal austrastet. Und an dieser Kritik ist ein Körnchen Wahrheit. Aber an dem Hauptbefund ändert sich dadurch nichts Entscheidendes. Und selbst die feministischen Forscherinnen, die sich nicht auf solche Untersuchungen allein beschränken, die geben ja auch zu: Man hat die männlichen Opfer vergessen. Die sagen zwar, es seien nicht 50, sondern nur 25 %, aber das reicht.

zivil: Ihnen geht es also nicht so sehr um die 50 %, sondern darum, festzustellen, dass die Diskussion im Kern nicht stimmt.

Bock: Da ist im Kern etwas falsch – und ob das 50 oder 25 % sind, das ist eigentlich nicht so wichtig.

zivil: Wenn also Männer in doch erheblichem Umfang auch Opfer sind, dann würden ihnen auch entsprechende Hilfsangebote zustehen – die es aber nicht gibt.

Bock: Die gibt es überhaupt nicht. Es gibt noch nicht einmal eine Telefonnummer.

zivil: Es müssten also zusätzliche Hilfsangebote für Männer etabliert werden, während gleichzeitig Frauen schon jetzt beklagen, dass die Einrichtungen für Frauen nicht ausreichen und unter Finanznot leiden.

Bock: Die leiden unter Finanznot – nur: Wen ich jetzt feststelle, wir haben die Männer vergessen, und wenn ich weiß, dass es mindestens 25 % männliche Opfer gibt, dann halte ich das für einen moralisch nicht tragbaren Standpunkt zu sagen: Eigentlich verdienen die gleich viel Mitgefühl und Hilfe und Empathie und alles was gut und teuer ist, aber bitte: geteilt wird nicht! Das ist moralisch absolut indiskutabel, es ist auch rechtlich indiskutabel. Es ist in jeder Hinsicht zynisch und eine Art von Steinzeit-Monopolisierung feministischer Interessen.

Ich will gar nicht fordern, man müsse jetzt jedes vierte Frauenhaus in ein Männerhaus umwandeln – es ist ja auch offen, ob das die richtige Betreuung wäre – und ich denke auch nicht, dass die Situation, die wir heute haben, nur irgendeiner Bosheit Frauenbewegter entspringt. Wir haben es einfach mit den Folgen unserer gesamten Sozialpolitik und Gewaltschutzpolitik zu tun, die institutionell so gestaltet ist. Die können gar nicht anders. Die Etats sind so vorgesehen.

Täterkarrieren und Opferkarrieren

zivil: Unser heutiges Bewusstsein für den Problembereich der Gewalt gegen Frauen ist ja nun auf dem Rücken eines sehr konkreten Leidensdruckes bei den Frauen entstanden. Die Frauen haben sich als Opfer der Gewalt gemeldet. Irgendwelche Alarmrufe hört man dagegen von den Männern nicht.

Bock: Die hört man nicht, und das kommt ganz einfach daher, dass von der ganzen kulturellen Codierung dieser Verhältnisse Frau und Opfer zusammenpasst, Mann und Opfer aber nicht. Und deshalb hatte die Frauenbewegung, als sie diese Form der Gewalt skandalisiert hatte und sich dagegen gewehrt hatte, die ganze Kraft der kulturellen Geschlechtsrollen-Stereotypen hinter sich.

Und wenn man für Männer jetzt etwas Vergleichbares will, dann hat man diese Kräfte gegen sich. Man hat ja auch die Männer nicht auf seiner Seite. Zwar sind die Folgen der Gewalt bei den Männern durchaus spürbar, im Suff, im Suizid, in der Depression, in verschiedenen Ausweichstrategien... nur: Eine Kommunikation, eine bewusste Auseinandersetzung mit dem Thema findet nicht statt.

zivil: Männer wollen also nicht wahrhaben, dass sie Opfer von Gewalt sind?

Bock: So ist es! Dabei gibt es überhaupt keinen Zweifel daran, dass Männer ganz allgemein häufiger Opfer von Gewalt sind als Frauen – denken Sie nur an die Kriege.

zivil: Wobei die Männer die Gewaltsituationen ja auch selbst verursachen.

Bock: Gut – aber: Ist das denn in irgendeiner Weise eine moralisch haltbare Argumentation, dass man sagt, männliche Gewaltopfer mögen zwar mehr sein, sie sind aber auch Opfer von Männern? Sollen es da Täter und Opfer unter sich ausmachen? Erlischt hier der gesellschaftliche Handlungsbedarf? Es ist doch nicht heute derselbe Mann Täter und zum Ausgleich morgen dann Opfer. Es gibt doch stabile Opferkarrieren und stabile Täterkarrieren.

Wir haben in diesem ganzen Bereich ein komplettes Demokratieversagen, weil keine der politischen Parteien hier auch nur ansatzweise etwas unternimmt. Wir haben eine völlig einseitige Forschungsförderung, eine völlig einseitige Wissenschaftspolitik, die Medien setzen sich auf den gesellschaftlichen Trend drauf und insofern haben wir ein ziemlich geschlossenes Arrangement.

Mit Professor Bock sprach Werner Schulz

z

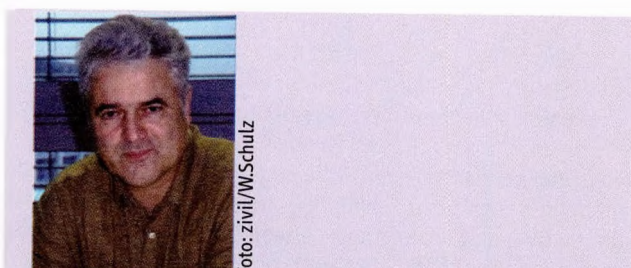


Foto: zivil/W.Schulz

Michael Bock

Professor Dr. Dr. Michael Bock (geb. 1950) studierte bis 1975 Theologie in Tübingen. Er promovierte in Soziologie (1978) und Kriminologie (1983). Seit 1985 ist er Professor für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug und Strafrecht an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz.

Beziehungs- (alb)träume

Frauen und Kinder mit Gewalterfahrungen schufen Holzskulpturen – eine Ausstellung

Von Sigrid Schneider-Grube

„Immer wieder habe ich große Angst, auch jetzt, wo ich in Sicherheit bin.“ Diese Aussage eines sechsjährigen Mädchens ist typisch für Erfahrungen, die Opfer von Gewalt in Familien machen. Im Frauenhaus Schwabach hatten misshandelte und missbrauchte Frauen und Kinder die Möglichkeit, ihre traumatischen Erlebnisse durch künstlerische Betätigung aufzuarbeiten. Sie schufen Skulpturen aus Holz, die ihre „Beziehungs(alb)träume“ eindrucksvoll wiedergeben.

Die Skulpturen wurden mittlerweile zu einer Wanderausstellung gestaltet, die beim Frauenhaus in Schwabach ausgeliehen werden kann. Die Ausstellung besteht aus 17 Figuren, Fototafeln und Begleittexten. Sie kann kostenlos ausgeliehen werden, der An- und Abtransport muss selbst organisiert werden.

Zur Entstehung der Ausstellung

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Stadtjugendamtes Schwabach mit dem Thema „Traumräume“ haben Frauen und Kinder des Anna-Wolf- Frauenhauses unter Anleitung von Pädagogen zur Aufarbeitung ihrer Erfahrungen an diesem Projekt teilgenommen.

Ziel und Idee der Aktion war es, durch zum Teil vorgefertigte Teile, auch mit handwerklich nicht geübten Menschen, Skulpturen aus Holz herzustellen. Es wurde den Frauen und Kindern freigestellt, was sie darstellen wollten. Durch biegsame Verbindungsstücke konnten die verschiedensten Befindlichkeiten zum Ausdruck gebracht werden.

Sieben Frauen, 14 Kinder und zwei Erzieherinnen hatten zwei Tage lang kreativ gearbeitet. Bis in die späten Abendstunden wurde aus Baumstämmen, Ästen und Brettern gesägt, gehämmert und gefeilt. Am darauffolgenden Tag entstanden langsam kleine Kunstwerke, die die persönliche Lebensgeschichte der einzelnen Frauen und Kinder widerspiegelten: Figuren mit großen Mündern, ohne Arme, eingeschnürte Oberkörper... Ein Mädchen gestaltete ihren zukünftigen Partner aus einem Holzstamm mit einer Kettensäge und hobelte ihn danach ab. Damit er nicht so leicht nachlaufen könne, hackte sie ihm das Bein ab. Sicherheitshalber gab sie ihm auch nur ein Auge, damit er sie nicht so gut sehen und ihr schlechter folgen könne.

So schlimm und makaber diese Geschichte ist, das Mädchen hatte einen Riesenspaß beim Sägen, Schleifen, Nageln und Malen, und über die eigenen Schwierigkeiten wurde viel gelacht. Spannend war es auch, sich und die anderen einmal in ganz anderen Rollen zu sehen und zu erleben. Kinder waren baff erstaunt, als sie sahen, wie ihre Mütter mit schweren Schleifmaschinen, riesigen Bohrern und allerlei Sägen hantierten und was für unbändige Kräfte und handwerkliches Geschick sie dabei entwickeln konnten.

Beim abschließenden Gespräch zeigten sich alle Frauen und Kinder stolz und glücklich und es war spürbar, dass sie aus der kreativen Aktion neue Kraft geschöpft hatten.



„Wir mussten schon oft umziehen. Immer wieder hat uns mein Vater gefunden und der ganze Ärger fing von vorne an. Hoffentlich lässt er uns jetzt in Ruhe. Ich will doch einfach nur irgendwo leben, zur Schule gehen und Freunde haben, wie andere Kinder auch.“ Junge, 14 Jahre

„Wir haben seit ein paar Monaten eine eigene Wohnung. Jetzt sind wir endlich sicher. Wir brauchen keine Angst mehr zu haben, geschlagen oder umgebracht zu werden. Wir mussten immer wieder mit ansehen, wie der Vater die Mutter geschlagen hat (Rippenbrüche), durften das Haus nicht verlassen und hatten Angst, wenn der Vater betrunken nach Hause kam und uns schlug!“ Geschwister, fünf, sieben und zehn Jahre



„Am Anfang ist alles bunt, aber dann kommt ein großer dunkler Schatten. Ich habe viel Gewalt mit ansehen müssen. Meinem Vater war ich egal, weil ich nur ein Mädchen bin.“ Mädchen, sechs Jahre

Ausleih-Adresse: Frauenhaus „Anna-Wolf“,
Postfach 1442, 91104 Schwabach,
Telefon 09122/81919 Fax 09122/82385
E-Mail: frauenhausschwabach@odn.de



Zeichnung: Freimut Wössner

Aufrüstung als Verfassungsgebot

Der Entwurf der EU-Verfassung enthält fragwürdige militärische Verpflichtungen

Von Tobias Pflüger

Die EU soll eine gemeinsame Verfassung bekommen. Diese Verfassung würde dann über den jeweiligen Verfassungen der Einzelstaaten stehen, auch über dem deutschen Grundgesetz. Zur Erarbeitung dieser EU-Verfassung gab es einen so genannten „EU-Konvent“ unter dem Vorsitz des früheren französischen Präsidenten Giscard d'Estaing. Mitarbeiter des Konvents waren jeweils ausgewählte EU-Parlamentsmitglieder, Mitglieder der Bundesregierung, Mitglieder der einzelstaatlichen Parlamente, so auch des Bundestages, und Mitglieder von regionalen Regierungen, in Deutschland also von Landesregierungen. Nach langer halböffentlicher Arbeit wurde dann im Sommer ein umfangreicher Entwurf für eine EU-Verfassung vorgelegt. Zu diesem Entwurf kommen noch verschiedene Teile eines Anhangs mit Zusatzvereinbarungen hinzu, die ebenfalls Verfassungsrang erhalten sollen.

Der gesamte EU-Verfassungsentwurf vom 20. 08. 2003 ist im Internet abrufbar, z.B. unter: www.imi-online.de/download/EU-Verfassungsentwurf.pdf

Aufrüstungs-Verpflichtung

Was den friedens- bzw. militärpolitischen Bereich anbelangt, finden sich im Verfassungsentwurf zahlreiche dramatische Neuerungen. So gibt es eine explizite Aufrüstungsverpflichtung mit Verfassungsrang: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ (Artikel I-40 Absatz 3) In der zukünftigen EU-Verfassung wird eine regelmäßige Aufrüstung also festgeschrieben! Um diese regelmäßige Aufrüstung zu kontrollieren und teilweise durchzuführen, wird ein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ eingerichtet.

Die EU erhält für ihre Militärpolitik einzelstaatliche Militärkontingente: „Die Mitgliedstaaten stellen der Union für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zivile und militärische Fähigkei-

ten als Beitrag zur Verwirklichung der vom Ministerrat festgelegten Ziele zur Verfügung. Die Mitgliedstaaten, die untereinander multinationale Streitkräfte bilden, können diese auch für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung stellen.“ (Artikel I-40 Absatz 3) Ein Teil davon ist die neue EU-Interventionstruppe mit 60.000 Männern und Frauen, von der die Bundesrepublik ein Drittel der Soldaten und den Befehlshaber stellt. Ein weiteres Novum ist, dass die Bereitschaft zu weltweiten Militäreinsätzen zur verfassungsmäßigen Pflicht erhoben wird. EU-Streitkräfte sollen zu „Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen“ (Artikel III-210) eingesetzt werden können. Weiter heißt es: „Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“ (Artikel III-210) Hierbei handelt es sich um ein extrem weit gefasstes Mandat für etwaige EU-Kampfeinsätze.

Die EU als zweite (militärische) Weltmacht – „Präventive Kriege“

Im Auftrag der EU-Regierungschefs hat Javier Solana, der Verantwortliche für den Bereich Außen- und Sicherheitspolitik, einen Entwurf für ein militärpolitisches Strategiepapier vorgelegt, das beim EU-Gipfel in Thessaloniki im Grundsatz von allen EU-Regierungschefs gebilligt wurde. Die Europäische Union setzt vor allem auf ihre (neue) militärische Stärke: „Eine Union mit 25 Mitgliedern und einem Verteidigungsgesamthaushalt von 160 Milliarden Euro sollte in der Lage sein, mehrere Operationen gleichzeitig auszuführen. Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die frühe, schnelle und, falls erforderlich, robuste Interventionen fördert.“ „Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben.“ Die Europäische Union soll demnach so etwas wie die zweite Weltmacht in einem „multilateralen“ Weltsystem werden. Im Solana-Papier wird auch das Präventivkriegskonzept festgeschrieben: „Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“ Damit wird das Kernelement der National Security Strategy der USA – die so genannte Bush-Doktrin – auch für den

EU-Rahmen festgeschrieben. War die Bombenphase des Krieges gegen den Irak der Testlauf für dieses Präventivkriegskonzept? Offensichtlich gilt diese Präventivstrategie unter Militärs und Regierungen des Westens als Erfolgsrezept. Die Formulierungen im Solana-Papier zeigen, dass es keinen qualitativen – nur noch einen quantitativen – Unterschied gibt im Bereich der expansiven Militärpolitik zwischen EU und USA. Von vielen, auch von Regierungen im „alten Europa“, werden die US-Regierung und ihre Methoden gerne kritisiert, doch genau diese EU-Regierungen – einschließlich der deutschen rot-grünen Regierung – übernehmen genau jene Methoden.

„Gut“ gegen „Böse“

Das Ziel der EU-Politik wird offen und direkt formuliert, auch wenn man den Satz mehrfach lesen muss, um zu glauben, dass er tatsächlich so im Militärstrategiepapier der EU steht: „Gemeinsam handelnd können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine einflussvolle Kraft sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt.“ Gemeinsam für „das Gute in der Welt“ – gegen alles „Böse“? Für wen dieses „Gute“ gut sein soll, ist klar. Es geht um möglichst viel Macht, Einfluss und wirtschaftliche Expansion der westlichen Staaten. Auch wenn es in Detailfragen Differenzen gibt wie z.B. beim Irak-Krieg, in den Kernfragen besteht Einigkeit: weitere Aufrüstung und Herausbildung kriegsführungsfähiger Armeen. Die Kriege der Zukunft werden in ständig wechselnden Koalitionen stattfinden, bei denen nicht immer alle mitmachen werden. Aber die Kriege werden stattfinden, gegen Länder und Menschen im Süden. Die Analysen, die hinter dem Entwurf für eine EU-Verfassung und hinter dem Solana-Papier stehen, gehen davon aus, dass das Problem im Süden bei den „gescheiterten Staaten“ liegt.

Aus dem Bereich verschiedener sozialer Bewegungen gab es den Vorschlag, eine Kampagne gegen diese EU-Verfassung durchzuführen. Derzeit finden in einzelstaatlichem und in EU-weitem Rahmen Koordinationen für diese Kampagne gegen die EU-Verfassung statt. Das gemeinsame politische Ziel ist, zu verhindern, dass die Europäische Union eine militarisierte Kriegsunion wird.

Weitere Informationen zur Kampagne gegen diese EU-Verfassung unter <http://www.imi-online.de>



Kriegsdienstverweigerung unter militärischer Kontrolle?

Armenisches Alternativdienst-Gesetz in der Kritik

Ein KDV-Recht, das die staatliche Unterdrückung von Kriegsdienstverweigerern legalisieren soll, hat in Armenien die ersten parlamentarischen Hürden genommen. Vertreter des Europarates erheben Einspruch gegen die geplanten Diskriminierungen.

Ein Bericht von Friedhelm Schneider

Die Republik Armenien gehört zu den jüngsten Mitgliedern des Europarates, der aktuell eine Staatengemeinschaft von 45 Ländern umfasst. Als Bestandteil der Beitrittsbedingungen hat Armenien im Januar 2001 die Verpflichtung akzeptiert, alle inhaftierten Kriegsdienstverweigerer freizulassen und innerhalb von drei Jahren ein Alternativdienst-Gesetz zu verabschieden, das in Einklang mit den europäischen Grundrechtsnormen steht. Trotz wiederholter Nachfragen aus Straßburg verliefen die Verhandlungen über ein armenisches KDV-Gesetz äußerst schleppend. Der Parlamentssprecher in Eriwan ließ verlauten, Armeniens Sicherheit habe Vorrang vor seinen Europarats-Verpflichtungen.

Die verbreitete Auffassung, dass Menschenrechte sich dem militärischen Sicherheitsdenken unterzuordnen hätten, bildet weltweit eins der größten Hindernisse für freiheitliche KDV-Regelungen. Als Negativbeispiel mit Modellcharakter kann hier das Alternativdienst-Gesetz gelten, dem das armenische Parlament am 08. 10. 2003 in erster Lesung zugestimmt hat.

Missachtung internationaler KDV-Standards

Kennzeichnend für den Gesetzesentwurf ist die konsequente Missachtung internationaler KDV-Standards. Weite Teile der geplanten Bestimmungen lesen sich wie ein Maßnahmenkatalog zur Unterdrückung von Kriegsdienstverweigerern:

- Der armenische „Alternativdienst“ kann demnach als waffenloser Dienst ausschließlich in militärischen Einrichtungen geleistet werden. Ein zum „alternativen Militärdienst“ zugelassener Kriegsdienstverweigerer hat im Regelfall Uniform zu tragen, er ist zum Fahneid verpflichtet. Während die reguläre Militärdienstzeit zwei Jahre beträgt, liegt die Dauer des waffenlosen Ersatzdienstes bei 42 Monaten – ein Vorentwurf zum aktuellen Gesetz sah sogar 48 Monate vor. Nachdem ein Kriegsdienstverweigerer seinen Ersatzdienst beim Militär geleistet hat, ist er automatisch von allen juristischen und polizeilichen Funktionen im öffentlichen Dienst ausgeschlossen.

- Die Zahl der zum Ersatzdienst zuzulassenden Personen wird jeweils von der armenischen Regierung festgelegt. Im Bedrohungs- oder Kriegsfall wird das Recht auf „Alternativdienst“ zur Disposition gestellt.
- Der KDV-Antrag muss vor der Einberufung gestellt werden. Für die Zulassung zum „Alternativdienst“ sind Militärbehörden und Musterungskommissionen zuständig, die in einer mündlichen Verhandlung über die Gründe und das Ersatzdienst-Gesuch des Antragstellers entscheiden. Als Verweigerungsgründe werden ausschließlich religiöse Motive anerkannt: Das Recht auf „Alternativdienst“ darf nur solchen Wehrpflichtigen zugestanden werden, die Mitglied einer staatlich registrierten, pazifistischen Religionsgemeinschaft sind. Mit dieser weitreichenden Einschränkung wird der Zugang zum waffenlosen „Alternativdienst“ fast vollständig versperrt. Die schon jetzt als Kriegsdienstverweigerer inhaftierten Zeugen Jehovas würden auch künftig verfolgt werden, da ihre Glaubensgemeinschaft in Armenien nicht über den Status einer „registrierten religiösen Organisation“ verfügt. Der vorliegende Gesetzesentwurf liefert eindrückliches Anschauungsmaterial dafür, wie man mit dem Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung nicht umgehen darf. Falls er unverändert in Kraft treten sollte, würde die Republik Armenien über das wohl repressivste KDV-Recht Europas verfügen.



Das Parlamentsgebäude in Eriwan

Europarats-Initiative: KDV-Konferenz in Eriwan

Um der endgültigen Verabschiedung eines menschenrechtswidrigen Alternativdienst-Gesetzes entgegenzuwirken, fand auf Drängen des Europarates Ende Oktober eine Experten-Anhörung in Eriwan statt. Vertreter von Europarat, OSZE und EBCO (Europäisches Büro für KDV) erläuterten vor armenischen Abgeordneten und Regierungsvertretern die wesentlichen Merkmale eines menschenrechtskonformen KDV-Rechts:

- Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss einem breiten Spektrum von Gewissensüberzeugungen Rechnung tragen. Weder darf es auf religiöse Gründe beschränkt sein noch darf

- es als individuelles Recht von der Mitgliedschaft in weltanschaulichen oder religiösen Organisationen abhängig gemacht werden.
- Die Inanspruchnahme des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung muss jederzeit möglich sein, nicht nur vor dem Militärdienst und nicht nur in Friedenszeiten.
- Kriegsdienstverweigerer sollten einen wirklichen Alternativdienst leisten können, der eindeutig ziviler Natur ist. Dieser Zivildienst darf – z.B. was seine Dauer betrifft – weder Abschreckungs- noch Strafcharakter haben. Ebensovienig darf die Ableistung des Zivildienstes später zum Anlass für berufliche Diskriminierungen genommen werden.

Im Verlauf der Eriwan-Konferenz kamen zwei Fragen wiederholt zur Sprache: Wird nicht die liberale Behandlung von Kriegsdienstverweigerern letztlich dazu führen, dass die Funktionsfähigkeit der Armee und damit die Sicherheit des Landes in Gefahr gerät? Warum sollte Armenien in KDV-Fragen gegenüber dem Nachbarland Aserbaidschan oder im Vergleich zu anderen europäischen Staaten den Vorreiter spielen? Was schließlich einige Regierungsvertreter zum Einlenken bewog, waren wohl die Schwierigkeiten, die eine unnachgiebige Haltung Armeniens für die weitere Mitgliedschaft des Landes im Europarat zur Folge hätte. In der Pressekonferenz, die dem Europarats-Hearing folgte, stellte der armenische Parlamentssprecher vor laufenden Kameras in Aussicht, man werde das bisher diskutierte Alternativdienst-Gesetz substanziell ändern und in allen kritisierten Punkten den europäischen Standards annähern. Es bleibt abzuwarten, ob und wie das armenische Parlament dieser Ankündigung nachkommen wird.

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns folgende Nachricht: Am 3. 12. 2003 hat das armenische Parlament in zweiter Lesung ein revidiertes Alternativdienst-Gesetz verabschiedet, das der Kritik der Europarats-Experten an einigen Stellen entgegenkommt. Nach ersten Informationen aus Eriwan soll neben dem waffenlosen Ersatzdienst beim Militär (36 Monate) nun auch ein ziviler Alternativdienst (42 Monate) möglich sein; die Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern soll nicht allein auf Mitglieder staatlich registrierter Religionsgemeinschaften beschränkt bleiben. Bevor das Gesetz in Kraft tritt, muss es noch die dritte Lesung im Parlament passieren und vom armenischen Präsidenten unterzeichnet sein. zivil wird über die weitere KDV-Entwicklung in Armenien berichten.

Der Autor hat als Vertreter des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung (EBCO, Brüssel) an der Europarats-Konferenz zum armenischen Alternativdienst-Gesetz teilgenommen, die vom 28. bis 29. Oktober 2003 in Eriwan stattfand.

Irland: Woofen auf der grünen Insel

Text und Fotos von Roland Hanewald

Weiß jemand, was ein „Woofen“ ist? Genau genommen müsste es eigentlich „Wwoofen“ heißen. Aber wenn man schon mit dem ersten Wort nichts anfangen kann, dann ganz bestimmt erst recht nicht mit dem zweiten... Der Begriff ist eine Abkürzung für „Willing Workers on Organic Farms“, also „Bereitwillige Mitarbeiter auf organischen Höfen“, und weil „woof“ auf Englisch ein komisches Hundegeräusch („wuff!“) ist, klingt das Wort für anglophone Ohren besonders witzig. Wwoof ist eine Art Kibbuz-Bewegung, die vor einigen Jahren in Neuseeland entstand, und wer sich ihr anschließt, ist eben ein Wwoofen oder kurz Woofen. Teilnehmer können sich auf strikt nichtkommerzieller Basis in zahlreiche Länder der Erde vermitteln lassen, um dort auf ausgesuchten Farmen Hilfsarbeiten zu verrichten. Dafür gibt es freie Kost und Logis und unter Umständen ganz spezielle Vergünstigungen (s. u.), aber generell keine Bezahlung.

Freie Unterkunft mit Vollpension


Eine strenge Einengung auf „biologisch-organisch“ ist nicht unbedingt ein zwingendes Kriterium. Es muss auch keineswegs eine Farm im Sinn von „Bauernhof“ sein, auf der ein Woofen tätig wird, obwohl dies zumeist der Fall ist. Man kann sich genauso gut einem Reitstall anschließen oder einer Gärtnerei oder Obstplantage, und eine Muschelfarm gehört schon dem Namen nach ebenfalls dazu. Gerade in Irland, wovon hier die Rede ist, existieren zahlreiche Varianten und somit viele Möglichkeiten. So lernte ich im „Liosin Riding Centre“ in der Südostecke der Insel, wo es besonders viele Pferde gibt, Shannon aus Kanada, Mabel aus Chile und deren Bruder Alfredo kennen, die die Stallungen und das Reitgeschirr in Ordnung hielten und dafür freie Unterkunft mit Vollpension (also das übliche Woofen-Arrangement) sowie Gratisreitstunden und -ausritte erhielten, worin sie inmitten einer prächtigen Landschaft das größte Glück der Erde fanden. Mabel qualifizierte sich sogar zur Reitlehrerin und hatte bereits einen guten Job daheim in Aussicht.

Internationale Berufschancen

Man erkennt schon an dieser internationalen Besetzung, dass sich das Woofen-System weltweit herumgesprochen hat – dank Internet. Und das unbürokratische und lockere Organisationssystem trägt zweifellos auch zur Ausbreitung des Ganzen bei. Denn woher immer

der Woofen kommt: Er oder sie benötigt keine Arbeitsgenehmigung (Bares gibt's außer einem manchmal freiwillig gewährten Taschengeld eh nicht), der Verbleib ist zumeist auf maximal sechs Monate beschränkt, und weil die Freizeit durchaus reichlich bemessen ist, lernt man einen guten Teil des Landes außerhalb der eigentlichen Wirkungsstätte kennen. Und als Bonus winkt außerdem das ausländische Jobpotenzial, beträchtlich im Fall Irland. Mancher EUBürger, Deutsche an führender Stelle, ist vom Woofen und den dort erworbenen Englischkenntnissen direkt in eine gut bezahlte Arbeitsstelle auf der grünen Insel umgestiegen. Vor allem tüchtige Handwerker, Dienstleister und IT-Spezis sind gefragt; manch einer, den man dort trifft, fand den direkten Kontakt übers Internet. Und obwohl das Leben in Irland teuer ist (Rang 1 in der EU!), will kaum einer wieder weg. Woofen sind keine „Aussteiger“ – wie sie kürzlich in zivil thematisch behandelt wurden – sondern allenfalls „Umsteiger“. Deutsche Expats müssen nicht einmal auf die geliebten Gartenzwerge verzichten. Nur das gewohnte Brot werden sie angesichts der wattigen irischen Produkte sehr schmerzhaft vermissen – aber vielleicht ist ja mal eine neue Karriere als Bäcker auf der grünen Insel drin...

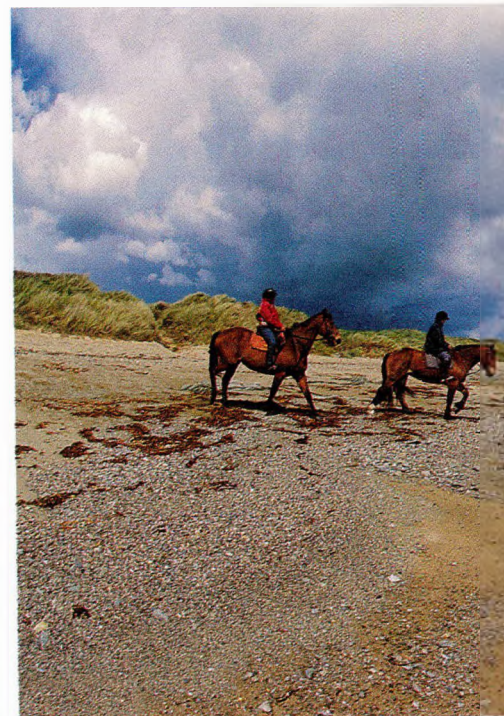
Kontakte aus aller Welt

Ein „Praktikum“ als Woofen ist geradezu ideal, um sich mit den Verhältnissen im fremden Land vertraut zu machen, denn die ärgsten Probleme, wie Unterkunft und Gewöhnung an die einheimische Kultur, werden einem ja abgenommen. Totarbeiten muss sich ebenfalls niemand. Die Gastgeber wissen, dass ihnen da kein Lohnproletariat zur Verfügung steht, das sich ausnutzen ließe und sind froh, wenn ihnen Hilfe bei den Alltagsgeschäften zuteil wird, und sei es, dass eine Wooferin mal auf die Kinder aufpasst oder ein Woofen die Schafe auf der Weide zählt – ob denn auch nicht eines fehlt. Außer Woofern aus den genannten Ländern traf der Autor Freiwillige aus Italien, England, den USA und gar aus Japan oder den Philippinen, und alle äußerten sich hoch zufrieden mit ihrer Wahl. Denn sie wussten: Natürlich gibt es viele andere Länder, in denen man woofen kann, einschließlich einigen ihrer Heimatstaaten. Doch Irland, fast zur Gänze rustikal, hat auf diesem Sektor nun mal besonders viel zu bieten. 

Im Internet (www.welcome.to/wwoof) findet man alle wichtigen Auskünfte über das System und in einem Diskussionsforum sehr nützliche Erfahrungsberichte und Tipps. Dort kann man auch nach Irland weiter vorstoßen. Allerdings warnt „wwoof“, dass die Iren „notorisch langsam“ beim Antworten sind. Das ist landestypisch. Also Geduld, bitte.



Wooferin Shannon aus Kanada findet die Stallarbeit offenbar wenig beschwerlich





Mabel aus Chile freut sich auf die kommende Reitlehrer-Qualifikation



Man hat Zeit genug, um herrliche Landschaften wie diese kennen zu lernen



Ausritte an den Atlantikstrand gehören im Liosin mit zum Programm



Puh - heiß! Die beiden Deutschen haben für heute ausgewoift

Farbe für die Ligen

Unter dem Namen Makkabi firmieren alle jüdischen Sportvereine der Republik. Es geht ihnen um Tradition, um Toleranz und um Erfolge mit Makkabi Deutschland – einer Art jüdischer Nationalmannschaft

Von Tobias Kaufmann

„Judensau!“ Knapp zehn Minuten sind gespielt bei der Bezirksliga-Partie zwischen dem TuS Makkabi Berlin und den Gästen vom BSV, da droht die Situation zu eskalieren. Spieler schubsen sich und einige der Makkabi-Funktionäre am Spielfeldrand gestikulieren aufgeregt Richtung Schiedsrichter. „Hast du das gehört?“ rufen sie. Alle haben die Provokation gehört, die einen Platzverweis nach sich ziehen müsste, nur der Schiedsrichter offenbar nicht. Makkabi ist Berlins einziger jüdischer Sportklub. Die Bezirksliga-Fußballmannschaft des Vereins ist dabei etwas Besonderes, denn in der ersten Elf von Trainer Andreas Treppmacher standen in dieser Saison nie mehr als fünf Juden. Der Mannschaftskapitän ist Chinese. Trotzdem nennt ihn sein Gegenspieler bei der kleinen Rangelerei kurz vor der Außenlinie „Judensau“. Zuschauer und Ersatzspieler sind minutenlang aufgebracht, die Spieler auf dem Feld auch. Solche vergleichsweise harmlosen Vorfälle zeigen, dass ein jüdischer Sportklub auch in der Hauptstadt noch nicht für alle etwas ganz Normales geworden ist. Dabei sind seit der Neugründung des Vereins im November 1970 bereits 33 Jahre vergangen.

„Maccabiah“ – Weltspiele des jüdischen Sports

1898 wurde in Berlin der erste jüdische Sportverein Deutschlands gegründet. „Bar Kochba“ stand ganz im Zeichen der schnell wachsenden zionistischen Bewegung. Nicht mehr nur Arbeiter und andere Gesellschaftsgruppen sollten ihre eigene Leibeserziehung haben, sondern auch die Juden, die nach den vor allem in Osteuropa gescheiterten Emanzipationsbemühungen nach einer eigenen Identität als Nation strebten. Bereits fünf Jahre später, 1903, schlossen sich die zionistischen Sportvereine in Deutschland unter dem Namen Makkabi zu einem Dachverband zusammen. 1921 gründete sich ein Weltverband, die Maccabi World Union – ebenfalls in Deutschland. Ihr gehörten 1930

bereits 40.000 jüdische Sportler aus 24 Ländern an. Zwei Jahre später trafen sich die besten Athleten erstmals in Tel Aviv zur Maccabiah, den Weltspielen des jüdischen Sports. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten wurde die führende Stellung Deutschlands in der zionistischen Bewegung auch im sportlichen Bereich unterbrochen. 1934 zog der Weltverband nach England.

Erst 1965 wurde Makkabi Deutschland wieder gegründet und ist seitdem als Verband mit besonderen Aufgaben Mitglied im Deutschen Sportbund. Die ursprüngliche Gliederung gibt es auch heute. In 25 Städten tragen jüdische Sportvereine den Namen Makkabi. 3.000 Menschen sind in ihnen organisiert, rund 80 Prozent sind Juden. Seit 1969 nehmen die Besten unter ihnen wieder alle vier Jahre an den Makkabiaden in Israel und an den europäischen Spielen (EMG) teil, die ebenfalls alle vier Jahre stattfinden. So entsteht ein Zwei-Jahres-Rhythmus, in dem die deutschen „Makkabäer“ eine jüdische Nationalmannschaft in Sportarten wie Tennis, Tischtennis, Basketball oder Fußball bilden.

Für Tamir Zakai, 22, der in der Bezirksligamannschaft von Makkabi Berlin spielt, sind die Lehrgänge des Auswahlteams die Höhepunkte des Fußballjahres. „Es gibt uns wirklich das Gefühl von Nationalspielern“, sagt er. Im Juli dieses Jahres ging es zu den European Maccabi Games (EMG) nach Antwerpen. 1.300 Athleten aus ganz Europa waren dabei. Fast alle Teilnehmer an diesen jüdischen Olympiaden sind Amateure. Sie müssen sogar ein Antrittsgeld bezahlen, in Antwerpen 300 Euro. Doch die Aussicht, in Israel vor Zehntausenden auflaufen zu können, entschädigt für alle Kosten. Bei den europäischen Spielen ist die Zuschauerzahl dagegen überschaubar. Dennoch lassen sich wenige Sportler, die teilnehmen können, diese Chance entgehen. Denn Medaillen zu gewinnen, davon können Hobbysportler normalerweise nur träumen. In Antwerpen schaffte Makkabi Rang drei im Medaillenspiegel, obwohl andere Landesverbände auf viel mehr Mitglieder zurückgreifen können.



„Hoffnung auf ein friedliches Miteinander“

Außerhalb der Wettkämpfe sind die EMG ein großes, buntes Fest, bei dem alte Kontakte gepflegt und neue geknüpft werden. Die Ausrüstung der jeweiligen Landesverbände ist ein beliebtes Souvenir unter den Teilnehmern. In Antwerpen standen die Pullover der Italiener am höchsten im Kurs. „Sie wollten einen kompletten Trainingsanzug dafür haben, das war mir dann doch zuviel“, erzählt Arie Wilder, Tischtennisspieler aus Düsseldorf. Alles, was nur für die Präsentation gebraucht wurde, als die Nationen hinter ihren Landesfahnen ins Stadion marschierten, ist Verhandlungsmasse. Einige haben Taschen voller T-Shirts, Trainingshosen und Mützen von früheren Makkabi-Veranstaltungen oder vom Heimatverein ausgetauscht – ein Flohmarkt, bei dem Schuhe von Makkabi Frankreich für eine Tasche von Makkabi Dänemark getauscht wurden. „Alle machen das, es ist Tradition. Der Eröffnungstag ist der erste Basartag“, sagt Tamir Zakai: „Ich habe von der letzten Maccabiah in Israel ein T-Shirt von den Dänen, Laufschuhe eines Argentiniers und eine englische Trainingsjacke. Und auch diesmal habe ich einiges gefunden.“

Tamirs Teamkollegen Vernen Liebermann, 20, locken vor allem die Mädchen. „Die meisten sind sportlich, sehen gut aus und jüdisch sind



sie auch.“ Für Vernen heißt das: Sie kommen als zukünftige Ehefrau in Frage. Die Besinnung auf die eigene Identität und die Tradition ist eine der „besonderen Aufgaben“ von Makkabi abseits der Sportstätten. Gerade die vielen Einwanderer aus Osteuropa, die die Makkabi-Familie in den letzten Jahren stark vergrößert haben, kommen im Verein erstmals mit jüdischem Alltagsleben in Berührung. „Für viele beschränkte sich die Identität ja auf den Vermerk im Pass“, sagt Salomon Abelski, Vorstandsmitglied von Makkabi Deutschland aus Düsseldorf. Dass Sportvereine zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls taugen, ist eine Binsenweisheit, die auf die neuen jüdischen Lokalvereine in Rostock, Halle oder Chemnitz ebenso zutrifft wie auf die alt eingesessenen in Frankfurt, München oder Köln. Dass Makkabi trotzdem – etwa in Berlin – viele nichtjüdische Sportler in die Vereine integriert hat, ist deshalb ein großer Erfolg. „Im Rahmen von sportlichen Aktivitäten wird der Dialog zwischen Juden und Nichtjuden stark gefördert. Makkabi war und ist für viele Juden in Deutschland und in aller Welt eine Lebenseinstellung und eine Hoffnung auf ein friedliches Miteinander“, heißt es auf der Homepage des Berliner Vereins. Das Sporttreiben mit nichtjüdischen Mitgliedern ist ganz normal geworden. Schließlich ist Makkabi auch ein ganz normaler Verein, der nur mit wenigen Details aus dem Rahmen fällt. So werden wenn irgend möglich samstags keine Spiele angesetzt, damit gläubige Juden den Schabatt einhalten können.

Schwierige Suche nach Sponsoren

Eine weniger erfreuliche Besonderheit sind die ungeschönen Auseinandersetzungen, die den sonst problemlosen Alltag mit anderen Sportvereinen immer wieder unterbrechen. „Wir bringen Farbe in die Ligen. Manche schätzen das leider nur deshalb, weil sie ihre Aggressionen bei uns rauslassen können“, sagt Salomon Abelski sarkastisch. Die Seniorenmannschaft des Berliner Vereins stand vor einigen Wochen sogar vor dem Ausschluss aus der Liga, weil die Spieler sich die volksverhetzenden Sprüche des Gegners nicht mehr gefallen lassen wollten und den Platz verließen.

Auch die für Amateurvereine ohnehin schwierige Sponsorensuche gestaltet sich komplizierter. Die Verhandlungen mit einem großen Unternehmen im Vorfeld der EMG sind für Abelski eine symptomatische Erfahrung: „Anfangs ging es um 70.000 Euro. Am Ende haben wir 10.000 bekommen, und zwar unter der Bedingung, dass der Name der Firma keinesfalls irgendwo öffentlich wird.“ Solch groteskes Sponsoring kennt man in Berlin gut. Andreas Treppmacher, der die Bezirksligamannschaft und auch das Makkabi-Nationalteam trainiert, sagt: „Seit dem Ausbruch der Al-Aksa-Intifada will praktisch niemand mehr öffentlich mit Makkabi in Verbindung gebracht werden.“

Angst vor einem negativen Image, obwohl der Verein im Allgemeinen so unbekannt ist, dass er sich gelegentlich selbstironisch als aktivste Undercover-Gruppe des Landes bezeichnet. Auch deshalb ist Identifikation mit Deutschland auch in Antwerpen für die Sportler nicht einfach gewesen. Arie Wilder war zwar stolz darauf, zu den besten jüdischen Sportlern Deutschlands zu gehören. „Aber ich würde am Eröffnungstag sicher nicht die deutsche Fahne tragen“. Sein Teamkollege Simon Bard sagt: „Ich würde nie die deutsche Hymne singen.“

Nur bei den Fußballern scheint alles etwas anders zu sein. „Da kennt man offenbar keine Religionsgemeinschaft“, sagt Abelski grinsend. Das Team stieg mit Gesängen aus dem Bus, die es aus dem Stadionalltag zu Hause kennt: „Hurra, hurra, die Deutschen die sind da!“ Und auf dem Feld wird auch von den Juden der europäischen Länder so gespielt, wie man es ihren Nationen nachsagt: Die Schotten treten und zerstören, die Italiener mauern und die Deutschen demonstrieren Teamgeist.

Nach dem Gewinn der Bronzemedaille – der ersten überhaupt für eine deutsche Makkabi-Fußballmannschaft – warfen die Spieler ihre Trainer Jacky Schwarzbart und Andreas Treppmacher vor Freude in die Luft. „Die ganze Mannschaft hat eine Woche lang phantastisch gespielt und einen Zusammenhalt gezeigt, wie ich ihn noch nie erlebt habe“, schwärmt Treppmacher, der hofft, dass seine drei „Nationalspieler“ diese Motivation auch in den harten Alltag der Berliner Bezirksliga mitnehmen können. Denn schließlich geht es den meisten bei Makkabi nicht um mehr, als mit Freunden knapp 60 Jahre nach der Schoa Sport treiben zu können. In Deutschland. Ein Stück Normalität, das nicht selbstverständlich ist. **Z**

Hintergrund: Den Namen Makkabi (oder Mac-cabi) tragen jüdische Sportvereine auf der ganzen Welt in Anlehnung an die Makkabäer. Diese jüdischen Aufständischen schlugen trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit 165 v. Chr. die hellenistischen Seleukiden, die vom heutigen Syrien aus Palästina regierten, und eroberten den Tempel in Jerusalem zurück, der während der drei Jahre zuvor für griechische Opferrituale benutzt worden war.

Makkabi Deutschland hat als Dachverband der regionalen jüdischen Sportvereine hauptsächlich die Aufgabe, Nationalteams in den verschiedenen Sportarten aufzustellen und ihre Teilnahme an den Makkabiaden und den europäischen Makkabi-Spielen zu organisieren. Dafür und für die Arbeit zur Integration jüdischer Einwanderer wird der Verband mit zweckgebundenen Mitteln des Zentralrates der Juden und aus dem Bundesministerium des Innern unterstützt.

Das zivile Rätsel 2003-fünf

Von Michael Wilke

Alle Jahre wieder... Und alle zivil-Ausgaben wieder kommt ein neues Rätsel. Ganz neue Fragen, ganz neue Antworten für ein Jahres-End-Rätselvergnügen. Wie immer zählt der Gedanke ums Eck und der Gang ans Bücherregal – direkt zum Lexikon. Das Lösungswort zum Gewinnen ist diesmal übrigens wieder eine Zahl: Wie viele „E“ stehen im richtig und komplett ausgefüllten Rätselgitter? Jetzt aber viel Spaß, frohes Fest und guten Rutsch.

Waagerecht

- 1 Das erste des bekannten Doppel-B fordert seit November auf, einen Augenblick zu verweilen
- 6 Dies auf mein Haupt, sollte mir hier ein Fehler unterlaufen sein
- 10 Baumbehang wie glitzernde Spaghetti
- 12 Knallte bei den Tanners in die Garage
- 14 Baumbewachsene Ebenen in Flussnähe
- 15 Eine der Weltwährungen
- 18 Erwähnen, bezeichnen oder einen Namen geben
- 20 Nach Q und vor Z ergeben diese vier dies
- 21 Doktorchen
- 22 Zwischen Mini und Maxi
- 24 Hetero-Bund seit Neuestem auch in der Homo-Version möglich
- 26 In Aufzügen steht hierfür das B
- 29 Außer Dienst. Auf Wiedersehen
- 30 Neben Gelb und Rot der Grund aller Farben
- 32 Vermittlung und Vertretung für z.B. Presse, Künstler oder Werbung

- 34 Auch wenn sie hier hilft, kann sie schlimmstenfalls gegen Dich verwendet werden
- 37 Macht hier kurz die allgemeine Hochschulreife
- 38 Er ist Brite
- 39 Begriff, auch Teil einer mathematischen Formel
- 41 Organisation erdölexportierender Länder
- 42 Übrigens Abkürzung Niob
- 43 Material vor der Vollendung zum Endprodukt
- 44 Eines von zwei der sieben Weltmeere gibt's im Süden, das andere im Norden
- 46 Adenosintriphosphat
- 48 akusativus cum infinitivo
- 49 Passiert das, wird etwas gebracht
- 52 Schneebretter, oder im englischen der, der sie benutzt
- 53 Behörde
- 54 Das Gegenteil von off

Senkrecht

- 1 Dieser kleine Mann bewirtschaftet 64 Felder
- 2 Nomen est dies
- 3 Gestresstes Nagetier
- 4 Branche rund um Bits um Bytes
- 5 3600 Sekunden in 60 Minuten
- 7 Es verzweifelt zu tun, bringt euch nicht weiter. Hier Eintragen müsst Ihr's.
- 8 Stopp! Bleib stehen!
- 9 Kleine Manuela
- 10 Nach einen Urlaub kommt man hier zurück auf den Boden der Tatsachen

- 11 Eins oder Elf in einem Stapel von 32
- 13 Schiller, Caspar David und Ebert
- 16 Deutsche Welle in einem kleinen Radio
- 17 Lawrencium chemisch bezeichnet
- 17 Kleiner Massenprotest
- 19 44 WAAGERECHT komplett im festen Zustand
- 23 Mit 11 SENKRECHT hier, lässt sich's leichter auftrumpfen
- 25 Steckt man in 24 WAAGERECHT, ist man darunter
- 26 Tief in Stimme und Musik
- 27 Zwei Buchstaben im Erdgeschoss
- 28 Mal kurz nach Tennessee vorbeigeschaut
- 31 Marzipan-Metropole an der Ostsee
- 33 In Bahnen verziert sie graues Gemäuer
- 35 Ganz allgemein Elementarteilchen betreffend
- 36 Einen Fuß vor den anderen zu setzen...
- 40 Dieser Tage feiern wir die Geburt Ihres Sohnes
- 41 Apfelsinenfruchtsaftgetränk
- 43 Kennzeichnend für Remscheid
- 45 3i
- 47 Dafür ist hier einzutragen, was dafür ist
- 48 23 SENKRECHT gilt auch für dies
- 50 Nächstes Jahr ist die nächste für Fußballer
- 51 Keine ungewöhnliche null, sondern eine ganz normale

	1	2	3	4	5		6	7		8	9	
10						11				12		13
14					15		16		17			
18				19			20					
21				22			23				24	25
		26					27		28			29
30	31					32				33		
34				35	36					37		
38				39			40		41			
42				43								
	44	45							46		47	
48				49				50				51
52							53			MW 2003	54	

Bitte die Lösungszahl auf dem Abschnitt eintragen, auf eine Postkarte kleben und an uns abschicken:

Redaktion zivil
Rosenbergstraße 45
70176 Stuttgart
oder per E-Mail auf unserer Internetseite
www.zivil.de > Kontaktformular > Mitteilung.
Bitte die Absenderangabe nicht vergessen!
Einsendeschluss ist der 20. Januar 2004.

Unter den richtigen Rätsel-Einsendungen verlosen wir (unter Ausschluss des Rechtsweges) folgende Gewinne:

1. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 50 €
2. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 25 €
3. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 15 €
- 4.-10. Preis: je ein zivil-Freiabo für ein Jahr

Engagierter Dichter

Von Jörg Benzing

Am 22. November jährte sich sein Todestag zum 15. Mal. Bereits ein Jahr nach seinem Tod wurde eine internationale Gesellschaft ins Leben gerufen, die das Werk ihres Namensgebers weiter zu verbreiten sucht und sich natürlich auch der Pflege von Literatur und Sprache widmet. Sie tut das durch Veranstaltungen und die Auslobung eines hochdotierten Preises.

Das hört sich respektabel und ehrenvoll an und entspricht in nichts den Widerständen, denen der Dichter, Übersetzer und Essayist die meiste Zeit seines Lebens als Ausgebürgerter, Emigrant und Beschimpfter begegnete. 1938 hatte ein Mitarbeiter des Jüdischen Flüchtlingskomitees den 17-Jährigen nach seinem Berufswunsch gefragt, und der gab zur Antwort: „Deutscher Dichter“. Das ist er geworden. Sein Brot verdient der vor den Nazis nach England Geflohene als Redakteur.

Sein literarisches Werk liegt seit zehn Jahren in einer brennend roten, vierbändigen Leinwandausgabe eines Berliner Verlages vor, der sich im Übrigen auch um die Vermittlung italienischer Literatur verdient gemacht hat. Die Leinwand-Edition sieht nobel und gepflegt aus – und steht doch in krassem Gegensatz zu dem Zettelwerk, als das man sich die Werkstatt des Dichters vorstellen muss. Von wegen Textverarbeitung mit flottem Laptop! Unser Mann beschreibt alle Sorten Papier, und kein Satz ist ihm zu nobel, als dass er nicht auch auf der Rückseite eines Werbebriefes zu stehen kommen kann.

Ein unkonventioneller, umstandsloser Schreiber ist er gewesen, der mit der Plastiktüte unterwegs war und, so erzählt sein Verleger, unermüdlich durchs Land reiste: „Keine Info-gruppe, deren Einladung er nicht angenommen,

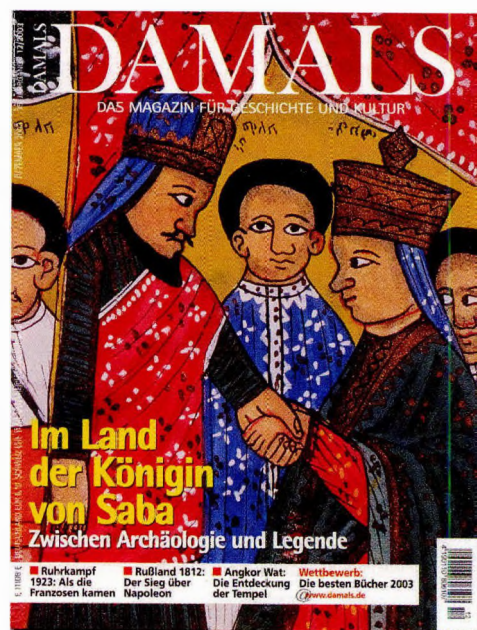
kaum eine Diskussion an der er nicht bis zum Schluss teilgenommen hätte.“ Das war während der Zeit der Studentenbewegung. Er engagierte sich gegen den Vietnamkrieg und schreibt politische Gedichte. Weil er nicht glaubt, dass die RAF-Häftlinge im Stammheimer Gefängnis sich das Leben genommen hatten, wird er in der Wochenzeitung „Die Zeit“ ein „dichtender Verschwörungsneurotiker“ genannt. Die CDU-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft will seine Texte aus dem Unterricht verbannen. Vom Fraktionschef ist dazu der Ausspruch überliefert, „so etwas würde er lieber verbrannt sehen“. Das war 1977.

Als ihm Jahre später der wichtigste westdeutsche Literaturpreis verliehen wird, vertritt der Frankfurter Oberbürgermeister die Ansicht, der Geehrte hätte den Preis eigentlich ablehnen müssen, da er doch so kritisch gegenüber der Bundesrepublik eingestellt sei.

Am bekanntesten ist er heute wohl als Verfasser von Liebesgedichten. Das sind keine der Welt entrückten Schwärmereien, sondern Verse, die präzise formulierte An- und Einsichten wiedergeben und die zum Mit- und Nachdenken auffordern:

„Nicht sich verstecken
vor den Dingen
der Zeit
in die Liebe
Aber auch nicht
vor der Liebe
in die Dinge
der Zeit“

Wer war's?



6-monatiges „DAMALS“-Abo zu gewinnen!

Wir verlosen unter den richtigen Einsendungen, wieder mit freundlicher Unterstützung des DVA-Verlags, ein Halbjahres-Abo der Zeitschrift „DAMALS – das aktuelle Magazin für Geschichte und Kultur“

Die Lösungszahl von Seite 34 ist:

Wer war's? Der gesuchte Name von Seite 35:

Ich bin Zivi: nein ja, bis _____

Betr. zivil: Anregungen, Kritik, Lob... Sagen Sie uns die Meinung!

Die gesuchte Zahl des zivil-Rätsels 4/03 ist

14

Die drei Gewinner der Büchergutscheine sind Julian Kreuz aus Bietigheim, Christian Schlaack aus Hamburg und Martin Götze aus Weimar.

Die gesuchte Person bei „Wer war's?“ ist

Albert Einstein

Das „DAMALS“-Abo hat Manfred Scheller aus Bonn gewonnen.

Gratulation! Alle GewinnerInnen werden von uns benachrichtigt.



Berufschancen für Zivildienstleistende

Welchen Berufseinstieg soll ich wählen?

Vor dieser Frage stehen viele Zivildienstleistende nach Ablauf ihrer Ersatzdienstzeit. Sie suchen einen Beruf, der ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht und zukunftsorientierte Berufsperspektiven bietet.

Vor- und während des Ersatzdienstes erworbene Kenntnisse sind jedoch oft nicht nahtlos – ohne weitere Qualifizierung – auf einen Beruf übertragbar.



Das Berufsförderungsprogramm regelt die Studienförderungsmöglichkeit.

Als „Staatlich geprüfte(r) Einrichtungsfachberater(in), insbesondere mit dem Schwerpunkt „Kücheneinrichtung“ und als „Staatlich geprüft(e) Betriebswirt(in)“ warten viele Stellenangebote auf jeden Absolventen.

Alle Studiengänge umfassen auch die Ausbilderqualifikation. Der Studiengang „Staatlich geprüft(e) Betriebswirt(in)“ befähigt, Führungspositionen in der Branche einzunehmen.

Zukunftsberufe in der Einrichtungsbranche

Einrichten - eines der faszinierendsten Themen überhaupt.

Absolventen der Fachschule des Möbelhandels gehören zu den begehrtesten Nachwuchskräften in Möbelhandel, -industrie und Verbänden. Seit über 40 Jahren in Köln ansässig, qualifiziert die „Möfa“ Jahr für Jahr etwa 200 erfolgreiche Absolventen für den Start in eine gesicherte Karriere. In den Studiengängen haben auch

„Quereinsteiger“ die Möglichkeit, eine neue Karriere in die Einrichtungsbranche zu starten als:

- Staatlich geprüfte(r) Betriebswirt(in)
(Fachrichtung Möbelhandel) 4 Sem.
- Staatlich geprüfte(r) Einrichtungsfachberater(in) 2 Sem.
- Staatlich geprüfte(r) Küchenfachberater(in) 2 Semester

Berufe mit Zukunft in der Einrichtungsbranche durch eine praxisgerechte Ausbildung und staatliche Abschlussprüfung

Studienbeginn: 1. April und 1. Oktober
Unterkunft im Wohnheim mit Mensa möglich.

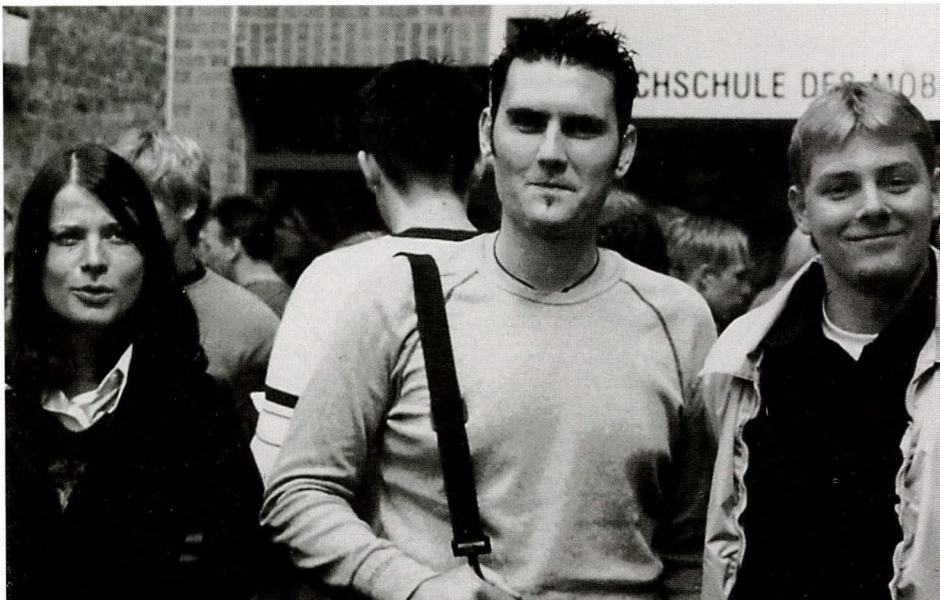
Fordern Sie unseren Studienführer an.



**Fachschule
des Möbelhandels**

www.moefa.de

Frangenheimstr. 6 · 50931 Köln
Tel. 0221/9 40 13-0 · info@moefa.de





Katja Albrecht,
Studentin der Diakonenschule mit halber
Arbeitsstelle in den Neinstedter Anstalten,
im sozialen Bereich, z. B. der Altenpflege
oder Behindertenarbeit

DIAKONIN

Bewerben Sie sich! Um eine Ausbildung
für Ihre ganz persönliche Perspektive.
Für eine Ausbildung zur
Diakonin oder zum Diakon.

Neinstedter Anstalten – Evang. Stiftung
Diakonenschule Lindenhof
Lindenstraße 22 · 06502 Neinstedt/Harz

Tel.: (03947) 99-130 · Fax: (03947) 99-131
E-mail: J.Wendt@Neinstedter-Anstalten.de
www.neinstedter-anstalten.de

Weiterbildung als
Kfz-Sachverständiger
(EDV-Anwend.: Audatex, DAT)
SCHWACKE-Partner
(Vorbereitungs-Lehrgänge)
auf Anfrage

Westfalen-Akademie Dortmund
Körnebachstr. 52 · 44143 Dortmund
Tel. 0231/5572070 Fax 55720710

Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Polnisch u. a.

Intensivkurse, Einzelunterricht,
Sprachtraining für den Beruf

Perelingua - Sprachreisen
Varziner Straße 5
12159 Berlin
Tel. 030-851 80 01
www.perelingua.de

Fort- und Weiterbildung im Kfz-Wesen

► **Staatl. gepr. Kfz-Techniker** ◀
Aufn.: Facharbeiter und 2 J. Berufspraxis
oder 7 J. Berufspraxis
► **Kfz-Sachverständiger** ◀
(EDV-Anw.: Audatex, DAT) - Schwacke-Partner
Aufn.: Kfz-Ing., Kfz-Techniker, Kfz-Meister
Info: Tel. 0231 / 55 72 07 0
Fax: 0231 / 55 72 07 10

Westfalen-Akademie Dortmund
44143 Dortmund Körnebachstr. 50-52



Gemeinnützige
Bildungsein-
richtung für
Fortbildung
und Umschulung

Ausbildung in Heidelberg
 Jugend- und Heimerziehung
staatlich anerkannte 2jährige
Ausbildung
 Arbeitserziehung
staatlich anerkannte 2jährige
Ausbildung

Weitere Informationen:
F + U Akademie für Sozialberufe
Fahrtgasse 7-13
69117 Heidelberg
Tel.: 0 62 21-9 12 00 oder
91 20 26/-27

BERUFSSKOLLEG

Staatl. gepr. Techniker
Kfz, Bau, Elektro, Masch., Heizung
Tages- oder Abendschule
Förderung: Meister-BAföG, BW
Techn. Betriebswirt (WA)
Berufsbegl. 1 1/2 J.f. Meister, Techn.
Beginn: April, Oktober

WESTFALEN-TECHNIKUM
Körnebachstr. 52 · 44143 Dortmund
Tel.: 0231 / 55 72 07 0

Physikalisch Technische Lehranstalt

Chancen
mit mittlerer
Reife

Physik
Mikroelektronik
Informatik



www.ptl.de
Feldstraße 143
22880 Wedel
Tel.: 04103 / 80 48 - 0
Fax: 04103 / 80 48 - 39

Fachhochschule Nordhessen

Fern- oder Präsenzstudium

- Dipl.-Betriebswirt/in
 - Dipl.-Physiotherapeut/in*
 - Dipl.-Wirtschaftsjurist/in
 - Dipl.-Ergotherapeut/in*
- *Fernstudium nur für
staatl. gepr. Therapeuten

Bernd-Blindow- u. Dr.-Rohrbach-Schulen

- Physiotherapeut/in
- Masseur/in
- Ergotherapeut/in
- Logopäde/in
- Biologisch- ► Pharmazeutisch-techn. Assistent/in
- Techniker/in (Umweltschutz)
- Ass. Wirtschaftsinformatik
- Informationstech. Ass.
- Tech. Assistent/in (Umweltschutz, chem. u. bio. Laboratorien)
- Grafik-Designer/in
- Mode-Designer/in i. v.
- Fachoberschule Wirtschaft Fachhochschulreife i. v.

Bundesweite Studien- und Ausbildungsorte

Ortstarif: 01801 500 555 blindow.de oder diploma.de

Schulen Dr. W. Blindow • 06108 Halle

Vom Kaufmann oder Verwaltungsangestellten zum/zur

- **staatl. geprüften Betriebswirt** in
- Finanzwirtschaft • Touristik

schulgeldfrei

Vom Koch, Restaurant, Hotelfachmann zum/zur

- **staatl. geprüften Hotelbetriebswirt** in

Beginn: August • Wohnheime, Förderung möglich

August-Bebel-Str. 24-27 • Tel. 0345/68877-0 • Fax -22
E-Mail: blindow.halle@t-online.de • www.blindow-schulen.de

Qualifizierte Aus- und Fortbildung im Rettungswesen

- **Rettungsassistentin** – Vollzeit –
- Hauptschulabschluss – 18 Jahre –
- **Ergänzungslehrgänge** für

Rettungssanitäter/Feuerwehr/Bundeswehr/Grenzschutz/Polizei/Krankenpflege

Beginn
Frühjahr und
Herbst

Schulen Dr. Blindow Hannover
Tel. 0511/813066 · Fax 2834292

Westfalen-Akademie Minden
Tel. 0571/840083 · Fax 0571/840025

Westfalen-Schulen Dortmund
Tel. 0231/557207-16/20 · Fax 557207-10

Vogtland-Akademie Plauen
Tel. 03741/0410 · Fax 03741/704120

BERUFSAKADEMIE KASSEL DR. W. BLINDOW-SCHULEN

- **Physiotherapie**
- **Medizin. Fußpflege**
- **Ergotherapie**
- WFOT
anerkannt
- Beginn: März/Sept. Förderg./schuleig. Finanz.

Frankenstraße 42 · 34131 Kassel
Telefon: 0561 / 932 429 3

- **PHYSIOTHERAPEUT** IN
- **ERGOTHERAPEUT** IN
- **MASSEUR** IN
- **ALTENPFLEGER** IN
- **KOSMETIKER** IN
- **RETTUNGSASSISTENT** IN
- **UMSCHULUNG GASTRONOMIE**
- **TOURISMUS/HOTELMANAGEMENT**



- **TECHNIKER** IN*
Bau-, Elektro-, Maschinen-, Medizin-,
Maschinen-, Umweltschutztechnik
- **BETRIEBSWIRT** IN*
Controlling, Marketing, Finanzen
- **HOTELBETRIEBSWIRT** IN*
(System) Gastronomie, Touristik



*Incl. Fachhochschulreife, AEO

Info-Line
freecall
0800
2546369
BLINDOW
www.blindow-schulen.de
mit Wohnheimen*

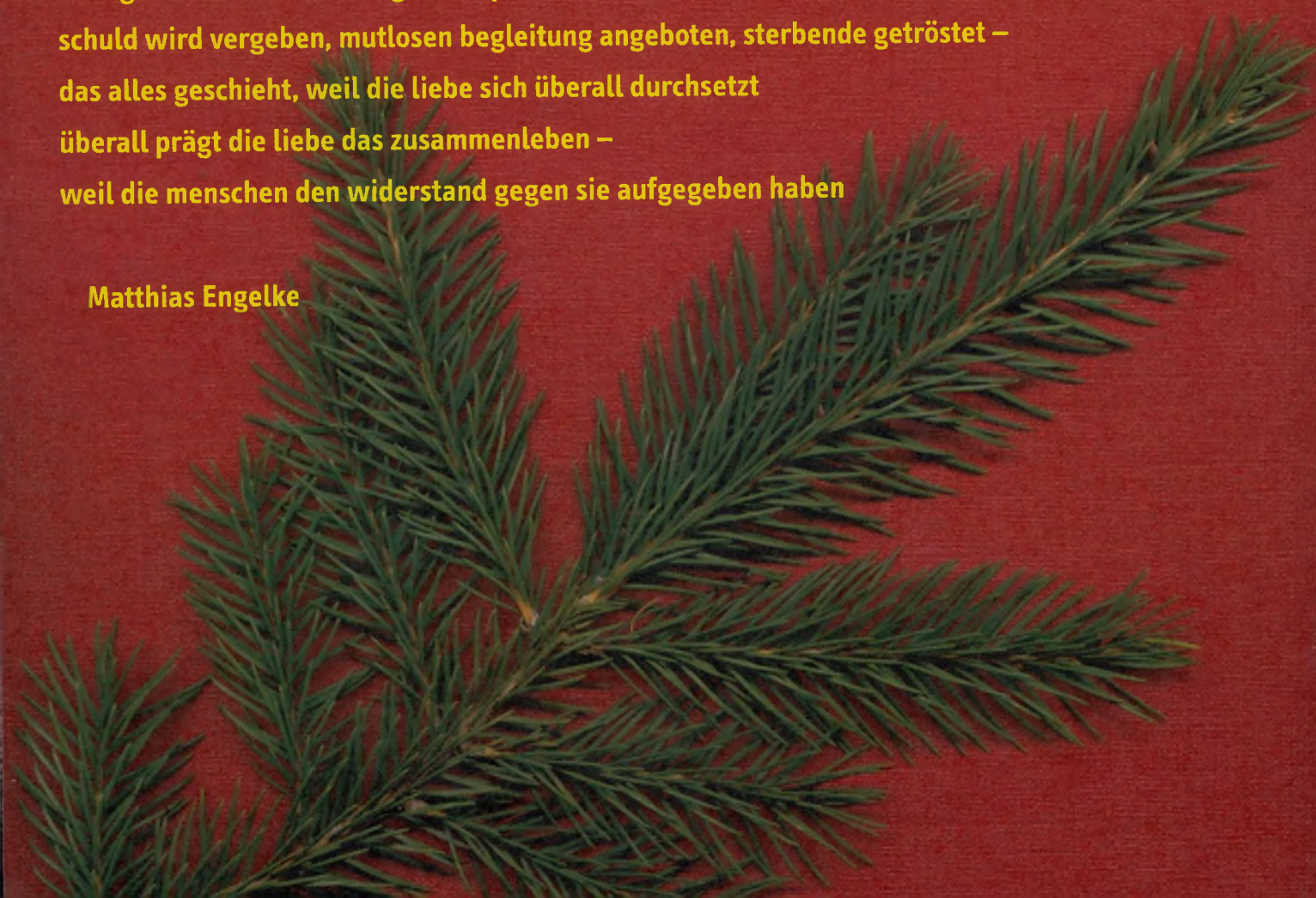
Die City-Schule
30171 Hannover
Baumstr. 18
31655 Stadthagen
Hüttenstr. 15
31675 Bückeburg
Hinüberstr. 12

SCHULEN DR. BLINDOW

advent

die bildzeitung sagt die wahrheit
und entschuldigt sich bei ihren leserinnen und lesern für die bewusste irreführung –
leidtragende werden entschädigt
die staatschefs der welt vereinbaren, kein geld mehr für rüstung auszugeben
es werden krankenhäuser, kindergärten, schulen gebaut, lehrer und erzieher eingestellt
jeder hungernde mensch wird angeleitet, sich selbst und seine familie zu ernähren
großkonzerne übernehmen die patenschaft für regionen gefährdeter natur
die kosten für die umwelt werden in die bilanzen aufgenommen
ehopaare nehmen die gemeinsame zeit so wichtig, nein wichtiger als termine für beruf und ausbildung
väter tragen in ihre kalender feste zeiten für ihre kinder ein und keine dringlichkeit ist dringender
kranke, einsame, die menschen im gefängnis und arrest zu besuchen, gehört zum guten ton
wer es noch nicht getan hat, muss sich schämen
es wird darüber gewetteifert, wer zuerst die toiletten putzt
unangenehme arbeiten fangen an spaß zu machen, weil sich viele drum drängen
schuld wird vergeben, mutlosen begleitung angeboten, sterbende getröstet –
das alles geschieht, weil die liebe sich überall durchsetzt
überall prägt die liebe das zusammenleben –
weil die menschen den widerstand gegen sie aufgegeben haben

Matthias Engelke



Mosambik:

Nachkriegs-Kunst

Aus Gewehren, Pistolen, Granaten und Minen entstehen neue Skulpturen



Fotos: © epd-bild/Ann Kathrin Sost

Der Künstler Goncalo Mabunda aus Maputo, Mosambik, schweißt aus Waffen Skulpturen. Bei der Arbeit auf dem Dach eines Hochhauses in Maputo ist er umgeben von fröhlicher Kunst: In einer Ecke zupft ein metallener Gitarrespieler die Saiten seines Instruments, in der anderen tanzt ein verliebtes Paar. Doch so unbeschwert die Kunstwerke des 27-jährigen Mosambikaners in seinem Freiluftatelier auch scheinen mögen,

das Material ist harter Stoff: Maschinengewehre, Pistolen, Handgranaten, Minen. Gesammelt und unbrauchbar gemacht nach Mosambiks 16 Jahre dauendem Bürgerkrieg.

Goncalo Mabunda baut zusammen mit anderen Künstlern im Auftrag des Christenrats von Mosambik das tödliche Material zu Symbolen des Friedens um. Zehn Jahre ist der Krieg nun schon vorbei. Mosambik zählt noch immer zu

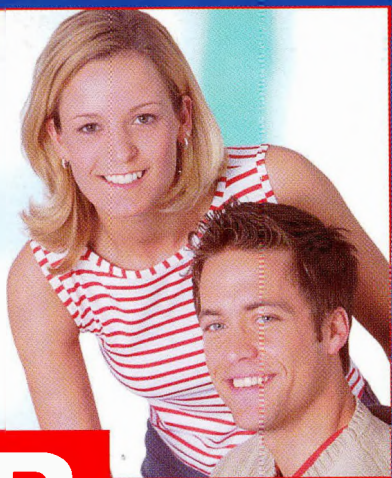
den ärmsten Ländern der Welt. Aber die Wirtschaft wächst schnell. Die Idee, Künstlern die gesammelten Waffen zu überlassen, wurde eher aus der Not geboren: „Wir hatten nicht die technischen Mittel, um aus dem Metall Gebrauchswaren zu machen“, sagt Kayo Takenoshita, Beraterin des Projekts. Die Waffen-Skulpturen sind bereits weltweit ausgestellt worden.

620
Fachhochschulreife Wirtschaft/Technik
603
Realschulabschluss
611
Hauptschulabschluss
602
Deutsch Sicher in Beruf und Alltag
601
Allgemeinbildung
608
Geschichte im Zeitspiegel
633
Latein

Probieren geht über Studieren!

Machen Sie jetzt den Gratis-Test!

Alles ist völlig unverbindlich und verpflichtet zu nichts!



814
Praktische Psychologie
821
Persönlichkeit und Erfolg
121
Angst- und Stressbewältigung
813
Gesunde Lebensführung
833 NEU!
Praktische Homöopathie
820 NEU!
Farb- und Stilberatung
866
Fitnesscenter-Manager SGD - Studioleiter/in

605 ABITUR

612
Mathematik
609
Kunst verstehen
630
Lebendiges Englisch für Anfänger
631
Englisch für Fortgeschrittene
639
Englisch für den Beruf
643
Cambridge Certificate in Advanced English
644
English Express - mit CD-ROM
646
Fremdsprachenkorrespondent/in IHK - Englisch
632
Lebendiges Französisch für Anfänger
635
Französisch für Fortgeschrittene
638
Landeskunde Französisch
641
Lebendiges Spanisch für Anfänger
645
Spanisch für Fortgeschrittene

642
Lebendiges Italienisch für Anfänger
550
Elektronik-Grundkurs
300
Industriemeister/in Metall IHK
551
Mikroprozessor-Technik
301
Industriemeister/in Elektro IHK
500
Technisches Zeichnen CAD
200
Staatl. geprüfte/r Mechatroniker/in
512
Bauzeichnen CAD
181
Maschinenbau-techniker/in
501
Konstrukteur/in CAD
189
Informations- und Kommunikationstechniker/in
714
Ausbildung der Ausbilder IHK
520
Werkschutz-fachkraft IHK
785
Sichere Existenzgründung

791
Erfolgreich selbstständig werden inkl. Abschlussgutachten
873
Staatl. geprüfte/r Betriebswirt/in
774 NEU!
BWL interaktiv am PC
853
Geschäftsführung für Kleinbetriebe
130
EKS - Die Strategie für Karriere und Lebenserfolg
772
Medienbetriebswirt/in SGD
771
Marketing-Referent/in SGD
864
Direktmarketingfachwirt/in
857
Steuerberater/in
855
Steuerfachwirt/in
704
Fachwirt/in Industrie/Handel IHK
707
Fachkaufmann/-frau Marketing IHK
769
Verkaufsleiter/in SGD
767
Produktmanager/in
768
Geprüfte/r Immobilienfachwirt/in IHK
776 NEU!
Immobilienmakler/in SGD

856 NEU!
Geprüfte/r Personalreferent/in bSb
766 NEU!
Geprüfte/r Managementassistent/in bSb
870
Mitarbeiter führen und motivieren
450
Office Kompakt
756
PC-Praxis
753
Grundkurs Wirtschaftsinformatik
759
Gestalten am PC mit Corel Draw u. Microsoft Publisher
760
Grafik-Design am PC
826
Online-Redakteur/in
451
Internet-Betreuer/in SGD
452
Internet - Praxis und Homepage
453
Internet-Publisher SGD
773 NEU!
IT-Betriebswirt/in SGD
797 NEU!
Online-Handel und Mobile-Commerce

740
EDV-Grundkurs
418 NEU!
Linux-Systembetreuer/in SGD
729 NEU!
Web-Master SGD
414 NEU!
Web-Designer SGD
457
Java-Programmierer/in
456 NEU!
JavaServer-Programmierung
411 NEU!
Datenbankorganisation
559
Netzwerkmanager/in
553
Netzwerkbetreuer/in mit Telekommunikation
555
Netzwerkadministrator/in
557
Telekommunikationstechniker/in
416 NEU!
PC-Betreuer/in SGD
560 NEU!
IT-Sicherheit

869
Anlage- und Vermögensberater/in SGD
716
Fachberater/in für Finanzdienstleistungen IHK
417 NEU!
Linux-Systemanwender/in
850
Steuerrecht und betriebliche Steuerlehre
854
Betriebswirtschaftslehre für Nichtkaufleute
911 NEU!
Diplom-Kaufmann/-frau (FH) Europäische Fachhochschule Hamburg
787
Bürosachbearbeiter/in
713
Kaufmännischer Grundkurs
758
PC-Fachverkäufer/in SGD
786
Geprüfte/r Sekretär/in SGD
790
Maschinenschreiben am PC
780
Buchführung und Bilanzierung
782
Kostenrechnung
777 NEU!
Controlling

812
Fit in Freizeit und Beruf
811
Kindererziehung
867
Werbeberater/in SGD
868
Mediaplaner/in SGD
808
Werbegrafik und Design
824
Werbetexter/in SGD
825
Journalist/in SGD
827 NEU!
Drehbuchautor/in
804
Karikatur- und Comiczeichnen
807
Zeichnen und Malen
806
Fotografieren leicht gemacht
802
Raumgestaltung/Innenarchitektur
810
Antiquitäten
830
Hauswirtschaftler/in
831
Praktische Altenbetreuung



Liebe Leserin, lieber Leser!
 Sie träumen von Erfolg und Karriere – wir bieten Ihnen die Chance, die bisher schon über 550.000 Fernschüler genutzt haben – Fernunterricht mit der 55jährigen Erfahrung der Studiengemeinschaft Darmstadt.
 Tragen Sie die Nummern Ihrer Lehrgangswünsche in den Start-Gutschein ein, und senden Sie diesen noch heute ab. Sie erhalten umgehend und kostenlos den SGD-Studienführer und zwei Probelektionen Ihrer Wahl.
 Probieren Sie den SGD-Fernunterricht unbedingt aus, ohne Risiko und ganz in Ruhe zu Hause.
 Fordern Sie deshalb jetzt Ihr Gratis-Angebot an – bevor andere an Ihnen vorbeiziehen. Viel Erfolg wünscht Ihnen Ihr
Heinrich Dieckmann
 Heinrich Dieckmann, Pädagogischer Direktor der SGD

Jetzt studieren auch ohne Abitur:
Diplom-Informatiker/in (FH)
Diplom-Ing. Mechatronik (FH)
 Private FernFachhochschule Darmstadt
 Telefon 061 57 806-404 • www.privatfh-da.de

Start-Gutschein

JA, ich mache den Test. Senden Sie mir kostenlos und unverbindlich mein Info-Paket. Ich interessiere mich für folgende Kurse:

Bitte Lehrgangs-Nummer(n) hier eintragen: Nr. _____ Nr. _____

Bitte informieren Sie mich über das FernStudium
 Diplom-Informatiker/in (FH) Diplom-Ingenieur/in Mechatronik (FH).
 (Bitte so ankreuzen.) Anforderung auch über Internet: www.privatfh-da.de

Name _____ Vorname _____
 Straße, Nr. _____
 PLZ/Ort _____ Telefon _____
 Beruf _____ Geburtsdatum _____

Einsenden, anrufen oder faxen:
STUDIENGEMEINSCHAFT DARMSTADT GMBH
 Abt. AD 189 · Postfach 10 01 64 · 64201 Darmstadt

Jetzt anfordern:
 Fordern Sie noch heute Ihren kostenlosen Studienführer und die zwei Probelektionen Ihrer Wahl mit dem Start-Gutschein an.

☎ **0 61 57 806-6**
 📠 **0 61 57 806-11**
 @ **www.sgd.de**



Gratis für Sie!

STUDIENGEMEINSCHAFT DARMSTADT GMBH
 Abt. AD 189 · Postfach 10 01 64 · 64201 Darmstadt